



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

9. Sitzung (Dringlichkeitssitzung)**4. Wahlperiode**

Mittwoch, 19. Februar 2003, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt**Feststellung der Tagesordnung** 296

Gesetzentwurf der Landesregierung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2002/2003, zur Änderung anderer Rechtsvorschriften sowie über die Errichtung eines Sondervermögens „Sanierung ökologischer Altlasten in Mecklenburg-Vorpommern“ (Haushaltsrechtsanpassungsgesetz 2003 – HRAG 2003)

(Erste Lesung)

– Drucksache 4/200 – 296

Ministerin Sigrid Keler..... 296, 326, 328, 329

Volker Schlotmann, SPD 300

Eckhardt Rehberg, CDU 303

Angelika Gramkow, PDS 310

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff 318

Egbert Liskow, CDU 322

Torsten Renz, CDU 328, 329

Minister Dr. Wolfgang Methling 329

Rudolf Borchert, SPD 330

B e s c h l u s s 334

Nächste Sitzung

Mittwoch, 12. März 2003 334

Beginn: 10.00 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 9. Sitzung des Landtages. Die Landesregierung hat gemäß Paragraph 72 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung die heutige Dringlichkeitssitzung beantragt. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 9. Sitzung liegt Ihnen vor. Wird der vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 9. Sitzung gemäß Paragraph 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Ich rufe auf den **einzigsten Tagesordnungspunkt:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2002/2003, zur Änderung anderer Rechtsvorschriften sowie über die Errichtung eines Sondervermögens „Sanierung ökologischer Altlasten in Mecklenburg-Vorpommern“, Haushaltsrechtsanpassungsgesetz 2003, Drucksache 4/200.

Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2002/2003, zur Änderung anderer Rechtsvorschriften sowie über die Errichtung eines Sondervermögens „Sanierung ökologischer Altlasten in Mecklenburg-Vorpommern“ (Haushaltsrechtsanpassungsgesetz 2003 – HRAG 2003)
 (Erste Lesung)
 – Drucksache 4/200 –

Das Wort zur Einbringung hat die Finanzministerin Frau Keler.

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sparen ist kein Selbstzweck. Das habe ich in diesem Hohen Hause und auch sonst bei jeder Gelegenheit immer wieder betont. Wozu Sparen gut ist, das erleben wir nun hautnah an der Vorlage des Regierungsentwurfes für den Nachtragshaushalt 2003. Ich sage es Ihnen schon vorab: Wir hätten diesen Nachtrag niemals in dieser Art und Weise aufstellen können, wenn wir in den letzten Jahren nicht so konsequent die Nettokreditaufnahme zurückgefahren und unseren Haushalt konsolidiert hätten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Oder sprichwörtlich: Spare beizeiten, dann hast du in der Not. Dazu später mehr.

(Zuruf von Udo Timm, CDU)

Nun zu unserer Vorlage. Bereits bei der Einbringung des Doppelhaushalts 2002/2003 habe ich angekündigt, dass wir für das Haushaltsjahr 2003 einen Nachtrag brauchen werden. Später habe ich diese Ankündigungen mehrmals präzisiert, denn es war immer klar, dass im zweiten Jahr eines Doppelhaushalts Anpassungen an neue Erkenntnisse vorgenommen werden müssen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Allerdings stellt sich der Nachtrag, den ich Ihnen heute vorlege, doch deutlich anders dar, als ich dies noch vor wenigen Monaten erwartet oder gar gewünscht hätte.

Meine Damen und Herren, zunächst einiges zum Abschluss 2002. Dem Finanzausschuss liegt das Haushaltsergebnis seit dem 31. Januar vor. Das Haushalts-Ist weist gegenüber dem Plan eine um 483 Millionen Euro er-

höhte Deckungslücke aus. Das ist insbesondere die Folge von Steuermindereinnahmen in Höhe von 377 Millionen, von höheren Leistungen für die Sonder- und Zusatzversorgung im Umfang von 83 Millionen, von höheren Investitionsausgaben von 40 Millionen sowie von Mehrausgaben beim Personal von 12 Millionen. Die Steuermindereinnahmen sind genauso gekommen, wie ich im November prognostiziert hatte. Die Verpflichtungen für die Sonder- und Zusatzversorgung sind höher ausgefallen als erwartet. Hier wirken sich Rechtsänderungen und höhere Fallzahlen aus, die von niemandem vorhergesehen worden sind, weder vom Bund noch von den anderen neuen Ländern. Dieses Wachstum wird sich vermutlich in abgeschwächtem Maße in den nächsten Jahren fortsetzen.

40 Millionen zusätzliche Investitionen waren gut für die Konjunktur, aber sie belasten den Haushaltsabschluss. Mit den zusätzlichen Personalausgaben haben wir die hundertprozentige Unterrichtsversorgung ausfinanziert. Hier musste nachgesteuert werden, als im Frühjahr des vergangenen Jahres eine zu geringe Lehrerkapazität sichtbar wurde. Insgesamt also müssen wir 483 Millionen Euro Ergebnisverschlechterung im Vergleich zum geschlossenen Haushalt 2002 konstatieren.

Wie soll dieser Betrag nun finanziert werden? Zum einen setzen wir den verbleibenden Krediteinnahmerest von 200 Millionen als Teildeckung ein, zum anderen weisen wir einen Fehlbetrag von 283 Millionen aus. Diesen Sachverhalt hatte ich bereits im November hier angekündigt. Der Fehlbetrag muss nach Paragraph 25 Absatz 3 LHO spätestens in den Haushaltsplan für das zweitnächste Jahr eingestellt werden. Die Landesregierung schlägt Ihnen vor, 120 Millionen in diesem Haushalt und die restlichen 163 Millionen im nächsten Haushalt zu veranschlagen.

Auch für 2003 wird sich die Deckungslücke deutlich erhöhen. Die Steuermindereinnahmen werden nach gegenwärtigem Kenntnisstand 408 Millionen Euro betragen. Darin sind bereits die ungünstigeren Wachstumserwartungen entsprechend dem Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung berücksichtigt. Auswirkungen des Steuervergünstigungsänderungsgesetzes sind dagegen nicht enthalten. Außerdem sind zwangsläufige Mehrausgaben zu verkraften. Zunächst muss der anteilige Fehlbetrag von 120 Millionen finanziert werden. Hinzu kommen Mehrbedarfe auf der Ausgabenseite wie die zusätzlichen Personalausgaben infolge des hohen Tarifabschlusses, der erhöhten Lohnnebenkosten, die Mehrbedarfe für Sonder- und Zusatzversorgung, für Wohngeld, für Auslagen in Rechtssachen, für Werfthilfe, für BAföG, für den Maßregelvollzug. Diese Ausgaben sind ebenso wie die Steuermindereinnahmen von uns nicht beeinflussbar. So weit möglich haben wir dennoch versucht, das Ausgabenwachstum einzudämmen, indem wir für 2003 bereits zusätzliche Einsparungen verfügt haben, die in den Folgejahren noch steigen werden. Und wir haben darauf geachtet, dass die Schwerpunkte der Politik dieser Landesregierung weiterhin sichtbar bleiben.

Ich stelle fest: Die Investitionen bleiben mit rund 1,5 Milliarden auf hohem Niveau.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Das Budget der Universitäten und Hochschulen bleibt unverändert. Die Mindestgarantie für den kommunalen Finanzausgleich bleibt erhalten. Damit zahlen wir 105 Mil-

lionen Euro mehr an die Kommunen, als nach dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz erforderlich wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bei der Förderung der Kitas gibt es keine Abstriche.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Nein!)

Für die hundertprozentige Unterrichtsversorgung haben wir auch in 2003 13 Millionen zusätzlich veranschlagt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die bereinigten Gesamtausgaben bleiben trotz 58 Millionen Euro zusätzlicher Verpflichtungen gegenüber dem Flutfonds auf der Höhe der bereinigten Gesamtausgaben des Vorjahres. Wir haben es also nicht mit einem Ausgabenproblem zu tun, das Problem liegt auf der Einnahmenseite.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD)

Trotz aller Anstrengungen, kurzfristig Einsparungen zu bewirken, muss die Kreditaufnahme gegenüber dem Ursprungshaushalt um 570 Millionen auf 826 Millionen erhöht werden.

Im Einzelnen: Die Personalausgaben müssen um 30 Millionen gegenüber dem Ursprungshaushalt angehoben werden. Weil ich weiß, dass für die Opposition die Personalausgaben immer wieder Anlass zur Kritik sind, will ich das erläutern.

Sie fordern bei jeder sich bietenden Gelegenheit, wir müssten den Personalabbau beschleunigen. Das Ausmaß unserer Konsolidierungsschritte im Personalhaushalt will ich Ihnen an drei Zahlen verdeutlichen. Der Ansatz im Nachtragshaushalt übersteigt das Ist-Ergebnis des letzten Jahres um 30 Millionen. Der Mehrbedarf für den Tarifabschluss, für die Anhebung der Rentenversicherungs- und VBL-Beiträge sowie für die hundertprozentige Unterrichtsversorgung beträgt aber 73 Millionen. Die Differenz, immerhin 43 Millionen, ist also aus Einsparungen erwirtschaftet worden. Dieser Konsolidierungsbeitrag kann sich sehen lassen und er löst in der aktuellen Arbeitsmarktlage durchaus zwiespältige Gefühle aus, denn er repräsentiert zugleich weggefallene Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst im vierstelligen Bereich.

Da wir gerade beim Personal sind, noch zwei Bemerkungen:

Erstens. Sie fordern immer wieder, wir sollten die Verwaltung beziehungsweise die Ministerien ausdünnen, und Sie behaupten sogar, die Wasserköpfe würden laufend größer. Meine Damen und Herren, das Gegenteil ist der Fall. Von Ende 1998 bis Ende 2002 hat die Landesregierung 4.195 Stellen abgebaut. Rund 3.000 Stellen davon sind Lehrerstellen und mehr als 1.100 klassische Verwaltungsstellen. Auch in den Ministerien sind genau betrachtet Stellen abgebaut worden,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ach!)

allerdings stehen den Stellenreduzierungen Stellenmehrbedarfe für die Sicherheitsbehörden nach dem 11. September, für den Verbraucherschutz und für die in das Arbeitsministerium teilweise eingegliederte technische Hilfe gegenüber.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Und für die leitenden Bereiche?)

Einzelheiten sind Ihnen bei jedem Haushalt dargestellt worden.

Sie sehen, im Gegensatz zur eilfertigen Legendenbildung arbeiten wir kontinuierlich an der Verschlankung des Personalkörpers und dennoch werden die Personalausgaben weiter steigen. Tarifierhöhungen und Ost-West-Angleichung kosten nun einmal mehr, als Stellen gestrichen werden können. Das wusste übrigens schon meine Amtsvorgängerin Frau Kleedehn und sie hat das auch an dieser Stelle gesagt. Nur damals haben Sie das nicht kritisiert, damals haben Sie die arithmetischen Zwangsläufigkeiten noch akzeptiert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir werden die Stellenzahl im engeren Bereich der Verwaltung bis Ende 2006 auf unter 38.500 zurückführen. Das ist ein ehrgeiziges Ziel, aber wir werden es nach heutiger Kenntnis erreichen. Ein Teil der Reduzierung hängt mit der Ausgliederung der Bauverwaltung in den BBL zusammen, das ist auch kein Geheimnis. Der Großteil fällt jedoch endgültig weg. Wir haben die Anstrengungen in diesem Bereich jetzt noch einmal verschärft. Vom nächsten Jahr an werden zusätzlich zu den bereits veranschlagten Stellenreduzierungen von 1 Prozent weitere 0,5 Prozent der betroffenen Stellen im Wert von 2,2 Millionen Euro gestrichen. Damit nutzen wir die Fluktuation und die Altersabgänge fast vollständig zum Stellenabbau.

In den nächsten Jahren wird der zusätzliche Einsparbeitrag schrittweise erhöht von eben den jetzt 2,2 auf 12 Millionen in 2005 – wohlgedacht, dass sind nur die zusätzlichen Einsparungen aufgrund unserer aktuellen Entscheidungen. Damit einher geht die Schaffung eines internen Arbeitsmarktes innerhalb der Landesverwaltung. Denn nur wenn die Personalbedarfe aus dem Bestand nachbesetzt werden, können Altersabgang und Fluktuation für den Stellenabbau genutzt werden. Sie sehen, wir warten nicht auf die geplante Verwaltungsreform, sondern wir gehen weiterhin schrittweise und zügig voran,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

denn nur so werden wir auf Dauer Erfolg haben. Betriebsbedingte Kündigungen, wie sie die CDU fordert, wollen wir vermeiden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Angelika Gramkow, PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig!)

Zweitens. Die Opposition fordert als Großtat und Kern einer Verwaltungsreform nach CDU-Muster die Auflösung von zwei Ministerien. Würde man dieser Forderung folgen, würde die Arbeit deswegen nicht geringer. Die Indianer braucht man weiterhin, ein paar Häuptlinge mit Gefolge wären über. Hier die überschlägige Kalkulation des wirklichen Effekts: Es entfielen zwei Minister, zwei Staatssekretäre, zwei Leitungsstäbe, zwei Abteilungsleiter, sechs Sekretärinnen, zwei Beauftragte für den Haushalt, vier Fahrer, vier Dienstwagen, alles in allem 35 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Einsparung für diese Verwaltungsreform beläuft sich auf annähernd 2 Millionen Euro. Zur Erinnerung: Uns fehlen Steuereinnahmen von 400 Millionen Euro. Das entspräche dem Abbau von 9.000 Stellen.

Zwangsläufige Mehrausgaben entstehen erneut bei der Sonder- und Zusatzversorgung, und zwar in Höhe von

34 Millionen. In den ersten Jahren nach 1990 wurde gerade von Westländern auf die fehlenden Versorgungslasten der neuen Länder verwiesen. Damals hatte niemand die Dynamik der übergeleiteten DDR-Renten im Blick. Heute müssen wir dafür schon 274 Millionen Euro veranschlagen. Dieser Betrag müsste eigentlich den Personalausgaben zugerechnet werden, denn er ist auf den ersten Blick das Gegenstück zur Beamtenversorgung in den westlichen Bundesländern. Aber die Leistungen in der Sonder- und Zusatzversorgung gehen in Wirklichkeit weit über die Versorgungsleistungen für den ehemaligen öffentlichen Dienst der DDR hinaus. Wir zahlen unter anderem auch für die ehemalige technische Intelligenz, für Direktoren von Kombinat und LPGen, für Künstler, für Rundfunkmitarbeiter, für Ärzte, Tierärzte, Apotheker, für Ballettmitglieder und Staatszirkusangestellte und für Mitarbeiter gesellschaftlicher Organisationen einschließlich der in der Partei hauptamtlich Beschäftigten. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie auch darauf hinweisen, dass wir Versorgungslasten für die ehemaligen Kommunalbediensteten tragen und somit die Kommunen erheblich entlasten. So betrachtet übersteigen unsere Personalausgaben bereits die der vergleichbaren westlichen Flächenländer um einen ganzen Teil.

Auch beim Wohngeld, bei der Forensik, beim BAFöG und bei den Auslagen in Rechtssachen sind erhebliche Mehrbedarfe aufzufangen. Hinzu kommen Einnahmeausfälle bei Gerichtsgebühren und bei der Abrechnung für die Förderperiode 1994 bis 1999 der EU-Strukturfonds.

Wie begegnen wir den gleichzeitigen Verschlechterungen auf der Ausgaben- und auf der Einnahmeseite?

Unsere Einschnitte im Personalhaushalt habe ich bereits erläutert. Hinzu kommen Ausgabenreduzierungen im Sachhaushalt, und zwar bei den sächlichen Verwaltungsausgaben im Umfang von 15 Millionen Euro und bei den Landesprogrammen im Umfang von 10 Millionen. Zusätzlich werden die Kofinanzierungsmittel entsprechend der Kürzung der Bundeszuweisungen für ABM und SAM um 12 Millionen zurückgenommen und wir beschränken die Kofinanzierung der Wohnungsförderung auf das notwendige Maß. Das bringt 10 Millionen Euro. Allerdings legen wir ein neues Programm zur Förderung von Altenwohnungen mit Betreuungsangebot auf mit einem Programmvolumen von 6 Millionen.

Bei den Kommunen reduzieren wir 6,9 Millionen Infrastrukturpauschale. In 2003 haben wir bewusst auf weitergehende Einschnitte verzichtet, um bereits geplante oder anfinanzierte Projekte nicht zu gefährden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Das, meine Damen und Herren, ist ein ziemlicher Kraftakt, ich hatte es schon gesagt, weil wir die Kommunen zugleich mit 105 Millionen im kommunalen Finanzausgleich aufgrund des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes und der Mindestgarantie freihalten. Schon im letzten Jahr sind als Folge der Mindestgarantie 140 Millionen Euro mehr an die Kommunen ausgezahlt worden. Die Steuereintrübe sind so gravierend, dass man durchaus von einem Wegfall der Geschäftsgrundlage bezogen auf den kommunalen Finanzausgleich sprechen kann. Deshalb haben wir schon im Rahmen unserer Eckdatenbeschlüsse im Herbst des vergangenen Jahres vorgesehen, ab 2004 eine teilweise Kompensation durch Absenkung der kommunalen Infrastrukturpauschale in Höhe von 56 Millionen vorzu-

nehmen. Zugleich soll ein neuer Sonderfonds zugunsten der Kommunen in Höhe von 32 Millionen eingerichtet werden, der überwiegend aus EFRE-Mitteln finanziert wird. Damit behandeln wir unsere Kommunen immer noch wesentlich besser als andere Länder, die die Steuermindereinnahmen im Umfang der jeweiligen Verbundquoten auf die Kommunen durchschlagen lassen, Brandenburg zum Beispiel 140 Millionen Euro.

Insgesamt bringen die Einsparungen im Nachtrag rund 70 Millionen. Diese Beträge summieren sich bis 2006 auf rund 600 Millionen. Unter dem Strich reichen aber alle Maßnahmen nicht aus, um die Einnahmeausfälle und die Mehrausgaben auszugleichen. Weitergehende Einschnitte wären aber entweder aus rechtlichen Gründen nicht möglich oder politisch nicht verantwortbar gewesen. Deshalb bleibt uns nichts anderes übrig, als die Kreditaufnahme auf 826 Millionen hochzufahren.

Wer die hohe Neuverschuldung kritisiert, muss sich auch einmal vergegenwärtigen, was geschehen würde, wenn wir im gleichen Umfang Ausgaben gestrichen hätten. Für kurzfristig wirksame Streichungen wären im Wesentlichen nur noch Investitionsausgaben in Betracht gekommen. Eingriffe in diesen Ausgabenblock verbieten sich gegenwärtig aus zwei Gründen. Zum einen darf es keinen Abbruch beim Ausbau der Infrastruktur unseres Landes geben, weil eine entwickelte Infrastruktur der Schlüssel zur Schaffung eines wettbewerbs- und zukunftsfähigen Mecklenburg-Vorpommerns ist.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD, und Heike Polzin, SPD)

Und zum Zweiten hätte die massive Streichung von Investitionen auch die Streichung von Aufträgen an unsere Wirtschaft zur Folge. Um die Bedeutung dieses Ausgabenblocks zu verstehen, muss man wissen, dass 500 Millionen Euro Investitionsaufträge an die Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern annähernd zwei Prozent Bruttoinlandsprodukt ausmachen. Dabei sind die Multiplikationseffekte noch nicht einmal berücksichtigt. So gesehen kann man den Nachtragshaushalt 2003 mit Fug und Recht als ein massives Konjunkturstabilisierungsprogramm bezeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Nun gibt es Kritik von zwei Seiten an dieser haushaltspolitischen Linie. Den einen ist die Neuverschuldung zu hoch, für die anderen könnte sie ruhig noch etwas höher sein. Ich will zu beiden Positionen Stellung nehmen. Wer wie die CDU meint, die Kreditaufnahme sei zu hoch, muss sagen, wo Ausgaben gestrichen werden sollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Die CDU will den Haushalt vorrangig mit drei Maßnahmen sanieren:

- mit Personalabbau durch Zusammenlegung von Ministerien,

(Angelika Gramkow, PDS: Lächerlich!)

wie gerade geschildert, das bringt 2 Millionen Euro pro Jahr,

- durch Reduzierung von Aufträgen für Gutachten, das bringt maximal 2 Millionen Euro pro Jahr,

- durch Reduzierung der Arbeitsmarktmittel, das machen wir schon, das ist also kein zusätzlicher Beitrag.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Wer die Schulsozialarbeiter meint, belastet umgehend die Kommunen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig!)

Im Ergebnis sehe ich 4 Millionen Konsolidierungsleistungen der CDU.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Gleichzeitig sollen 6,9 Millionen kommunale Infrastrukturausgaben beibehalten werden. Und Herr Glawe kritisiert in seiner Presseerklärung vom 12. Februar Kürzungen im Sozialhaushalt von 5 Millionen Euro,

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

also will er sie wohl rückgängig machen. Zusammen ergibt dies schon Mehrausgaben von 8 Millionen Euro. Das ist Haushaltssanierung à la Rehberg und CDU.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Nun zu denen, die bereit sind, noch mehr Kredite draufzusatteln. Denen sage ich Folgendes: Wir könnten heute die Ausnahmesituation nicht durch die temporäre Anhebung der Nettokreditaufnahme abfedern, wenn wir nicht in den vergangenen Jahren konsequent und kontinuierlich konsolidiert, sondern uns stattdessen mehr verschuldet hätten. Unsere Kreditaufnahme wäre dann auch ohne Steuereinbruch so hoch, dass wir heute die Regelkreditgrenze nach Artikel 65 unserer Verfassung überschreiten und einen verfassungswidrigen Haushalt vorlegen müssten. Dass wir heute reagieren können, ist ein Ergebnis unserer bisherigen Konsolidierungsbemühungen. Es ist übrigens nicht das Ergebnis eines blinden Kaputtsparens, wie mir ja wieder und wieder vorgeworfen wurde. Jetzt wird offenkundig, dass unsere Konsolidierungspolitik mit Augenmaß ohne Alternative gewesen ist und bleibt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eine weitere Überlegung: Die Zinslast für die Kredite von 826 Millionen Euro schlägt im nächsten Jahr bereits mit zusätzlichen 37 Millionen Euro zu Buche. 2004 werden wir für Zinsen insgesamt so viel ausgeben wie für den gesamten Hochschuletat und diese Zinslast ist auf Dauer. Damit belasten wir die kommenden Generationen, auch unsere jungen Abgeordneten in diesem Hause. Sie wollen doch weiter Politik machen, wenn wir Älteren längst ausgeschieden sind. Wer jetzt mit zusätzlichen Krediten liebäugelt, beschädigt seine Qualifikation als weit voraussichtender Politiker für dieses Gemeinwesen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Die zusätzliche Verschuldung des Landes belastet die Haushaltspolitik schwer und mich bedrückt das wahrscheinlich mehr als alle anderen.

(Udo Timm, CDU: Nicht zu fassen!)

Doch die vorübergehende Konjunkturschwäche mit den geschilderten Steuerausfällen lässt eine andere Lösung nicht zu. Zugleich muss aber klar sein, dass Steuermehreinnahmen zur Kreditbegrenzung genutzt werden müssen und nicht zur Ausgabensteigerung. Nur so lässt

sich nach meiner festen Überzeugung die zusätzliche Kreditaufnahme rechtfertigen.

Neben diesen inhaltlichen Überlegungen sind wir auch durch wichtige formale Grenzen an höheren Kreditaufnahmen gehindert. Wir schöpfen die Regelkreditobergrenze nach Artikel 65 der Landesverfassung in diesem Jahr fast vollständig aus, mehr geht schon rechtlich nicht. Und wir müssen unseren Teil dazu beitragen, dass Deutschland von der EU nicht mit Sanktionen überzogen wird. Ich frage mich, wie wir reagieren wollen, wenn Deutschland und damit letztlich auch Mecklenburg-Vorpommern wegen Verletzung des dreiprozentigen Maastricht-Kriteriums mit Strafzahlungen belegt werden sollte. Die Bereitschaft zur weitergehenden Kreditaufnahme ist der sichere Weg hin zu EU-Sanktionen. Die werden dann nicht mit erneuten Krediten bezahlt werden können und an ein Aussteigen aus der EU denkt ja wohl niemand. Die dreiprozentige Grenze ist zwar weder finanzwissenschaftlich begründet noch makroökonomisch stringent abgeleitet und dennoch gilt diese Grenze. Sie hat unbestreitbar eine stabilisierende Wirkung. Diese Wirkung sollten wir nicht gering schätzen. Es gibt genügend ernst zu nehmende Fachleute, die vor einer Aufweichung dieser Kriterien warnen.

Am Schluss bleibt die Frage: Wird sich der Haushalt 2003 so realisieren lassen, wie er jetzt von uns angelegt ist? Ich will deutlich sagen, es gibt ein zurzeit unkalkulierbares Risiko und das kennen wir alle. Wenn es zu einem Krieg im Nahen Osten kommen sollte, sind unsere Erwartungen nicht zu halten. Schon jetzt lähmt die Irak-Krise die weltweite Wirtschaftstätigkeit. Dies ist nicht die einzige Erklärung für unsere konjunkturelle Situation, aber auf jeden Fall für die sehr zögerliche Erholung der Wirtschaftstätigkeit.

Das kleine Mecklenburg-Vorpommern muss in dieser Lage die Folgen der Entscheidungen mittragen, die an anderen Stellen getroffen werden. Ich wünsche mir, dass die begrenzten Möglichkeiten der Landespolitik auch einmal von der Opposition zur Kenntnis genommen werden. Wir sollten wirklich nur über die Punkte streiten, die wir im Lande selbst beeinflussen können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Die Landesregierung hat in den letzten Jahren wesentliche Strukturreformen auf den Weg gebracht – ich nenne die Hochschulautonomie, die Regionalschule, die Modernisierung des Bau- und Liegenschaftsmanagements – und wir machen weiter.

(Beifall Siegfried Friese, SPD,
und Volker Schlotmann, SPD)

Wir wollen die gesamte Verwaltung auf staatlicher und auf kommunaler Ebene neu strukturieren und verschlanken. Über die Verwaltungsreform können wir selbst entscheiden und es lohnt sich, um die besten Lösungen zu streiten. Dazu erwarten wir Ihre Vorschläge, meine Damen und Herren von der Opposition.

Ich rechne mit doch schon nennenswerten Einsparungen ab 2006 und wir verknüpfen die Verwaltungsreform mit der Prüfung der Verwaltungsabläufe, um Deregulierungen und Entbürokratisierungen zu erreichen. Dazu gehört auch die Zusammenarbeit mit anderen Ländern, die wir anstreben und zurzeit vorbereiten. Den von der Wirtschaft vorgelegten 44-Punkte-Plan zur Auslichtung des Bürokratiegrüppes werden wir offen auf Machbarkeit prüfen.

Meine Damen und Herren, zum Schluss: Wir befinden uns in einer sehr schwierigen Phase, die nicht ohne Schmerzen gemeistert werden kann. Schwierige Zeiten bringen aber nicht nur Belastungen, sie bergen auch die Chance für neue und bessere Lösungen. Dazu ist es unverzichtbar, dass sich alle aus der Deckung wagen und daran mitarbeiten. Jetzt muss das Gesamtinteresse Vorrang haben vor jeder Art von Einzelinteressen. Ich wünsche mir, dass die Beratungen im Landtag in diesem Sinne verlaufen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Der Abgeordnete Torsten Renz
bittet um das Wort für eine Anfrage. –
Angelika Gramkow, PDS: Bei
der Einbringung geht das nicht.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Frau Keler, gestatten Sie eine Anfrage? (keine Zustimmung)

Im Ältestenrat wurde ein Aussprache von 300 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im wahrsten Sinne des Wortes: Schön, Sie alle hier zu sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Meine Damen und Herren, mit dem Nachtragshaushalt, den die Finanzministerin heute für die Landesregierung hier in den Landtag eingebracht hat, ist uns ein Papier vorgelegt worden, das in vielen Details, da bin ich mir sicher, noch heftige Diskussionen hervorrufen wird, zu denen es aber im Grundsatz kaum realistische Alternativen geben wird. Das ist bitter für uns als Parlamentarier, aber auch daran sollten wir denken, vor allem für die Betroffenen vor Ort.

Mit diesem Nachtragshaushalt ist es wie mit einer Operation – sie ist unumgänglich. Wenn man sie nicht vornähme, würde es dem Patienten immer schlechter gehen. Das Narkosemittel, das die OP vielleicht etwas erträglicher macht, ist in unserem Fall die Erhöhung der Nettokreditaufnahme in einem vertretbaren Rahmen. Und um in diesem Bild zu bleiben, die Operation wird in vielen Bereichen zu schmerzhaften Einschnitten führen. Ich sage Ihnen, da wird jeder von uns in seinem Wahlkreis, aber auch jeder Fachpolitiker vor Ort und in den Verbänden angesprochen sein.

Als Opposition kann man natürlich behaupten vor Ort und anderswo, dass man es anders gemacht hätte oder anders machen würde. Allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, eine ehrliche, echte Alternative bleiben Sie dann in der Regel schuldig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, es hat auch überhaupt keinen Sinn, diese Operation herauszuschieben, die schmerzhaften Einschnitte vielleicht jetzt noch nicht, dafür aber in ein, zwei oder vielleicht in drei Jahren vorzunehmen, dann aber noch weitreichender, noch viel tiefer, weil wir es in der Zwischenzeit versäumt hätten, den Patienten wieder gesund zu machen. Kurzfristige Kosmetik hilft bei diesem Nachtragshaushalt nicht. Entschiedenenes Handeln ist angesagt.

(Beifall Heike Polzin, SPD)

Gerade deshalb will ich der Finanzministerin und ihren Mitarbeitern den Dank der SPD-Landtagsfraktion ganz deutlich aussprechen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Dank gebührt ihr dafür, bei diesen schwierigsten finanzpolitischen Rahmenbedingungen einen Entwurf für einen Nachtragshaushalt mit dem notwendigen Augenmaß vorgelegt zu haben. Diese Rahmenbedingungen, in denen sich die Finanzministerin und wir uns als Abgeordnete bewegen, sind gekennzeichnet durch erstens wegbrechende Steuereinnahmen in bislang nicht gekannter Größenordnung und zweitens zum Teil erhebliche Ausgabesteigerungen in vielen Bereichen.

Eines dieser beiden Elemente könnte einer Finanzministerin schon mächtig Sorgen machen, aber wenn so wie hier beides zusammenkommt, liegt eine besondere Herausforderung vor. Lassen Sie mich das so formulieren: Für mich als Landtagsabgeordneten, der immer auch das Wohl des Ganzen im Auge haben soll, muss und hat, der aber ganz besonders auf die Interessen des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu sehen hat, ist diese Entwicklung auf Dauer so nicht akzeptabel. Der gesunde Menschenverstand sagt, dass das so nicht mehr weitergehen darf.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich sage dies mit allem Bedacht. Ich erwarte, dass der Bund und das Land gemeinsam Probleme erkennen, sie gemeinsam anpacken und diese Probleme dann auch gemeinsam lösen, und das möglichst zügig und ohne großes Tamtam. Wenn der Bund jetzt tatsächlich mehr und mehr einen Finanzkurs einschlägt, bei dem er vornehmlich auf sich schaut und seinen Haushalt saniert, ohne zugleich ausreichend die Auswirkungen auf die Haushalte der Länder im Auge zu behalten, dann allerdings bin ich an einem Punkt, an dem ich die Landesinteressen noch deutlicher offen ansprechen werde als bisher.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS –
Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Haben Sie das dem
Ministerpräsidenten schon mal gesagt?)

Meine Damen und Herren, eine große Nagelprobe steht uns allen noch bevor, die Gemeindefinanzreform. Diese muss eine Verbesserung der aktuellen Finanzsituation der kommunalen Haushalte mit sich bringen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Oh, oh, oh! –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Für mich muss eine zukünftige Gemeindefinanzreform folgende Ziele erreichen:

1. dauerhafte Stabilisierung und höhere konjunkturelle Unabhängigkeit der Kommunen in ihren Finanzen,
2. keine Belastungsverschiebung zwischen den staatlichen Ebenen ohne einen entsprechenden Ausgleich,
3. grundsätzlich keine zusätzlichen Belastungen der Steuerzahler,
4. die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, aber eben nicht auf dem Niveau der bisherigen Sozialhilfe,

(Beifall Rudolf Borchert, SPD)

und – meine Damen und Herren, der letzte Punkt ist für mich von ganz besonderer Bedeutung –

5. die zukünftige Gemeindefinanzreform darf zu keinen Veränderungen der Wirkung des Solidarpaktes II führen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich sichere in dieser Frage der Finanzministerin die volle Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion zu. Diese Reform ist von zentraler Bedeutung, sie ist geradezu lebenswichtig für unsere Kommunen und unser Gemeinwesen – und hier will ich den Bogen schlagen –, deshalb ist es umso bemerkenswerter, wenn die Landesregierung wirklich noch Akzente im Entwurf dieses Nachtragshaushaltes setzen konnte:

1. Es ist positiv, dass das Budget der Universitäten und Hochschulen unverändert bleibt.
2. Es ist positiv, dass die Landesregierung an einer hundertprozentigen Unterrichtsversorgung an den allgemein bildenden Schulen festhält.
3. Es ist positiv, dass es keine Abstriche an der Förderung der Kindertagesstätten gibt.
4. Es ist positiv, dass das Investitionsniveau mit 1,525 Milliarden Euro auf hohem Niveau bleibt.
5. Es ist positiv, dass für Krankenhäuser die Investitionen auf dem bisherigen Stand bleiben.
6. Es ist auch positiv, dass die Mindestgarantie von 1,278 Milliarden Euro gegenüber den Kommunen eingehalten bleibt.

Hier hat die Landesregierung bereits Akzente gesetzt, die Handschrift dieser Koalition ist dabei unverkennbar.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD – Harry Glawe, CDU:
Aber die Kommunen jubeln nicht.)

Meine Damen und Herren, die Kommunen werden nie jubeln, vor allen Dingen die Verbandsvertreter werden nie jubeln. Aber das liegt in der Natur der Sache, Herr Glawe, das kennen Sie doch am besten in Ihrem Doppelspiel zwischen dem Kollegen Rehberg und Ihnen selber.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Sie spielen das soziale Gewissen, während Herr Rehberg den Oberwirtschaftsförderer mimt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

So ist das mit dem Wald, in den man reinschreit, Kollege Glawe.

(Harry Glawe, CDU: So ist das, mein Lieber.)

Dieser Entwurf macht eins deutlich, meine Damen und Herren, er zeigt, dass wir als Regierungskoalition das Heft des Handelns in der Hand behalten. Jetzt liegt es am Parlament, also an uns, diesen Entwurf zu beraten. Ich halte es für keine Floskel, wenn ich hier wieder mal sage, dass kein Gesetzentwurf diesen Landtag so verlässt, wie er mal hineingegangen ist. Und deshalb wird auch dieser Entwurf nach den Ausschussberatungen mit Sicherheit anders aussehen, als er heute aussieht. Lassen Sie uns gemeinsam im parlamentarischen Sinne in

der Sache streiten! Ich glaube, wir gewinnen alle dabei, Opposition wie Regierung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Regine Lück, PDS)

Meine Damen und Herren, die Haushaltsberatungen werden im Bund wie auch in den Ländern – und zwar nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern auch in den CDU-regierten Ländern – überlagert von der Lage auf dem Arbeitsmarkt, der Auseinandersetzung um den richtigen Weg in der Wirtschaft, der Finanz- und der Arbeitsmarktpolitik.

Bei der Vorbereitung auf diese Haushaltsberatungen hat mich ein Thema ganz besonders umgetrieben. Ich meine die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt. Das kann einfach keinen kalt lassen. Erschütternd finde ich hierbei allerdings die oft geführte Scheindiskussion. Da werden jeden Tag irgendwelche neuen Schweine durchs Dorf gejagt, geradezu in der Erwartung eines pawlow-schen Reflexes der Gegenseite. Nur mit Profilierungsversuchen, meine Damen und Herren, ist den Menschen vor Ort, den Betroffenen nun wirklich nicht gedient. Die wenden sich eher ab, und zwar nicht nur von uns, sondern von uns allen als Politiker. Wenn aber, meine Damen und Herren, durch die Kürzung der Mittel für ABM und SAM, wenn diese Mittel tatsächlich in dem angekündigten Maße gesenkt werden, werden wir in Mecklenburg-Vorpommern nur noch die Hälfte der bisherigen ABM und SAM und dafür eine höhere Arbeitslosigkeit haben.

(Harry Glawe, CDU: 140 Millionen
sind gekürzt, das ist doch Tatsache.)

Wer das nicht sieht, welcher sozialer Sprengstoff letztendlich gerade in diesem Thema liegt, der verkennet tatsächlich die Realitäten, und davon nehme ich keinen aus.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Regine Lück, PDS)

Meine Damen und Herren, gerade deshalb unterstütze ich uneingeschränkt im wahrsten Sinne des Wortes die Forderung der SPD-Landesgruppe Ost im Bundestag, die dies in einem Brief an den Bundesfinanzminister Eichel erhoben hat. Die Forderung, dass erstens die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit auf dem Stand von 2002 zu verstetigen sind, ist richtig. Es ist auch richtig, wenn gefordert wird, dass die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik zu erhöhen sind. Und es ist auch richtig, dass die Bundesanstalt für Arbeit nicht in der Lage sein wird, diese Mittel allein aus eigener Kraft zu erbringen,

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

und daher der Bund der Bundesanstalt auch für 2003 einen Zuschuss in entsprechender Höhe gewähren muss.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD)

Ich stehe hinter diesen Forderungen und unterstütze sie nachdrücklich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Es muss endlich erkannt werden von der Opposition wie auch von Wirtschaftsverbänden, dass es nicht um Arbeitsplätze im ersten oder zweiten Arbeitsmarkt geht. In den neuen Bundesländern sind wir in einer Situation, übrigens auch einzelne Regionen in den Altbundesländern,

das Ruhrgebiet zum Beispiel, Teile des Saarlandes und anderswo, dass wir auf ABM und SAM dringend angewiesen sind. Das erzählen Sie den Leuten vor Ort auch, wenn Sie in Ihren Wahlkreisen unterwegs sind. Hier reden Sie dann öfter etwas anders, aber das kennen wir zur Genüge. Ich sage Ihnen, wenn diese Menschen keine Chance haben, ABM- oder SAM-Stellen zu bekommen, verlieren diese Menschen ihre Lebensperspektiven, weil sie keine Aussicht auf Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Regine Lück, PDS)

Meine Damen und Herren von der Opposition, wenn Arbeitgeber und CDU dann auf Bundesebene, aber nicht nur da, die Forderung nach Abschaffung des Flächentarifvertrages und Forderung nach betrieblichen Bündnissen für Arbeit erheben und die Landes-CDU Mecklenburg-Vorpommern dem nicht widerspricht, dann frage ich mich, meine Damen und Herren, wie weit Sie von den Realitäten hier im Lande wirklich schon entfernt sind. Ich frage Sie ganz ernsthaft: Wie viele tarifgebundene Unternehmen haben wir denn bei uns im Land überhaupt noch? Beantworten Sie sich diese Frage einmal selbst! Bei denen, die noch tarifgebunden sind – und das sind die wenigsten –, da gibt es längst betriebliche Bündnisse für Arbeit. Und ich sage Ihnen, die Gewerkschaften arbeiten da schon längst mit. Also auch diese Forderung der CDU ist eigentlich nur Schaumschlägerei, viel mehr ist es nicht.

Ich sage Ihnen, für mich – und ich gehe davon aus, dass das in der SPD auch weiterhin Bestand hat, selbst wenn die Grünen heute wieder mal in die andere Richtung marschieren, aber es sei ihnen gegönnt –, mit uns und mit mir wird es eine Diffamierung des Flächentarifvertrages nicht geben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Für mich ist die Forderung nach dem gerechten Lohn eine zentrale Forderung, von der wir nicht abweichen werden.

Lassen Sie es mich klarstellen, ...

(Udo Timm, CDU: Und was hat das
mit dem Haushaltsnachtrag zu tun?)

Hören Sie bis zu Ende zu, dann werden Sie es vielleicht verstehen!

(Zuruf von Udo Timm, CDU)

Lassen Sie es mich klarstellen, die Idee der sozialen Gerechtigkeit ist für mich keine altmodische Vorstellung, sondern eine sehr moderne.

Meine Damen und Herren, die Verantwortung für Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftspolitik liegt ganz sicher maßgeblich auf der Bundesebene. Wir reden hier über den Nachtragshaushalt. Der wird bestimmt durch das Wirtschaftswachstum und alles das, was ich jetzt zitiere, gehört zum Wirtschaftswachstum. Das sollten Sie vielleicht mal intern bei Ihnen beraten, damit Sie das dann auch nachvollziehen können.

(Zuruf von Udo Timm, CDU)

Wir haben die Pflicht und Schuldigkeit, unsere landespolitischen Spielräume konsequent zu nutzen. Genau das macht die Koalition. Was machen Sie von der Opposition? Kommen wir doch zu der Frage. Nicht zukunftsgerichtet sind Ihre wirklich schon gebetsmühlenartigen Vorhaltungen zum Thema Transrapid, Airbus, BMW-Bewerbung.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das hören
wir heute bestimmt noch mal wieder.)

Wissen Sie, das ist eigentlich rückwärtsgewandt oder besser gesagt, das ist rückständig.

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Wir müssen hier im Land noch besser werden. Da gebe ich Ihnen Recht, das gilt für uns alle, für die Opposition genauso wie für uns. Die immer geringer werdenden Spielräume müssen wir noch konsequenter als bisher nutzen

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU –

Udo Timm, CDU: Das heißt, noch besser werden.)

und wir müssen noch stärker als bisher Schwerpunkte setzen. Das wird an etlichen Stellen wehtun.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU –
Heiterkeit bei Angelika Peters, SPD)

Es gibt dazu aber keine Alternative. Das fängt bei diesem Nachtragshaushalt an und geht dann weiter. Der nächste Doppelhaushalt steht im Herbst schon wieder vor unserer Tür.

Unter Schwerpunkte setzen verstehe ich, dass man sagt, wo das Land hin soll, was zukunftssträchtig ist und was daher besonders gefördert wird. Wir müssen die Stärken unseres Landes mehr als bisher hervorheben. Die Stärkung der heimischen Wirtschaft, vor allem in der Biotechnologie, der Tourismus, die Innovationskräfte an den Hochschulen zu fördern, aber auch zu fordern, der Gesundheitstourismus, auch der Ausbau alternativer Energien gehören für mich einfach dazu. Das ist der eine wichtige Teil von Zukunftsthemen des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Hier sage ich noch einmal, auch als Angebot in Richtung Opposition: Hier müssen die Kräfte stärker gebündelt werden.

Und im Grunde Ihres Herzens wissen Sie, meine Damen und Herren von der CDU, das auch ganz genau. Wenn man sagt, dass das Zukunftsthemen sind, gehört aber auch immer dazu zu sagen, was für einen nicht zukunftsfähig ist. Was wir nicht brauchen – ich denke, da gibt es eine relativ große Mehrheit in diesem Parlament über alle Fraktionen hinweg –, ist das 150. Spaßbad. Auch hier sind Schwerpunkte gefragt. Hier müssen wir auch als Landtagsabgeordnete dann dem einen oder anderen Bürgermeister mal einen Zahn ziehen. Wir müssen auch mit dem Wahnsinn aufhören, dass wirklich jede Kleinstgemeinde meint, ihr eigenes Feuerwehrhäuschen weiterhin durch das Land finanziert zu bekommen. Das sind nur zwei Beispiele, um deutlich zu machen, was ich meine. Wir können uns nicht mehr alles erlauben, wir müssen uns Schwerpunkte setzen, ich sage es noch einmal.

Gerade habe ich den einen Teil von Zukunftsthemen genannt. Der zweite damit untrennbar verbundene Teil von Zukunftsinvestitionen liegt in der Bildung und der Sozialpolitik. Das ist kein Schnickschnack, wie manche bei Ihnen meinen, das sind keine zweitrangigen Themen, es sind Zukunftsthemen. Es handelt sich tatsächlich um Standortfaktoren für dieses Land. Und da sage ich Ihnen – und darauf achten wir sehr genau –, wir müssen die Balance halten zwischen dem Fortschritt und der sozialen Gerechtigkeit beziehungsweise Sicherheit.

(Beifall Reinhard Dankert, SPD –
Harry Glawe, CDU: Das wird ein Spagat.)

Ja, Sie sind doch heilfroh, dass Sie diesen Spagat nicht machen müssen, Herr Glawe,

(Harry Glawe, CDU: Den würde ich machen.)

denn Sie müssen ja Ihren Worten keine Taten folgen lassen. Das ist ja Ihr Problem.

(Harry Glawe, CDU: Jaja.)

Meine Damen und Herren, Wohlstand ausbauen, soziale Gerechtigkeit gewährleisten und die Substanz des Sozialstaates erhalten, und zwar auf hohem internationalen Niveau, sind für mich als Sozialdemokrat zentrale Werte. Dazu gehört auch das Thema Ganztagschulen. Die Mittel der Bundesregierung für den Ausbau von Ganztagschulen sind eben nicht, wie uns der bayerische Schulminister weismachen will – ich zitiere – „größtenteils unsinnige Schulausbauten“. Hier stellt sich auch die Frage nach der Rolle der Frau und der Familie in der Gesellschaft. Ich will nicht, dass Frauen wie in manchen süddeutschen Bundesländern die Arbeitslosenstatistik unfreiwillig dadurch füllen, weil sie sich nicht einmal mehr Arbeit suchend melden, weil die Arbeit der Frau dort nicht wirklich gesellschaftlich akzeptiert wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Komisch, dass Sie bei dem Thema immer hochgehen wie ein HB-Männchen, das finde ich immer gut.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich will, Sie wahrscheinlich nicht, dass jede Frau arbeiten kann, und zwar, wenn sie es will. Es kann auch nicht sein, dass sie einen Arbeitsplatz nicht antreten kann, weil sie ihr Kind nicht in der Kita oder Ganztagschule abgesichert sieht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zurufe von Kerstin Fiedler, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Das ist für uns ein zentrales Thema, und zwar nicht nur in diesem Nachtragshaushalt, sondern in dem gesamten Rest der Legislaturperiode. Und das ist ja für Sie bitter, das sind ja noch weit über drei Jahre.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Meine Damen und Herren, besonders hervorhebenswert finde ich es, dass die Landesregierung in ihrem Entwurf das Thema Bildung als zentrale Herausforderung angenommen hat. Die hundertprozentige Unterrichtsversorgung – ich habe es schon mal erwähnt – ist mit diesem Nachtragshaushalt gesichert.

Zu einem echten Zukunftsthema gehört für mich auch, dass diese Koalition sich auf Vorschlag der SPD dazu entschlossen hat, eine umfassende Verwaltungsmodernisierung mit Funktionalreform anzupacken. Die Traute haben Sie nie gehabt, Kollege Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das war Ihr
Ministerpräsident, der das nicht wollte.)

Ich durfte ja letzte Woche vom Kollegen Rehberg lesen, dass er auch für eine – ich zitiere – „Forcierung“ dieses Themas ist. Da bin ich wirklich guter Dinge, dass er endlich die Bremsen löst, die die CDU bei diesem Thema seit Wochen getreten hat. Der anfangs eher skeptische Landkreistag ist mittlerweile viel weiter als Sie, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die eigenen Kommunalpolitiker der CDU sind mittlerweile viel weiter als Sie und das bekommt Ihr Fraktionschef ja zu seinem Leidwesen auch auf jeder seiner Veranstaltungen deutlich zu hören.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, machen Sie mit, bringen Sie sich ein! Verwaltungsmodernisierung ist für mich auch deshalb ein Zukunftsthema, weil wir endlich dahin kommen müssen, dass nicht ein Unternehmer fragen muss, wann die Verwaltung endlich mit ihren Planungen fertig ist, damit er anfangen kann. Wir müssen dazu kommen, dass die Verwaltung auf den Unternehmer zugeht und fragt, wann er anfangen will, und dass sie bis dahin fertig ist. Das wäre der richtige Weg. Ich bin davon überzeugt, eine solche moderne Verwaltung im gesamten Land macht unser Land attraktiver für Unternehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, diese Koalition ist sich ihrer Verantwortung wohl bewusst. Wir sind bereit, maßgeblich die Verantwortung zu tragen. Bei schönem Wetter, bei guten Haushaltsdaten kann das jeder,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

aber in schwierigen Zeiten zeigt sich dann, wer wirklich politikfähig ist. Diese rot-rote Koalition hat eine stabile, breite und verlässliche Mehrheit und das wird Ihnen sicher noch so manches Mal hier mächtig Ärger bereiten.

Herr Rehberg, zum Abschluss noch ein Wort an Sie, da helfen Ihnen die von Ihnen in Wirklichkeit mit ziemlicher Sicherheit nicht ernst gemeinten Angebote an die SPD zur Umgarnung unserer Partei und unserer Fraktion auch in Zukunft überhaupt nichts.

(Udo Timm, CDU: Pfui!)

Besten Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schlotmann.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Vor fast genau einem Jahr hat die Finanzministerin hier an gleicher Stelle gesagt: „Der Defizitabbau für den Haushalt unseres Landes stand von Anfang an im Zentrum meines politischen Handelns.“ Frau Keler, ich konstatiere, innerhalb von zwölf Monaten haben Sie Ihr Zentrum verloren. Angesichts dieser Aussage bei einer mehr als Verdreifachung der Nettokreditaufnahme ist Ihnen nicht nur dieses Credo abhanden gekommen, sondern es muss wohl auch eine Ihrer größten politischen Enttäuschungen gewesen sein. Ich gönne Ihnen diese Enttäuschung überhaupt nicht, weil Sie das nicht persönlich auszubaden haben, sondern die Menschen in diesem Land.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU)

Und, meine Damen und Herren, es ist richtig, Herr Ministerpräsident, Frau Finanzministerin, wenn Sie sagen: „Treibendes Motiv für den Abbau von Defizit und Nettokreditaufnahme ist vielmehr die Reduzierung der Zinslas-

ten und damit die nötige Vorsorge für die Zukunft unserer Kinder.“ Frau Keler, Herr Ringstorff, Sie haben hier einen Haushalt eingebracht, einen Nachtragshaushalt,

(Angelika Gramkow, PDS:
Sehr richtig, Herr Rehberg.)

bei dem Sie die Nettokreditaufnahme um 570 Millionen Euro anheben. Das sind 1.110.000.000 Deutsche Mark. Das heißt, weit über 1 Milliarde Deutsche Mark müssen Sie zusätzlich aufnehmen. Und Sie tun hier so, Frau Keler, den Ministerpräsidenten werden wir noch hören, als ob dies alles heute mit der Stunde null angefangen hätte, als ob dieses alles wie ein Unheil über uns gekommen wäre. Haushaltspolitik gestaltet Zukunft, das ist richtig. Mit diesem Haushalt sichern wir die Zukunft für uns und unsere Kinder.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich mir die Rede des Fraktionsvorsitzenden der SPD angehört habe, dann spricht er davon, dass sich sozialer Sprengstoff in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt, dass es offenbar eine Bundesregierung gibt, die die Realitäten im Osten verkennt. Herr Schlotmann, nur damit Sie das nicht vergessen, diese Bundesregierung ist seit 1998 im Amt und nicht erst seit gestern, schon seit vorgestern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Aber seit
1990 ist die Situation hier anders. –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Weiteres, Frau Finanzministerin: Lesen Sie sich Ihre Rede zur Einbringung des Doppelhaushaltes durch und das, was Kollege Riemann und ich Ihnen entgegnet haben! Wir haben Sie damals darauf hingewiesen, dass das Wachstum im Jahr 2002 von 1,75 Prozent illusorisch ist.

(Beifall Kerstin Fiedler, CDU)

Und auch hier noch ein Stückchen Nachhilfeunterricht: 0,1 Prozent Wachstum sind 500 Millionen Euro Einnahmen auf der Seite der öffentlichen Hand. Wenn Sie jetzt wieder von Wachstumsraten ausgehen, die weit über der Realität liegen, dann sage ich Ihnen eins voraus: Die Mai-steuerschätzung für das Jahr 2003 wird Sie dramatisch einholen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Overhaus hat halbwegs zugegeben, dass vor den Wahlen im vergangenen Jahr bekannt war, dass die Defizitgrenze nicht einzuhalten ist.

Meine Damen und Herren, wenn man von vorsorgender Finanzpolitik redet, dann muss man sich mal die Linien der letzten vier Jahre anschauen. Wir haben seit 1999 einen Rückgang der Investitionen um 275 Millionen Euro. Und, Frau Keler, Sie haben zum ersten Mal konstatiert, dass man diese Zahl vervier-, verfünffachen muss, um letztendlich zu sagen, wie groß die Investitionen sind. 275 Millionen Euro, das sind weit über 1 Milliarde Euro an Investitionen insgesamt. Zur gleichen Zeit haben Sie Folgendes gemacht und deswegen, Herr Ministerpräsident, wenn Sie nachher in Ihrer Rede sagen sollten, hätten wir mit unserer soliden Finanzpolitik der letzten Jahre nicht vorgesorgt, dann würden wir heute die verfassungsgemäße Kreditobergrenze überschreiten, dann kann ich hier nur eins sagen: Sie haben nicht vorgesorgt! Sie haben im gleichen Zeitraum einen Anstieg der Personalkosten um 91 Millionen Euro zugelassen

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es. –
Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS: Ach!)

und einen Anstieg der Verwaltungskosten um 40 Millionen Euro. Das sind die Tatsachen aus Ihren eigenen Zahlen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben Vorschläge gebracht, ich gehe nachher noch im Detail darauf ein. Wenn Sie nur mal ansatzweise unseren Vorschlägen gefolgt wären beim Rückgang, beim Abbau der sächlichen Verwaltungskosten,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Dann wäre alles gut.)

dann hätten Sie keinen Zuwachs an sächlichen Verwaltungskosten gehabt, sondern Sie hätten zumindest den gleichen Stand wie 1999 erreicht. Und übrigens, bei den 344 Millionen Euro, die Sie in den Nachtragshaushalt hineingeschrieben haben, sind die 15 Millionen Euro an sächlichen Verwaltungskosten schon runtergegangen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Keler, Sie legen für diesen Nachtragshaushalt überhaupt keine Mittelfristige Finanzplanung vor.

(Angelika Gramkow, PDS: Muss sie auch nicht.)

Sie haben und hatten vor, die gesamte Absenkung oder fast die gesamte Absenkung des Abbaus der Nettoneuverschuldung zu Lasten des Streichens von Investitionen vorzunehmen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ach, von was für einem Haushalt sprechen Sie denn, Herr Rehberg?)

560 Millionen Euro Rückgang an Nettoneuverschuldung, Abbau von Investitionen 504 Millionen Euro – das sind die Tatsachen aus der Mittelfristigen Finanzplanung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und wenn es um kurzfristige Kosmetik geht, dieser Nachtragshaushalt ist kurzfristige Kosmetik. Hier wird doch nicht strukturell gespart, an keiner einzigen Stelle, weder beim Personal, weder bei den Verwaltungskosten. Frau Keler, ich gebe Ihnen einen guten Rat: Stellen Sie endlich Ihren Rasenmäher ab und gehen Sie über zu solider Handarbeit! Das würde dem Landeshaushalt besser bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, nicht der Haushalt alleine schafft Zukunft für ein Land, Politik insgesamt, aber gestaltende Politik. Wir müssen uns vor einem hüten, wenn Sie heute alles auf eine augenblickliche Konjunkturschwäche zurückführen, dann kann ich Ihnen nur eins sagen, es geht in Deutschland nicht um eine augenblickliche Konjunkturschwäche. Es geht um die schwerste strukturelle Krise, in der Deutschland seit dem Kriegsende steckt. Darum geht es, um nicht mehr und auch nicht weniger.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, meine Damen und Herren, ist das nicht eine Bankrotterklärung eines Ministerpräsidenten, wenn er am 6. Februar dieses Jahres frustriert feststellt bei einer Arbeitslosigkeit von 21,7 Prozent, keiner hat einen Königsweg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

(Regine Lück, PDS: Sie doch auch nicht.)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie uns, wenn Sie mir nachher vorwerfen werden in Ihrer Rede – es ist immer bedauerlich, dass man vor Ihnen reden muss –,

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie tun
mir richtig Leid, Herr Rehberg.)

das soll sozialverträglich geschehen und nicht durch Kündigung, wie die CDU das kürzlich vorgeschlagen hat, die Menschen einfach auf die Straße zu setzen, meine Damen und Herren von der CDU, das ist keine Lösung – Herr Ministerpräsident, diese Worte hätte ich einmal erwartet bei Ihnen, wenn Sie ständig davon gesprochen haben, wir bauen Überkapazitäten am Bau ab. Gucken Sie sich mal bitte ganz genau an, was Sie investitionsseitig, gerade im Baubereich, in den letzten Jahren gemacht haben! Gucken Sie sich bitte ganz genau an, wenn Sie bei den 48 Punkten zum Steuervergünstigungsabbaugesetz – ein schönes Wort –, beim Thema Eigenheimzulage sind! Denken Sie bitte ganz genau nach, wenn Sie zum Abbau der Eigenheimzulage beziehungsweise zu einer drastischen Reduzierung Ja sagen, dass das nicht nur Rückwirkung auf die Bauwirtschaft hat, sondern auch Rückwirkung auf die Eigentumsbildung, insbesondere bei jungen Familien! Das ist für mich keine Steuervergünstigung, die Eigenheimzulage ist für mich Wirtschaftsförderung und klassische Sozialpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Rudolf Borchert, SPD: Klassische Opposition.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihr Vorwurf an uns ist immer, wir reden das Land schlecht. Herr Ministerpräsident, der Vorsitzende des DGB Nord steht nun wirklich nicht dafür, dass er der CDU nahe steht.

(Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff:
Manchmal weiß man es nicht. –
Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Herr Ministerpräsident, ich bin ja immer froh, wenn Zwischenrufe von der Regierungsbank kommen. Aber dieser Mann stellte am 14. Februar ernüchtert fest: „Die Regierung hat keine Berge versetzt. Deshalb hat sie auch nach 100 Tagen nichts zu sagen. Was auch? ...“

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU)

„Arbeitslosigkeit, Insolvenzen, Abwanderung. Es herrscht Abbau und Stillstand. Eine angespannte und kritische Situation.“

Herr Ministerpräsident, Sie können das gerne als schlechtreden bezeichnen. Ich nenne das ganz einfach eine realistische Bestandsaufnahme des Februars 2003 für das Land Mecklenburg-Vorpommern. Und Sie entgegen nur eins: „Anders als Rot-Grün in Berlin haben wir die Arbeit solide fortgesetzt.“ Herr Ministerpräsident, ein bisschen mehr Realitätsnähe, ein bisschen mehr Selbstkritik würde nicht nur Ihnen, sondern würde unserem Land gut tun und dann, glaube ich, würden wir auch ein Stückchen weiter vorankommen.

Meine Damen und Herren, das Tempo, was Sie vorlegen, ist schon beängstigend. Ich habe einmal nachgezählt, was der sachsen-anhaltinische Landtag in der Februar-Landtagssitzung auf der Tagesordnung hat: fünf Gesetze in Zweiter Lesung und sieben in Erster Lesung, solche Dinge wie Verwaltungsmodernisierungsgesetz, Novelle zum Schulgesetz und so weiter und so fort. Sie haben ein Vierteljahr gebraucht, um eine Regierungserklärung abzugeben und Sie haben in fünf Monaten einen einzigen Staatsvertrag in diesen Landtag eingebracht, wo es doch wirklich Zeit wäre, aufs Tempo zu drücken, damit dieses Land vorankommt.

Wir haben Ihnen unsere Zusammenarbeit angeboten und wir werden das ganz dezidiert auch beim Haushalt tun, damit wir endlich aus dem Stillstand, aus dieser Lethargie herauskommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber um eins ganz deutlich zu machen und auch klarzustellen: Sie haben am 22. September 40 Prozent bekommen, Sie haben die Verantwortung in diesem Land übertragen bekommen gemeinsam mit der PDS und diese Verantwortung wird Ihnen niemand abnehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben auch eine Bringschuld an die Menschen, die Sie gewählt haben. Und die Bringschuld kann nicht darin bestehen, dass Stagnation und Stillstand in der Landesregierung herrschen. Wir werden und können Ihnen diese Arbeit nicht abnehmen. Mit 25 Abgeordneten und 12 Mitarbeitern – uns stehen allein 2.500 Mitarbeiter in der Kernverwaltung des Landes gegenüber – ist das auch nicht ansatzweise machbar und möglich. Aber wir werden wie in den vergangenen Jahren auch – ich gehe noch auf einzelne Vorschläge ein – beim Nachtragshaushalt unsere Positionen deutlich machen.

(Rudolf Borchert, SPD: Wir sind schon gespannt. –
Angelika Gramkow, PDS: Na dann mal los,
Herr Rehberg, wir warten schon!)

Und, Herr Ministerpräsident, gehen Sie bitte von einem aus: Wir haben in der Vergangenheit Mut zu unpopulären Maßnahmen gehabt. Ich denke nur an das Thema Landesamt für Katastrophenschutz, ich denke an das Thema Absenkung der sächlichen Verwaltungskosten. Und, Frau Ministerin Keler, Sie haben nicht richtig zu Ende gerechnet bei unserem Vorschlag zur Kabinettsreform. Wir haben nicht nur die Zusammenlegung von Ministerien gefordert, wir haben auch die drastische Reduzierung von Abteilungen gefordert. Wir haben auch gefordert, dass man die Referatsstruktur überprüft. Und ich sage Ihnen eins voraus: Wenn Sie nicht heute damit anfangen, dann werden Sie nicht morgen und nicht übermorgen die Ernte einfahren. Auch wir wissen, dass das ein langfristiger Prozess ist. Nur, wenn Sie darauf hoffen, ab dem Jahr 2006/2007 diesen Prozess angehen zu können, dann werden Sie zu spät die Ernte davon einfahren.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wer nicht bei sich selbst anfängt zu sparen – das ist ein ganz zentrales Thema –, der wird auch nicht andere mitnehmen. Sie können doch nicht im Ernst von Fusionen von Verwaltungen reden, von Abbau von Personal in kommunalen Verwaltungen und sagen: In der Landesregierung bleibt aber alles so, wie es ist. Dies ist doch kein gangbarer Weg!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns interessiert das schon und hier merkt man die ganze Crux des Doppelhaushaltes. Ich muss Ihnen ganz offen und ehrlich sagen, da tun mir insbesondere die neuen Kolleginnen und Kollegen Leid. Wenn sie den Nachtragshaushalt zur Hand nehmen, dann müssen sie den Doppelhaushalt daneben legen und dann ist es immer noch schwierig, sich da durchzuforsten. Die Unübersichtlichkeit, die Intransparenz des Doppelhaushaltes wird mit diesem Nachtragshaushalt mehr als deutlich.

Und, Frau Keler, ich sage Ihnen eins voraus: Ich sehe nicht, dass Sie die verfassungsmäßige Grenze werden einhalten können. Sie schrammen um 3 Millionen Euro daran vorbei. Kollege Liskow wird nachher noch näher darauf eingehen. Erklären Sie diesem Haus bitte eine Steigerung der Lohnsteuereinnahmen von 210 Millionen Euro um 95 Millionen Euro auf über 300 Millionen Euro, das heißt um ein Drittel! Das müssen Sie uns schon mal einnahmeseitig im Landtag erklären beziehungsweise nachher im Finanzausschuss. Es kann doch nicht wirklich wahr sein, dass Sie annehmen, dass die Lohnsteuern bei zunehmender Abwanderung, bei der drastisch gestiegenen Arbeitslosigkeit um über 30 Prozent ansteigen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Frau Keler, allein aus diesem Grund sage ich Ihnen voraus: Sie werden die Kreditobergrenze überschreiten. Wenn Sie das nicht mitbekommen haben, wir haben es jedenfalls mitbekommen. Gucken Sie sich die Zahlen an, die stimmen. Egbert Liskow wird nachher noch näher darauf eingehen. So viel zur Haushaltswahrheit und zur Haushaltsklarheit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns interessiert schon, schon heute mit dem Jahr 2003: Wie sind die Entwicklungslinien der nächsten Jahre? Sie haben den besten Fall angenommen für das Jahr 2004 und folgende. Ich will Ihnen nur an einem Punkt deutlich machen, dass Sie sich nach meiner Auffassung mehr als irren werden.

Und, Herr Kollege Schlotmann, wenn Sie mit harscher Kritik an der Bundesregierung zugange sind, eine Gemeindefinanzreform einfordern, dann muss ich Ihnen eins sagen: Die desolante Finanzsituation gerade der größeren Städte in Mecklenburg-Vorpommern hat diese Landesregierung zu verantworten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das, ja.)

Sie waren das Zünglein an der Waage bei der Steuerreform im Sommer 2000.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Sie haben per anno zwischen 23 und 25 Milliarden Euro –

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie wollten doch die Steuern noch mehr senken, Herr Rehberg, vergessen Sie das doch nicht! Was erzählen Sie denn für Märchen?)

23 Milliarden Euro im Jahr 2001, 25 Milliarden Euro im Jahr 2002 – zu verantworten. Und in diesem Jahr werden Sie in gleicher Größenordnung Steuereinträge bei der Körperschaftsteuer erwarten müssen. Dazu haben Sie Ja gesagt, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sehr richtig!)

Sie sind dafür verantwortlich, dass insbesondere in den großen Städten die Gewerbesteuern dramatisch eingebrochen sind. Das ist Ihre Verantwortung!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und deswegen: Haushaltspolitik fängt nicht heute bei der Stunde null an, Haushaltspolitik fängt auch nicht mit der Novembersteuerschätzung im Jahr 2002 an. Das ist Ihre Politik der letzten vier Jahre. Und im Bundesrat haben Sie hierfür Mitverantwortung getragen. Und, Herr Schlotmann, wenn Sie beklagen, dass die Kommunen Belastungen haben: Sie haben Ja gesagt, dass zu über 80 Prozent die Lasten der Grundsicherung auf die Landkreise und

kreisfreien Städte abgewälzt werden. Der Finanzausgleich der Bundesregierung ist Peanuts und niemand weiß in der Endkonsequenz, wie teuer die Grundsicherung wird. Das haben die Kommunen bei uns im Land zu tragen. Auch dazu haben Sie Ja gesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie fragen sich ganz offenkundig: Warum sind Menschen frustriert über Politik im Augenblick? Und, Herr Ministerpräsident, Sie haben vor wenigen Tagen einem Mann, dem ich mit sehr großem Respekt begegne, das Bundesverdienstkreuz übergeben, das ist Jürgen Hamke, der Vorsitzende des Landesverkehrsgewerbeverbandes. Und wenn dieser Mann ganz offen sagt, ich zitiere: „Es stimmt nicht, dass die Lohnnebenkosten gesenkt worden sind. Das ist gelogen.“, dann müssen Sie sich doch einmal fragen, wie Politik von Ihnen in den letzten Jahren gewirkt hat. Sie sind zwei Wege gegangen: Sie haben den Bürgern massiv in die Tasche gegriffen, nehmen Sie nur die Themen Ökosteuer und Rentenbeiträge. Wer glaubt denn der Politik noch, wenn auf der einen Seite heute 1,16/1,17 Euro an der Tankstelle stehen – wenn ich allein nur die Ökosteuer herunterziehe, bin ich noch bei einem Euro, das ist schon schlimm genug –, aber auf der anderen Seite die Rentenbeiträge bei 19,5 Prozent liegen? Und wenn nicht die finanzpolitischen Manipulationen – Stichwort: nur noch eine halbe Monatsrate als Reserve – noch dabei gewesen wären, dann wären wir heute bei 19,7 oder 19,8 Prozent. So eine Politik, Herr Ministerpräsident, kann Menschen nur frustrieren und dann kann man sich nur von Politik abwenden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie fahren Kampagnen wie „Einfach anfangen“.

(Minister Helmut Holter: Richtig.)

Junge Menschen sollen Existenzen gründen. Fragen Sie doch einmal bitte irgendjemanden außerhalb des Thomas Ich-AG, wer überhaupt heute noch den Mut hat, das zu tun, nachdem er drei Bankgespräche hinter sich hat, bei der Industrie- und Handelskammer gewesen ist, sich den Wust von Papier abgeholt hat und so weiter und so fort. Herr Minister Holter, ich gebe Ihnen den guten Rat: Stampfen Sie Ihre Kampagne einfach ein, nehmen Sie die 1,6 Millionen Euro, übergeben Sie die den IHK für vernünftige Existenzgründerprogramme, dann sind wir einen Schritt weiter, das ist ein vernünftiger Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Oder nehmen wir den viel gelobten Bereich Biotechnologie. „Die Welt“ titelte, Herr Ministerpräsident, am 25. Juli des vergangenen Jahres: „Mecklenburg-Vorpommern bei Biotechnologie nur Mittelmaß“, denn nur neun Unternehmen – übrigens unwidersprochen, ich habe es nicht erlebt an irgendeiner Stelle – arbeiten zurzeit direkt in dieser Branche. Und der Aufsichtsratsvorsitzende von BioCon Valley Professor Klinkmann beklagt, dass der Prozess des Aufbaus dieser Branche ins Stocken geraten ist. Die Zahl der Ausgründungen aus den Hochschulen hat sich halbiert. Da geht es doch um Mittelstandspolitik. Da geht es nicht um Überschriften, sondern es geht darum:

- a) Bekommen junge Leute Geld von der Bank?
- b) Welche Sicherheiten müssen sie beibringen?
- c) Welche Chancen haben sie letztendlich, welche Chancen bietet die Politik?

Und wenn sie dann sehen, dass in den letzten Jahren die Wirtschaft weiter massiv belastet, nicht entlastet worden ist und der Sachverständigenrat das ganz deutlich sagt, dann, glaube ich, ist eben nicht das Klima da, um Existenzen zu gründen. Und da hilft es auch nicht, ständig von einer Standort- und Investitionsoffensive zu reden.

Wissen Sie, Herr Ministerpräsident, eine Standortoffensive, das ist alles gut und richtig. Es ist auch positiv, dass Sie partiell hier Mittel verstärken, dazu werden wir nicht Nein sagen. Aber wenn Sie im Jahr 2001 355 Millionen Euro Investitionsmittel bauseitig ins Folgejahr übertragen, dort die Mittelabflüsse im letzten Jahr wieder genauso dramatisch schlecht sind – die Zahlen bekommen wir wahrscheinlich erst zum Jahresende 2003 –, dann kann ich doch nicht von einer Infrastruktur- und Investitionsoffensive sprechen. Herr Ministerpräsident, sorgen Sie in Ihrem Kabinett dafür, dass nach Verabschiedung des Nachtragshaushaltes schnellstmöglich die Investitionsmittel abfließen, damit die Bauwirtschaft im Frühjahr und im Sommer arbeiten kann und nicht erst im Herbst und im Winter!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie werfen uns vor, Herr Ministerpräsident, dass wir in der Vergangenheit immer nur dann unsere Zusammenarbeit angeboten haben, ich zitiere, „wenn es darum ging, Wohltaten zu verteilen.“ Und Sie weiter: „Jetzt erst wird es darum gehen, auch unpopuläre Maßnahmen mitzutragen.“ Ich will Ihnen ein Beispiel aus dem Jahr 2001 zitieren, und zwar einen Antrag von uns im Finanzausschuss: „Einsparungen bei den Verstärkungsmitteln für die sächlichen Verwaltungsausgaben in Höhe von insgesamt 2 Millionen Euro, Einsparungen bei den Fernmeldegebühren, beim Geschäftsbedarf und bei Bewirtschaftungskosten im Umweltministerium exemplarisch für alle anderen Ressorts.“ Und ich kann mich noch gut an unsere Anträge für den Haushalt 2000 erinnern. Da haben wir für jedes Ressort pauschal zwischen 10 bis 20 Prozent Einsparungen bei sächlichen Verwaltungskosten gefordert.

(Rudolf Borchert, SPD: Ja, das ist genau das Problem: Rasenmähermethode.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war nach Aussage der Finanzministerin hier im Landtag alles unseriös. Heute wird bei Fernmeldegebühren gespart, heute werden die sächlichen Verwaltungskosten um 15 Millionen Euro abgesenkt und das nennt man jetzt seriöse Finanzpolitik und populäre Maßnahmen.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie 1999 damit angefangen hätten, dann hätten Sie heute einen noch größeren Spielraum im finanziellen Bereich.

Wir werden weiter unsere Vorschläge machen. Und, meine Damen und Herren, Einsparungen nicht nur am Personal, sondern auch im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben sind möglich und sie sind auch nötig.

Und, Frau Ministerin Keler, die Zahlen kommen aus Ihrem Haus, standen in einer großen deutschen Zeitung, in der „Frankfurter Allgemeine“: „60 Millionen Euro im öffentlichen Beschäftigungssektor.“ Fangen Sie doch bitte, Frau Keler, nicht mit Peanuts in diesem Bereich an, sondern wirklich drastisch! Und wenn wir gemeinsam – und zu dieser Kraftanstrengung, Zusammenarbeit sind wir bereit – dafür sorgen könnten, dass die Kommunen im nächsten

Jahr eine kommunale Infrastrukturpauschale an frei verfügbaren Mitteln nicht in Höhe von 20 Millionen Euro haben, sondern von 76,7 Millionen Euro, damit wirklich vor Ort weiter finanziert werden kann,

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU)

nicht in Feuerwehrhäuser, nicht in Spaßbäder, sondern für das dringend Notwendige, dann sind wir alle, CDU, SPD und PDS, in diesem Land einen Schritt weiter. Das verstehe ich unter Zusammenarbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie sieht es aber mit Initiativen aus, die kein Geld kosten, frage ich mich ganz besorgt. Ich akzeptiere, dass der Landwirtschaftsminister sich für Bauernmärkte am Wochenende einsetzt. Aber, Herr Ministerpräsident, warum sind Sie nicht auf das Land Sachsen-Anhalt zugegangen, auf den saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller und auf andere, die im Bundesrat letzten Freitag eingebracht haben, dass das Ladenschlussgesetz Ländersache wird? Dass Sie nachher auf den Zug aufgesprungen sind, das finde ich ja noch ganz positiv.

(Heiterkeit bei Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff, Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann, Minister Dr. Wolfgang Methling und Minister Erwin SELLERING)

Zu den Einbringern haben Sie jedenfalls nicht gehört, das haben andere für Sie getan.

Und ich erwarte von Ihnen, Herr Ministerpräsident, dass, wenn gute Vorschläge von CDU-geführten Landesregierungen kommen, Sie dann nicht nur, weil das von CDU-geführten Landesregierungen ist, abseits stehen, sondern dass Sie im Interesse dieses Landes handeln. Und ich sage Ihnen voraus, dass andere Landesregierungen, gerade in den neuen Bundesländern Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt, ganz intensiv zusammenarbeiten werden, insbesondere im Sinne der neuen Bundesländer. Und ich habe die Hoffnung, dass Sie hier endlich einmal Parteigrenzen fallen lassen können und Landesinteressen vorne anstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich an Tempo denke, dann muss ich im Augenblick mit einem Stück weit Sorge auf das sehen, was die niedersächsische Landesregierung vorhat in ihrem wohlverstandenen Interesse. Christian Wulff wird am 4. März seine Regierungserklärung abgeben. Und in dieser Regierungserklärung wird er ausführen, dass das Land Niedersachsen vorhat, noch 2.500 Lehrer einzustellen. Und wenn ich dann sehe, dass die einzige Antwort im Bereich der Bildung eine Aufstockung bei der Vertretung von 8 auf 21 Millionen Euro ist, das heißt eine Verdreifachung, dann frage ich mich: Führt das, Herr Professor Metelmann, in die Zukunft? Ist das unsere Antwort darauf, junge Lehrer im Land zu halten? Es geht hier um Vertretungsstunden. Wie dramatisch muss denn der Unterrichtsausfall sein, dass Sie so massiv die Vertretungsmittel aufstocken? Ich mache Ihnen einen Alternativvorschlag: Geben Sie den Lehrern Sicherheit, stellen Sie ...

(Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Verbeamten.)

Ja, Herr Ministerpräsident, natürlich verbeamten.

Wenn Schleswig-Holstein, SPD-geführt, und Niedersachsen, CDU-geführt, verbeamteten, dann werden die Menschen dahin gehen, wo sie mehr Sicherheit haben. Und wenn Sie heute noch mit etwas Belustigung diesen Zwischenruf gemacht haben, dann sage ich Ihnen in ein oder zwei Jahren voraus, dass massiv Lehrer aus Westmecklenburg pendeln werden. Es pendeln schon heute fast 70.000 Menschen, gerade aus den Landkreisen Ludwigslust und Nordwestmecklenburg. Und Lehrer werden sich in die Pendler einreihen beziehungsweise sie werden ganz nach Niedersachsen gehen, wo sie a) verbeamtet werden, b) keine Zwangsteilzeit machen müssen und c) hundert Prozent bekommen. Aber a) und b), das werden die treibenden Motive sein dafür.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben Ihnen ein Personalentwicklungsprogramm als Alternative zum Lehrpersonal-konzept vorgeschlagen. Wir sind bereit, mit Ihnen gerade auch unter den jetzigen Rahmenbedingungen, die wir haben, Stichwort Niedersachsen, neu über ein Personalentwicklungsprogramm zu diskutieren. Und noch einmal: Die Aufstockung der Vertretungsmittel um 13 Millionen Euro wird hier überhaupt keine Abhilfe schaffen. Für mich ist das übrigens die bildungspolitische Bankrotterklärung von SPD und PDS.

(Angelika Gramkow, PDS: Ach Gott! –
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ...

Das ist überhaupt nicht kurz gegriffen, Herr Kollege Borchert. Warum stocken Sie denn gerade Vertretungsmittel von 8 auf 21 Millionen Euro auf? Wie dramatisch muss denn der Unterrichtsausfall sein?

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das sagten Sie schon mal. – Angelika Gramkow, PDS: Ach!)

Wie geschönt sind denn die Zahlen, dass drei bis vier Prozent wirklich ausfallen? Was ist denn mit den anderen sechs Prozent so genannten Vertretungsstunden?

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Es läuft übrigens im öffentlich-rechtlichen Fernsehen eine hochinteressante Serie zu diesen Tatsachen. Und wenn Sie das möchten, ich schicke Ihnen gerne einige Zuschriften von Elternkonferenzen, von einzelnen Eltern zu, wenn es um Stundenausfall geht an den Schulen, ob Grundschule, ob verbundene Haupt- und Realschule, ob Gymnasium. Und es sind nicht Mangelfächer, Herr Kollege, Musik oder Französisch, sondern Mathe, Deutsch und Englisch.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Richtig!)

Und wenn wir so weit sind, dann sollten wir alle miteinander umdenken an diesem Punkt und nicht einfach diese Tatsachen negieren. Das mag ja vielleicht im Müritzkreis alles anders sein. Aber da ich meinen Kollegen Ringguth auch ziemlich gut kenne, glaube ich, dass es dort keine andere Situation gibt als bei mir im Wahlkreis.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie bauen beim Stellenabbau einen Popanz auf. Frau Ministerin Keler, Sie haben nicht gespart an der Kernverwaltung, Sie haben aufgestockt. Sie haben massiv gespart, und zwar zu weit über 80 Prozent im Stellenbereich bei den Schulen. Da nehmen Sie Ihren Stellenabbau her und da wollen Sie auch Ihren Stellenabbau hernehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist wirklich einmal eine ganz provokante Frage zu stellen. Sie haben zwischen 1998 und dem Jahr 2002 sieben Beamte oder Angestellte mehr als 1998, nur in der Kernverwaltung. Da ist doch mal die Frage zu stellen, wo sitzen hier die Prioritäten, denn Sie haben für das kommende Jahr nicht einen Euro mehr. Und es war zum Schluss nur noch eine moralische Anerkennung, wenn sich ein Handwerksmeister, ein Unternehmer entschlossen hatte, Erstausbildung zu machen und über den Bedarf hinaus auszubilden.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie sagen, kein junger Mensch wird auf der Straße stehen bleiben, dann müssen Sie erst die Frage beantworten: Wie teuer werden Ihnen die 350 jungen Menschen, die Sie jetzt in die Warteschleife hineinschieben? – Deutlich teurer als eine Anerkennung für den Handwerksmeister. Und was machen Sie mit den 650? Auch ein halbes Jahr auf die Reservebank schicken? Und im August oder September wollen sie in der Stammelf spielen. Dann kommen aber die Schulabgänger von diesem Jahr noch dazu. Ich kann uns allen nur dringend raten, meine sehr verehrten Damen und Herren, ehe im August/September zwei-, zweieinhalb- oder dreitausend junge Menschen keinen Ausbildungsplatz in Mecklenburg-Vorpommern finden, dass wir wirklich darüber nachdenken, in diesem Bereich wieder etwas für die kleinen Handwerksmeister, für die Unternehmer zu tun. Das ist keine Kostenerstattung für sie, sondern es ist für mich mehr eine moralische Anerkennung bei der Erstausbildung, wenn sie über den Bedarf hinaus ausbilden. Ich möchte die jungen Menschen nicht auf der Straße stehen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kommunalfinanzierung. Frau Keler, Sie haben über Jahre behauptet, dass wir ganz vornweg wären

(Ministerin Sigrid Keler: Das sind wir immer noch, Herr Rehberg.)

bei den Investitionszuweisungen für die Kommunen. Frau Keler, machen Sie sich einmal die Mühe, die wirklich frei verfügbaren Zuweisungen des Landes über die Infrastrukturpauschale beziehungsweise über die Investitionszuweisungen nach dem FAG auszurechnen und anderen neuen Bundesländern gegenüberzustellen. Pro Kopf stellt Mecklenburg-Vorpommern 77 Euro zur Verfügung, das ist der niedrigste Wert. Brandenburg liegt bei 107, Sachsen bei 133,

(Ministerin Sigrid Keler: Das habe ich doch immer gesagt.)

Sachsen-Anhalt bei 160 Euro, Thüringen bei 118 Euro pro Kopf.

(Angelika Gramkow, PDS: Genau das hat die Finanzministerin immer angeprangert. Wir wollten es aber politisch so.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das heißt, wir sind am Ende. Wir geben den Kommunen am wenigsten frei verfügbare Investitionszuweisungen.

(Angelika Gramkow, PDS: Natürlich! Das stimmt doch so gar nicht! Als Schlüsselzuweisungen erhalten sie das bloß!)

Auf der anderen Seite wollen Sie aber im Doppelhaushalt 2004 den Kommunen 56,7 Millionen Euro entziehen,

in den Landeshaushalt übernehmen und geben ihnen dafür EFRE-Mittel.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist gar nicht wahr! Das ist der Fonds des Innenministers!)

Mit den EFRE-Mitteln können die Kommunen überhaupt nichts anfangen. Das sind keine frei verfügbaren Mittel, sie müssen auch Eigenanteile gegenpacken. Und deswegen: Steuern Sie hier in Ihrer Politik um, ansonsten werden Sie erleben, dass die Kommunen a) keine Fördermittel mehr abrufen können und b) gar nicht mehr investieren können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Die Eigenanteile wird das Land bezahlen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Kollegin Gramkow, ich sehe ja ein,

(Angelika Gramkow, PDS: Gucken Sie doch rein in das Geschriebene!)

dass Sie besonders aufgeregt sind.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Sie wollten mal eine Verbundquote von 30 Prozent haben,

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Sie wollten mal eine kommunale Infrastrukturpauschale von 200 Millionen DM haben

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

und wir sind jetzt beim so genannten Gleichmäßigkeitsgrundsatz gelandet, wo sich Frau Keler noch als die große Gönnerin hinstellt und sagt, das sind noch deutlich mehr als die 1,3 Milliarden Euro. Frau Keler, machen Sie sich einmal die Mühe,

(Norbert Baunach, SPD: Sie macht sich immer die Mühe.)

die Steuereinnahmen des Jahres 2003 auf die 28 Prozent umzurechnen. Sie kommen auf einen dreistelligen Millionenbetrag, den die Kommunen mehr bekommen würden über die 1,3 Milliarden Euro. Das ist die Tatsache und keine andere!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Ministerin Sigrid Keler: Ach! Ach!)

Und wenn Sie dann noch dazurechnen, was den Kommunen dadurch, dass Sie die Verbundquote abgeschafft haben, dass Sie den Deckel eingeführt haben, in den letzten vier Jahren verloren gegangen ist, kommen Sie auf einen Betrag, der weit an die halbe Milliarde Euro heran geht.

(Angelika Gramkow, PDS: Und woher hätten wir es nehmen sollen?)

Das ist die Wahrheit, über die wir hier einmal miteinander reden müssen!

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Rechnen ist Glückssache, Herr Rehberg!)

Frau Gramkow, ich würde an Ihrer Stelle wirklich etwas stiller sein.

(Angelika Gramkow, PDS: Nein, ich komme noch dran!)

Sie wollten eine Verbundquote von 30 Prozent. Und Sie sind nicht nur umgefallen, Sie sind wie ein Tiger gelandet, als Bettvorleger nämlich, dass Sie Ja gesagt haben zum Deckel

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Beifall Renate Holznagel, CDU)

und zum Gleichmäßigkeitsgrundsatz. Das ist die Realität zu Ihrer Person und die Realität für die PDS.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein interessantes Thema ist aufgerufen worden: Ganztagschulen. Jeder brüstet sich mit dem Thema Ganztagschulen. Welchen Grund gibt es eigentlich, dass die Kommunen hier übrigens höchstens 10 Prozent tragen sollen? Also für mich sind 20 und 30 höher als 10. Wenn Sie wenigstens „mindestens 10 Prozent“ hineingeschrieben hätten, dann könnte man ja noch darüber diskutieren. Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Da das Land sowieso entscheidet – welche Schulen, ob das nun Ganztagschulen werden oder ob die Schulen saniert werden, lasse ich mal dahingestellt sein –, übernehmen Sie als Land insgesamt die Investitionen. Denn Sie entscheiden und niemand anderer. Und schenken Sie auch den Kommunen, die Ja sagen zu einer Ganztagschule, reinen Wein ein, was das an Zusatzkosten bringt.

(Rudolf Borchert, SPD: Und wie wollen Sie das finanzieren, Herr Rehberg?)

Ich habe Ihnen Vorschläge gemacht, Herr Kollege Borchert.

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS, und Angelika Gramkow, PDS)

Natürlich.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Nee, ach, wissen Sie, Sie müssen mal nicht nur Ihrer Finanzministerin zuhören.

(Rudolf Borchert, SPD: Ich rechne schon mit! Ich versuche es zumindest.)

Wir werden, das ist ein Vorschlag, zwölf Prozent bei den Verwaltungskosten heruntergehen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ihre Rechenkunst ist beeindruckend.)

Das sind allein 40 Millionen Euro, das ist möglich.

(Rudolf Borchert, SPD: 40 Millionen bei den sächlichen Verwaltungsausgaben.)

Wer in vier Jahren 50 Millionen draufgepackt hat, kann auch in einem Jahr 40 Millionen runtergehen. Es gibt keinen Grund fürs Draufsatteln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Und, Frau Keler, Sie haben ...

Richtig. Zum Beispiel nenne ich noch einen Titel, Herr Kollege Borchert, und da hoffe ich auf Unterstützung insbesondere von Ihrer Seite. Warum wollen Sie dem Innenminister 150.000 Euro für Hochglanzbroschüren und Flyer zur Verfügung stellen für die Öffentlichkeitsarbeit bei der Verwaltungsreform? Bisher hat er noch nichts geleistet.

(Zurufe von Michael Ankermann, CDU, und Harry Glawe, CDU)

Ein Vorschlag: Wir nehmen die Absenkung der 8.700 Euro bei den Jugendfeuerwehren zurück.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ob er da 8.700 weniger hat oder nicht, das ist überhaupt kein Problem. Und dann bin ich dafür, die restlichen 142.000 Euro für ein Landesinvestitionsprogramm für Ganztagschulen zu nehmen. Mir ist es lieber, dass unsere Kinder in ordentlichen Schulen sind, als dass Herr Timm auf Hochglanzbroschüren abgedruckt wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ...

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS: Wieso, ist er nicht hübsch? – Rudolf Borchert, SPD: Nee, das reicht ja nicht mal für eine Schule.)

Das ist eben die Frage, Herr Kollege Borchert, und das wird alles offen gelassen bei diesem Programm, ob es sich um Neubau handelt, ob es sich um Sanierung handelt. Eine neue Realschule kostet 6 Millionen Euro.

(Rudolf Borchert, SPD:
Erst muss es weg, das Geld.)

Ja, ja, es ist alles schön gesagt und über die Folgekosten machen Sie sich keine Gedanken,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Dafür haben wir ja Sie. – Rudolf Borchert, SPD: Ich habe fast den Eindruck, Sie möchten das Geld gar nicht.)

weder um die Betreuungskosten noch um die Lehrkosten machen Sie sich Gedanken. Sie schreien einfach hurra.

(Rudolf Borchert, SPD: Am besten, Sie rufen in Berlin an und verzichten auf das Geld. – Heike Polzin, SPD: Ja.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben fünf Punkte:

1. Wir sehen Einsparpotential in Höhe von 40 Millionen Euro bei den sächlichen Verwaltungsausgaben.
2. Wir sehen weitere Einsparpotentiale im Personalbestand des Landes, insbesondere in der Kernverwaltung und in sonstigen Bereichen.

(Rudolf Borchert, SPD: Wie viel?)

3. Das Bildungsfreistellungsgesetz gehört abgeschafft, das würde 300.000 Euro bringen. Das ist mehr als nur Bürokratie und nur für einige wenige.
4. Die Landesregierung ist gut beraten, die Vorschläge der Vereinigung der Unternehmensverbände nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern sie möglichst 1:1 umzusetzen.
5. Es ist möglich, die Kampagne „Einfach anfangen“ einzustellen, weil sie nichts bringt, sondern deutliche Einschnitte bei den so genannten GAP-Projekten vorzunehmen.

(Beifall Beate Schlupp, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ...

(Angelika Gramkow, PDS:
Das werden wir nicht tun.)

Das ist mir in hohem Maße verständlich.

(Angelika Gramkow, PDS:
Das ist eine klare Aussage.)

Aber das sind halt Maßnahmen, Frau Gramkow, die sind unpopulär und die tun weh. Und das wollten Sie doch, unpopuläre Maßnahmen und keine Maßnahmen, die für Herrn Timm noch 150.000 Euro für Flyer zusätzlich in diesem Jahr bringen, aber auf der anderen Seite noch mal gerade 8.700 Euro bei den Jugendfeuerwehren wegnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zurufe von Kerstin Fiedler, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Schon diesen Ansatz halte ich für schizophren, schon diesen Ansatz! Und das zeugt davon, wie Sie sich Politik vorstellen.

Meine Damen und Herren, die Chance besteht, in schwierigen Zeiten strukturell zu sparen. Wir werden weiter kritisch in den Ausschüssen hinterfragen und wir werden auch weiter vielleicht den einen oder anderen Antrag aus den letzten Jahren wieder auf den Tisch packen, wenn es um Einsparung bei Fernmeldegebühren und anderen Dingen geht. Und wenn ich den Kollegen Jäger sehe, auch das Landesamt für Katastrophenschutz wird sicher noch einmal Thema sein, alles unpopuläre Maßnahmen.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Wir brauchen einen strukturell neu geordneten Haushalt! Wir brauchen keine kurzfristige Kosmetik, wie Sie sie jetzt auf den Tisch gepackt haben! Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen ein Bündnis für Mecklenburg-Vorpommern! Wir sind bereit, unseren Beitrag dazu zu leisten. Herr Ministerpräsident, wir wollen nicht nur Wohltaten verteilen, wir wollen deutlich an vielen Stellen im Haushalt einschneiden. Aber zu einem scheinen Sie nicht bereit zu sein, und zwar zuerst bei sich selbst in der Landesregierung anzufangen. Ich sage Ihnen an dieser Stelle zum wiederholten Male: Wenn Politik nicht mit gutem Beispiel vorangeht, wird sie die Menschen nicht mitnehmen können, und wir sind gut beraten, dass wir mit gutem Beispiel vorangehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Rehberg.

Das Wort hat jetzt die Fraktionsvorsitzende der PDS Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Zwischen dem Leben, so wie es ist, und dem Leben, so wie es sein sollte,“ ...

Vielleicht lasse ich erst einmal alle den Saal verlassen, die es möchten,

(Birgit Schwebs, PDS: Wir bleiben! –
Zuruf von Norbert Baunach, SPD)

„Zwischen dem Leben, so wie es ist, und dem Leben, so wie es sein sollte, besteht ein großer Unterschied. Derjenige, der nicht beachtet, was geschieht, sondern nur das, was geschehen sollte, sorgt eher für seinen Ruin als für seine Erhaltung.“ Diesen Spruch von Niccolò Machiavelli aus dem Jahre 1513 sollte Politik, sollten wir heute beherzigen.

Die Finanzlage des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist dramatisch, das belegen die Zahlen. Die Zahlen belegen aber auch, dass genauso eine dramatische Finanzlage in Sachsen, in Sachsen-Anhalt, in Hessen und sogar in Bayern vorzufinden ist. Und die PDS-Fraktion wird nicht zulassen, dass so getan wird, als wenn allein die rot-rote Koalition in Mecklenburg-Vorpommern daran schuld wäre.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Dies würde nun wirklich die gesamtwirtschaftliche Situation der Bundesrepublik Deutschland außer Acht lassen, denn die Situation ist hausgemacht – made in Germany.

In den letzten Jahren wurde kräftig gespart. Zugleich wurden die Steuern gesenkt und wenn es nach der CDU gegangen wäre, wären sie heute noch unter den Steuersätzen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Volker Schlotmann, SPD)

die für diese Finanzlage verantwortlich sind, und dabei wurde dem angebotspolitischen Dilemma vertraut, niedrige Steuern führen zu mehr Wachstum und am Ende zu mehr Arbeitsplätzen.

Die permanenten Konsolidierungsversuche haben letztendlich eine Nachfragebremse organisiert und das Wachstum gedrückt, und dies trotz der niedrigsten Steuerquote, die Deutschland im europäischen Vergleich hat. Die deutsche Finanzpolitik, den europäischen Vorgaben folgend, auch da haben wir den Zwang ja erläutert bekommen, ist in ihrer Wirkung längst kontraproduktiv. Wir leben eben doch im Kapitalismus. Und im Gegensatz zu den USA, wo der Staat gegen die Rezession in der Wirtschaft ein Ausgabenprogramm ansetzt, wird in Europa und auch in Deutschland der Abwärtstrend verstärkt,

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Konsolidierung wird am Ende zum Selbstzweck verkommen.

(Volker Schlotmann, SPD:
20 Milliarden in Rüstung.)

Zudem hinterlässt die jahrelange Umverteilung des Geldes – oder sagen wir besser des Reichtums – von unten nach oben unübersehbare Spuren. Es erscheint fast wie eine Tragödie: Rot-Grün hat es ehrlich versucht, aber die Ökonomie hat ihnen, hat uns am Ende ein Schnippchen geschlagen. Das Ergebnis dieser verhängnisvollen Entwicklung sind doch sage und schreibe 4,6 Millionen Arbeitslose, erdrutschartige Einbrüche bei den Einnahmen der öffentlichen Hand, eine wachsende Verschuldung bei gleichzeitiger Beibehaltung von Dauersubventionen an die Großindustrie und letztendlich der forcierte Abbau des Sozialstaates in Deutschland. Die Situation in unserem gesamten Land ist prekär, aber sie ist in Ostdeutschland fast schon katastrophal.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

So sind zum Beispiel die Hartz-Gesetze für die ost-deutschen Länder kontraproduktiv, weil sie die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht verbessern. Leistungskürzungen und Niedriglöhne sollen das Problem lösen. Dass dies nicht funktioniert, beweist schon lange die Realität und nicht zuletzt in Mecklenburg-Vorpommern. Die versprochenen Beschäftigungseffekte werden weder durch ver-

schärfte Sanktionen gegen Arbeitslose noch durch Niedriglöhne oder die Ausweitung der Leiharbeit erreicht werden,

(Beifall Andreas Bluhm, PDS,
und Karsten Neumann, PDS)

solange es an beschäftigungswirksamem Wachstum fehlt, auch in unserem Land.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und das haben nicht wir nachgewiesen, sondern namhafte Wirtschaftsforschungsinstitute in Modellrechnungen.

Ja, es ist gut und es ist richtig, dass wir alles versuchen, um Arbeitslose schneller wieder in Arbeit zu vermitteln. Es bleibt jedoch die Frage, wohin wir sie vermitteln, wenn auf im Land 5.000 freie Stellen 180.000 Arbeitslose kommen, de facto ein Verhältnis von 30 bis 40 Bewerbern auf ein Arbeitsplatzangebot. Was da an Rezepten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gegenwärtig auf dem Tisch liegt, was uns verordnet worden ist in Ostdeutschland, ist für den Patienten „neue Länder“ also nicht einmal ein Placebo.

Die Einsparungen – mein Kollege Herr Schlotmann hat darauf verwiesen – im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit sollen in diesem Jahr insgesamt fast 8 Milliarden Euro betragen. Die Mittel für das Jugendsofortprogramm wurden um die Hälfte gekürzt. Insgesamt sollen etwa 15 Milliarden Euro bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen eingespart werden. Ich frage Sie: Wohin soll das führen, auch im Land Mecklenburg-Vorpommern?

Meine Damen und Herren, wir bezweifeln nicht den guten Willen der Bundesregierung, auch etwas für den Osten zu tun. Es fehlt leider aber immer noch an der Fähigkeit, den Osten in seiner eigenen Qualität zu begreifen, die ihm eigene Dynamik zu erkennen und zu befördern. Und es fehlt nicht am Willen der Solidarität. Aber eines wurde indes nicht erreicht: ostdeutsche Länder, die sich selbst helfen können, weil sie sich selbst helfen wollen.

Tatsache ist doch, ob in der Arbeitsproduktivität oder bei den Arbeitslosenzahlen, ob beim Durchschnittsverdienst oder bei den Ausbildungsplätzen, ob beim Bruttoinlandsprodukt oder bei der Exportquote, den Firmengründungen und Insolvenzen, überall ist eine Schere geöffnet und sie wird sich zuungunsten der ostdeutschen Länder weiter öffnen und weiter, wenn der Trend nicht gestoppt wird.

(Unruhe bei Gesine Skrzepski, CDU,
und Karin Strenz, CDU)

Und es ist nicht abzusehen, dass dieses passiert.

Frau Skrzepski, das sind Aussagen, die nicht nur auf Mecklenburg-Vorpommern zutreffen, die Ihre Ministerinnen und Minister in vergleichbaren Ländern des Ostens im gleichen Chor,

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

im gleichen Ton anstimmen, ohne ihre entsprechenden Möglichkeiten landespolitisch und im Bundesrat zu nutzen, diese Situation zu ändern.

(Karin Strenz, CDU: Hier sind Sie
zuständig. Hier sind Sie zuständig.)

Sie sollten von Ihrem hohen Ross der Argumentation herunterkommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Und wenn wir dann künftig, Frau Skrzepski, auch noch den Druck von CDU-Bundespolitik erleben, denn de facto müssen wir ja mit einer großen Koalition in der Bundesrepublik rechnen, dann werden wir weiter mit einer steigenden Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben,

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU,
und Eckhardt Rehberg, CDU)

mit einem geringen Wirtschaftswachstum und noch weniger Einnahmen für Land und Kommunen. Jeder Versuch – und das zeigt ja Ihr Agieren im Bundesrat und im Bundestag –, die öffentliche Finanzlage zu stärken, kommt schon bei Ihnen aus Prinzip unter die Räder.

(Karin Strenz, CDU: Gysi hat ja
deswegen das Handtuch geworfen.)

Der Scheinheiligkeit der CDU, sich als Retter der Nation aufzuspielen, werden wir entschieden entgegentreten,

(Beifall Regine Lück, PDS,
und Karsten Neumann, PDS)

denn, meine Damen und Herren,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Am besten
mit Gregor Gysi als neuem Senator.)

Herr Rehberg, die heutige Situation ist doch nicht der aktuellen Politik geschuldet. Ist sie nicht doch in gewisser Weise Ausdruck der Bundespolitik der letzten 20 oder 25 Jahre

(Peter Ritter, PDS: 40 Jahre.)

und auch der 8 Jahre Verantwortung der CDU-Führung in Mecklenburg-Vorpommern? Dies gehört doch auch zur Wahrheit.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Eckhardt Rehberg, CDU)

Und da hätte ich schon erwartet, Herr Rehberg, dass es eben nicht reicht, die Situation pausenlos zu beklagen, wie Sie es seit Jahren tun. Man muss sich schon die Mühe machen, die Ursachen für diese Situation auch zu benennen. Und unter Ihrer Führung in der Bundesrepublik Deutschland haben Sie die Staatsverschuldung alleine von 1985 bis 1995 um 124 Milliarden DM ansteigen lassen.

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Das ist falsch, was Sie erzählen!)

Im Laufe Ihrer Amtszeit als CDU-geführte Bundesregierung haben Sie Steuergeschenke an die Unternehmen in Höhe von 170 Milliarden DM verteilt.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Eckhardt Rehberg, CDU)

Ich verstehe Ihre Aufregung gar nicht.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist eine
schlimme Argumentation, die Sie da führen! –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Sie haben maßgeblich dafür gesorgt, dass die vielen Möglichkeiten für große Unternehmen, ihre Gewinne kleinzurechnen und zu verstecken, auch immer wieder erweitert worden sind.

(Beifall Karsten Neumann, PDS –
Eckhardt Rehberg, CDU: Da hatten Sie Ihre
Finger drin. Das ist Ihre Arbeit gewesen.)

Sie waren es, die die Vermögenssteuer abgeschafft haben und die peu à peu die Gewerbesteuer ausgehöhlt haben.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie sind es, die sogar die zaghaften Ansätze der rot-grünen Bundesregierung, für mehr Steuereinnahmen zu sorgen, blockieren. Und höchstwahrscheinlich werden Sie sie sogar noch blockieren, bis die Wahlen in Bayern dann endlich vorbei sind.

(Beifall Karsten Neumann, PDS –
Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU: Ja,
wir wollen, dass Edmund 60 kriegt. Jawohl!)

Meine Damen und Herren, eine solche Zukunftspolitik der letzten Jahren kann nicht zukunftsfähig sein.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Mal
gucken, wie viel Sie bringen.)

Ausweichmanöver helfen da nicht mehr weiter, hier hilft nur noch eine Vollbremsung, um den drohenden Crash abzuwenden. Und ich denke, es ist wichtig, dass bundespolitisch die Weichen neu zu stellen sind:

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Erstens. Wir brauchen eine Politik zugunsten eines steuerfinanzierten, öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, denn Arbeit in diesem Land ist reichlich vorhanden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Es ist vielfach gesellschaftlich notwendige Arbeit, die sich jedoch betriebswirtschaftlich nicht rechnet. Und ich habe mit Interesse gestern die Darlegungen zum Magdeburger Alternativmodell der CDU gehört und frage mich doch ernsthaft: Ist das etwa öffentlich geförderte Beschäftigung?

(Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS –
Andreas Bluhm, PDS:
Den Begriff hatten wir schon.)

Eine Politik jedenfalls zulasten von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern muss zwangsläufig auch in unserem Land aufs Abstellgleis führen und eine solche Politik, die brauchen wir nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Denn ob es Ihnen passt oder nicht, es ist politische Ignoranz, wenn von Seiten der CDU ständig getönt wird – und es wird morgens, mittags, abends getönt, wir haben es eben wieder gehört –,

(Zuruf von Udo Timm, CDU)

die Programme des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, das Jugend- und Schulsozialarbeiterprogramm, die Programme zum Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit und so weiter in Mecklenburg-Vorpommern einzustampfen.

(Harry Glawe, CDU: „Jugend baut“
haben Sie selbst eingestampft.)

Nur zu, meine Damen und Herren von der CDU, sagen Sie es den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern!

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Sagen Sie, dass Sie am Ende noch weniger Beschäftigung in unserem Land dafür in Kauf nehmen wollen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Harry Glawe, CDU: Sie haben 200.000 Arbeitslose zu verantworten.)

Oder, Herr Rehberg, erklären Sie es Ihren Landräten!

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das wird schon der Innenminister machen.)

Es wundert mich gar nicht mehr, dass Sie hier eine Argumentation zur Entwicklung der Ganztagschulen im Land auffahren, die am Ende bedeutet, wer das Jugend- und Schulsozialarbeiterprogramm ablehnt, lehnt auch eine der wichtigsten Grundlagen ab, dass Sozialarbeit am Nachmittag in Ganztagschulen realisiert werden kann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Volker Schlotmann, SPD)

Was denn nun, meine Damen und Herren von der CDU?

Zweitens. Wir brauchen eine Politik, die die Finanzsituation der Länder und Kommunen auf eine solide Basis stellt. Wir brauchen eine Politik, die große Vermögen belastet und kleine Einkommen verschont, und eine Politik, die die Einnahmen der öffentlichen Hände wieder dauerhaft sichert.

(Zuruf von Udo Timm, CDU)

Eine Politik, die einseitig auf Steuersenkungen setzt und das Geld weiter von unten nach oben verteilt, brauchen wir nicht. Und wenn die Forderung zur Wiedererhebung der Vermögenssteuer immer wieder von der CDU als Neidkampagne aufgemacht wird, dann sage ich, es ist doch richtig, dass die Vermögenssteuer ein Mittel ist, große Vermögen und Kapital an der Finanzierung staatlicher Aufgaben wieder zu beteiligen in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS, Rudolf Borchert, SPD, und Volker Schlotmann, SPD)

Aus dieser Verantwortung haben Sie sich nämlich zunehmend verabschiedet. Zugleich wird damit Beschäftigung abgebaut und während Einkommen aus Vermögen in wenigen Jahren um 60 Prozent gewachsen sind, stagnieren Löhne und Gehälter in der Bundesrepublik Deutschland.

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Das kann doch nichts mehr mit Sozialstaatsentwicklung nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zu tun haben. Neben der Wiedererhebung der Vermögenssteuer sind Erbschaften und Schenkungen höher zu besteuern. Darüber hinaus ist eine Steuer auf Börsenumsätze zu erheben, der Spitzensteuersatz darf eben nicht weiter gesenkt werden

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

und die Körperschaftssteuer ist der Leistungsfähigkeit eines Unternehmens dieses Landes anzupassen.

(Udo Timm, CDU: Das erzeugt doch kein Wirtschaftswachstum! – Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU – Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD: Wir warten auf das Wirtschaftswachstum.)

Drittens. Wir brauchen eine Politik, die das Konnexitätsprinzip auf Bundesebene durchsetzt, die kommunale Finanzautonomie wieder herstellt und rasch eine Gemeindefinanzreform auf den Weg bringt. Eine Politik, die Länder und Kommunen ohne Ausgleich immer neu belastet, ihnen neue Lasten aufbürdet, brauchen wir nicht.

Viertens. Wir brauchen eine Politik, die in Köpfe investiert, die eine Infrastruktur schafft, die auf mehr Beschäftigung zielt sowie kleine und mittelständische Unternehmen tatsächlich voranbringt und insbesondere sichert. Eine Politik, die nur in Beton investiert und insbesondere große Unternehmen alimentiert, brauchen wir nicht.

(Gabriele Schulz, PDS: Richtig.)

Fünftens. Wir brauchen eine Politik, die soziale Sicherheit gewährleistet und das Solidarprinzip fördert. Eine Politik, die einseitig auf den Abbau sozialer Leistungen und auf eine weitere Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme setzt, führt aufs Abstellgleis,

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

und diese brauchen wir nicht, schon gar nicht in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Rudolf Borchert, SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben lange überlegt, ob wir diese bundes- und europapolitischen Rahmenbedingungen benennen. Allerdings sind das die Bedingungen, unter denen wir in Mecklenburg-Vorpommern Politik gestalten und unter denen die Landesregierung einen verantwortungsvollen Nachtragshaushalt vorgelegt hat. Sie hat damit den Spagat gemeistert, den Spagat, Herr Glawe, den ich Ihnen eben nicht zutraue

(Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler – Harry Glawe, CDU: War ich eben gemeint?!)

zwischen notwendigen Einsparungen – und wir sparen insgesamt 74 Millionen Euro ein – und verantwortungsvoller Ausgabenpolitik. Verantwortungsvoll nenne ich auch, nicht weil ich Finanzerin bin, eine Nettoneuverschuldung, die noch knapp verfassungskonform ist, aber letztendlich die Ausgabenpolitik sichert. Natürlich müssen wir damit konstatieren, dass der erfolgreiche Konsolidierungskurs der rot-roten Landesregierung gestoppt wurde und wir beim Finanzniveau auf 1997 zurückgefallen sind. Aber es wäre unsere Finanzministerin die Letzte,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was? Die Letzte?! Na, das kann nicht sein.)

die es ohne Not in diesem Land zugelassen hätte, dass wir so eine Nettoneuverschuldung eingehen müssen.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD, Heike Polzin, SPD, und Gabriele Schulz, PDS)

Und trotzdem, dieser Nachtragshaushalt hat aus unserer Sicht auch eine andere Überschrift als „Sparen mit Augenmaß“ verdient. Ich nenne die Überschrift „Gestalten mit Herz und Verstand“.

(Beifall Peter Ritter, PDS)

Es hat keinen Sinn, die Situation schönzureden. Mut zur Wahrheit, den die Landesregierung gezeigt hat, ist auch von uns gefragt. Der Nachtragshaushalt 2003 ist nur der erste Schritt und noch nicht einmal die halbe Miete für den Doppelhaushalt 2004 und 2005.

(Harry Glawe, CDU: Mal sehen, wann der nächste Spagat kommt.)

Und trotzdem, Herr Glawe, steckt eben doch Herzblut drin, denn auch wenn das Finanzkorsett eng geschnürt ist, können wir Akzente setzen und Gestaltungsspielräume nutzen. Wir wollen alles unternehmen, um der dramatischen Situation auf dem Arbeitsmarkt zu begegnen, auch wenn wir wissen, dass die Handlungsmöglichkeiten eines einzelnen Bundeslandes sehr beschränkt sind. Das ist auch durch noch so intelligente Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung alleine nicht kompensierbar.

Und dennoch, meine Damen und Herren, wir bücken uns, wie mein Kollege es einmal formuliert hat, hier in diesem Haus nach jedem Arbeitsplatz und für uns zählt jeder Arbeitsplatz, egal auf welchem Arbeitsmarkt. Es gilt, Beschäftigung zu sichern und neue zu schaffen. Und dazu werden wir die Wirtschaftsförderung effektivieren, die Infrastruktur weiter ausbauen und die Technologieentwicklung forcieren. Wir müssen aber auch die Programme zur Beschäftigung der Jugendarbeitslosigkeit genauso erhalten wie die gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekte weiterführen und wir werden das erfolgreiche Schul- und Jugendsozialarbeiterprogramm fortführen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Mit der Verwirklichung des Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramms setzen wir weiter auf Regionalisierung der Arbeitsmarktförderung, um die Entscheidung vor Ort zu ermöglichen und den kommunalen Vertretern, den Bürgerschaften, den Gemeindevertretungen endlich auch in der Arbeitsmarktpolitik weiter Gestaltungsmöglichkeiten in die Hand zu geben und nicht mehr vom grünen Schreibtisch aus dieses entscheiden zu können,

(Beifall Gabriele Schulz, PDS: Genau.)

denn dieses Programm ist ein Programm, das der Existenzgründerförderung größte Aufmerksamkeit widmet, zugleich aber auch gemeinwohlorientierte Projekte fördert und eine starke Komponente sozialer Gerechtigkeit beinhaltet. Und schließlich können wir mit diesem Programm direkt auf unmittelbare Bedarfe aus den Kommunen reagieren. Wo ist da eigentlich Ihre Alternative von der CDU in Mecklenburg-Vorpommern?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Gabriele Schulz, PDS: Stille!)

Und ich kann es eigentlich nicht glauben, dass ein Fraktionsvorsitzender der Opposition 12 Millionen Euro in diesem Haus als Peanuts bezeichnet, denn gleichzeitig ist es bitter, dass wir 12 Millionen Euro für Arbeitsmarktpolitik als Kofinanzierung nicht mehr brauchen, weil die Bundesregierung nicht mehr bereit ist, die Mittel für ABM und SAM zur Verfügung zu stellen – 12 Millionen Euro, die Hälfte der Summe der eingesparten Landesprogramme im Land Mecklenburg-Vorpommern. Ich finde, das ist eine beachtliche Leistung. Ich finde, das sind leider keine Peanuts und ich hätte dieses Geld gerne für andere Mittel im Land Mecklenburg-Vorpommern ausgegeben.

Meine Damen und Herren, es ist schon bemerkenswert, dass die Investitionen in die Wirtschafts- und Infrastruktur

auf hohem Niveau fortgeführt werden und die Investitionsquote des Landes sogar von 20,7 auf 21 Prozent steigt.

(Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Das haben wir allerdings vermisst bei der Rede des Fraktionsvorsitzenden. Ich gestehe ein, darin enthalten sind die Investitionshilfen für die Flutopfer. Um aber seinem Bild treu zu bleiben, die rot-rote Landesregierung ist investitionsfeindlich und sie beschneidet die Wirtschaft, bemühte dann Herr Rehberg eine Mittelfristige Finanzplanung, um dann seinem Credo treu zu bleiben. Nein, die Investitionen werden auf hohem Niveau gefahren, deshalb werden wir uns verschulden.

Und weil Sie den Bau angesprochen haben, Herr Rehberg: Gucken Sie sich den Jahresabschluss 2002 an! Wohnungsbau- und Städtebauförderung im Mittelabfluss 111,3 Prozent, das neue Wohnungsbauprogramm 2002 ist zum Jahresende mit über 96 Prozent belegt. Das sind die Antworten, die die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern für Investitionsförderung auch auf dem Bau auf den Tisch gelegt hat,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

und dies kann sich wahrlich sehen lassen.

Aber ich möchte auch sagen, nicht die Höhe der Investitionsquote ist entscheidend, sondern die Umsetzbarkeit, die Wirksamkeit von Investitionen, und das heißt letztendlich für uns: Arbeitsplätze, Arbeitsplätze und nochmals Arbeitsplätze!

Nach wie vor – und wir sind fast das einzige Bundesland in Ostdeutschland – kofinanzieren wir alle Mittel der Europäischen Union und des Bundes. Und die Frage ist angesichts der Situation, wie lange wir das dann auch noch durchhalten.

Der Zukunftsfonds, meine Damen und Herren, bleibt unangetastet. Die daraus gespeisten Projekte fördern neue Technologien, unterstützen junge Leute bei den Existenzgründungen und stellen für kleine und mittelständische Unternehmen Risikokapital zur Verfügung. Das ist der richtige Weg, von der Multimediainitiative der Landesregierung einmal abgesehen. Ein richtiger Weg ist auch der Initiativefonds beim Arbeitsministerium. Es werden damit Vorhaben gefördert, die besonders beschäftigungswirksam sind. Ansiedlungswünsche von Unternehmen können mit Hilfe dieses Instrumentes rascher und unbürokratischer erfüllt werden. Wir sind da der Auffassung, dass dieses Instrument es wert ist, finanziell besser ausgestattet zu sein, zum Beispiel, um noch mehr Kommunen zu unterstützen, damit diese die erforderlichen Voraussetzungen für Unternehmensansiedlungen schaffen können.

Ja, Bildungspolitik scheint das Credo jeder Partei in diesem Land zu sein. Und auch wir sagen, es bleibt bei Investitionen in die Köpfe und besonders in die kleinen. Diese Investitionen rentieren sich vielleicht nicht schon heute oder morgen, aber jeder Euro und jeder Cent, der für die Bildung ausgegeben wird, ist eine Investition in die Zukunft.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Deshalb haben wir bereits in den vergangenen Legislaturperioden begonnen, umfangreiche finanzielle Mittel für

die Ausgestaltung und Verbesserung von Schule und Hochschule bereitzustellen. Und wir werden auch 2003 in diesen Bereichen nicht kürzen. Im Gegenteil, wir werden über 200 Lehrerstellen zusätzlich ausfinanzieren. Ich gebe zu, wir haben diese Lehrerstellen nicht im Stellenplan, aber wir haben sie über finanzielle Mittel ausfinanziert. Und das würde ich an Ihrer Stelle, Herr Rehberg, nicht beklagen, sondern den mutigen Schritt der Landesregierung zur Sicherung der Unterrichtsversorgung und der Qualität an unseren Schulen doch einmal wenigstens begrüßen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Mit diesen finanziellen Ansätzen ist die Umsetzung des Konzeptes der Regionalen Schule und die Rückkehr zum 12-Jahres-Abitur finanziell gesichert. Auch die Umsetzung des Landeshochschulgesetzes ist gewährleistet. Und trotz aller Zwänge gibt es hier natürlich auch Fragen, die wir diskutieren müssen, wie zum Beispiel erstens die Umsetzung des Bundesprogramms „Zukunft, Bildung und Betreuung“ 2003 bis 2007 für den Ausbau von Ganztagschulen. Ich bin sehr froh, dass wir dieses Programm haben, auch wenn es vorrangig ein Programm für Investitionen ist. Wir haben es nämlich nicht geschafft, ein Schulbauprogramm aufgrund der finanziellen Zwänge auf den Weg zu bringen. Jetzt haben wir eins und darüber sollten wir vielleicht froh sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und wir haben vielleicht die Möglichkeit, den Schulträgern, die es wünschen, die vielleicht schon zu den 20 Prozent Ganztagschulen gehören in diesem Land oder dieses Modell ausbauen wollen, 90 Prozent der finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

(Heike Polzin, SPD: Ja.)

Und 10 Prozent Eigenmittel sind dazuzulegen. Da frage ich Sie: 90 Prozent, die wir vorher nicht hatten, sollen daran scheitern, dass die Kommunen 10 Prozent eigenfinanzierte Mittel dazulegen? Das glauben Sie doch am Ende selber nicht!

(Egbert Liskow, CDU: Infrastrukturpauschale!)

Wir werden folgende Situation haben: Wir werden mehr Anträge haben in diesem Land, als wir eigentlich bescheiden können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Wo sollen sie die zehn Prozent hernehmen? – Zuruf von Vincent Kokert, CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

Ach, Frau Fiedler, kommen Sie doch mal mit mir mit! Ich bin ja vielleicht noch in dem Alter, Sie werden es nicht wissen, ich habe noch zwei Kinder in den Schulen. Und ich meine ausdrücklich keine Schweriner Schulen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nicht?)

das ist viel einfacher als in der Fläche.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aha!)

Aber ich weiß auch, was verantwortungsvolle kommunale Arbeit in Schulbau, Ausgestaltung und Qualität im Zusammenhang mit Kitas und Horten auf den Weg gebracht hat.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Reden Sie die Situation nicht schlechter, als sie im Land Mecklenburg-Vorpommern eigentlich ist!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Lassen Sie mich darauf zurückkommen!

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Das ist doch richtig.

(Kerstin Fiedler, CDU: Womit wollen Sie Ganztagschulen machen?)

Na, Frau Fiedler, ganz einfach.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Na?)

Ich bin ja schon etwas verwundert, aber ich begrüße das wirklich sehr, wie engagiert Sie sich für Ganztagschulen einsetzen dürfen.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS –

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das hörte sich vor einiger Zeit noch ganz anders an, das ist richtig. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich, die wirklich den Wandel der bildungspolitischen Ansätze der CDU mit verfolgen darf –

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wir sind hier nicht in der PDS, wo das von oben vorgegeben wird. – Gabriele Schulz, PDS: Woher wissen Sie, wie das in der PDS ist?)

denn wir haben ja leider eine Situation, dass wir immer mit der Misere, die uns die CDU eingerührt hat, noch nicht ganz fertig sind –, kann nun endlich sagen: Ja, Ganztagschulen sind das Angebot.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Und was ist denn eine Ganztagschule in der qualitativen Umsetzung?

(Kerstin Fiedler, CDU: Eben, in der Qualität.)

Das ist doch nicht Unterricht von 7.30 Uhr bis 17.00 Uhr. Das ist doch soziale Arbeit,

(Harry Glawe, CDU: Aha!)

das ist doch Jugendarbeit,

(Harry Glawe, CDU: Ach nee?!)

das ist doch Beschäftigung.

(Harry Glawe, CDU: Aha!)

Ja, Herr Glawe, was ist denn?

(Harry Glawe, CDU: Sie müssen doch sagen, wie das ausfinanziert wird! Sie müssen doch die Kommunen auch in die Lage versetzen!)

Holen wir denn die Horte zurück an unsere Schulen? Holen wir die Horte zurück an unsere Schulen? Ermöglichen wir es freien Trägern,

(Harry Glawe, CDU: Das machen Sie doch nicht!)

die Umsetzung der Aufgaben der sozialen Arbeit im Freizeitbereich

(Harry Glawe, CDU: Das machen Sie doch nicht! – Glocke der Vizepräsidentin)

zum Beispiel an Ganztagschulen zu ermöglichen?

(Harry Glawe, CDU: Das macht jeder hier in diesem Land, nur Sie nicht! – Dr. Ulrich Born, CDU: Sie beschneiden doch gerade die freien Träger im Land.)

Wir haben in diesem Land eine hervorragende Ausstattung an vielen Programmen

(Reinhard Dankert, SPD: Hören Sie doch auf, die kapieren es nicht!)

und gesetzlichen Leistungen, die nebeneinander existieren.

Warum lassen Sie uns nicht darüber streiten und überlegen, wie wir die verschiedenen Angebote, die wir in diesem Land vorhalten – Kindertagesstätten, Horte, Jugend- und Schulsozialarbeiterprogramme, Programme Weiterbildung, Qualifizierung – intelligent miteinander verknüpfen,

(Harry Glawe, CDU: Na, dann sagen Sie doch mal, wie Sie das finanzieren wollen, womit wir anfangen wollen!)

um Schule innerhalb des ländlichen Raums zum Lebensort zu entwickeln, und das zu benutzen, um Ganztagschulen auszubauen?

(Beifall Peter Ritter, PDS – Harry Glawe, CDU: Legen Sie doch ein Konzept auf den Tisch dazu! – Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Ich denke, wenn Sie sich da einige Mühe machen würden, würden Sie vielleicht sogar erkennen, dass wir im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern die besten Voraussetzungen haben, um Ganztagschulen qualitativ ausgestalten zu können. Nur, Frau Fiedler, Sie müssen sich entscheiden. Sie müssen sich entscheiden,

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

was ist für Sie Ganztagschule. Und wenn Sie so weitermachen, dass Sie die wesentlichen Ansätze bei Beschäftigungspolitik zur Ausgestaltung der freien Träger

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Kerstin Fiedler, CDU: Das stimmt doch gar nicht.)

in diesem Bereich wieder einstampfen wollen, dann, sage ich allerdings, interessiert mich auch, wie Sie Ganztagschulen zukünftig im Land entwickeln wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Aber lassen Sie mich an einem weiteren Punkt etwas sagen zur Situation im Bildungsbereich. Wir wissen, dass wir in den Hochschulhaushalten die 1,5 Prozent Steigerung haben. Und dennoch, glaube ich, müssen wir die Probleme bei der Personalausstattung an den Hoch- und Fachschulen ernst nehmen.

(Harry Glawe, CDU: Das glaube ich aber auch.)

Wir müssen prüfen, ob durch eine schnelle Umsetzung der budgetierten Globalhaushalte und mehr Eigenverantwortung der Hochschulen die negativen Folgen gemildert werden können. Und die Zielvereinbarungen mit den Hochschulen, sie gehören auf den Tisch.

Und drittens. Vier Jahre lang war es Konsens in unserem Haus und über die Fraktionen hinweg, dass die Kul-

turförderprojekte stabil gehalten worden sind. Wir sind in einer Situation, wo dieses nicht mehr erreicht werden konnte. 1 Million Euro Kürzung sind viel für diesen Bereich. Auf der anderen Seite sind wir bereit, 1 Million Euro, weil notwendig für die innere Sicherheit dieses Landes und für das sichere Gefühl der Bevölkerung, für notwendige, vielleicht anfällige Impfkosten

(Harry Glawe, CDU: Steht im Haushalt drin!)

und Impfstoffe in Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung zu stellen. Es ist schwierig, diese beiden Zahlen gemeinsam abzuwägen. Wir werden es trotzdem tun.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Meine Damen und Herren, ich finde es nicht lächerlich, denn aus dieser Verantwortung konnte sich das Land Mecklenburg-Vorpommern nicht heraushalten, Herr Glawe.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und das ist nicht nur ein Gefühl der Sicherheit. – Harry Glawe, CDU: Ach nee!)

Meine Damen und Herren, oberste Priorität hat für uns, die Sicherung der sozialen Standards im Land.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Die Krankenhausinvestitionen stehen, Herr Glawe.

(Harry Glawe, CDU: Jaja. Wo denn?)

Wir haben es nicht zugelassen, dass die Mittel für die Kindertagesstätten unseres Landes angetastet werden.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Dieses ist auch deshalb für uns wichtig, weil noch in diesem Jahr die Novellierung des Kindertagesstättengesetzes ansteht.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Wir wollen und wir müssen hier mehr für die bisher noch unzureichende frühkindliche Bildung in unseren Einrichtungen tun. Ja, wir müssen hier mehr investieren.

Darüber hinaus ist es gelungen, die Sportförderung auf hohem Niveau zu sichern.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja. – Harry Glawe, CDU: Jaja.)

Dies halten wir für besonders wichtig. Es könnte ja sein, dass Sie das nicht interessiert. Dann verstehe ich Sie als Fußballer aber nicht – ich habe gehört, Sie spielen Fußball.

(Harry Glawe, CDU: Habe, ich habe gespielt. Aber ich habe noch nie einen Spagat gespielt.)

Und angesichts der anstehenden Olympiabewerbung halte ich den Zuschlag, der hier erteilt worden ist, für ein äußerst wichtiges Signal. Wir halten es auch für besonders wichtig, und es ist schon komisch, dass die CDU eben das überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen will, dass die Jugendförderung stabil gehalten werden konnte. Und in diesem Zusammenhang sage ich auch, dass die geplante Kürzung von 8.700 Euro – ein vergleichsweise geringer Betrag bei der Jugendverbandsarbeit der Feuerwehren – nun tatsächlich überdacht werden sollte.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Arbeit, die dort geleistet wird, schätzen wir alle sehr hoch ein.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr wahr!)

Und ist es das wirklich wert, für diesen Betrag sich den Zorn

(Harry Glawe, CDU: Des Innenministers zuzuziehen.)

von 100.000 Menschen in diesem Land, junge wie alte, im Bereich der Feuerwehren und ihre Unterstützung auf den Hals zu ziehen?

(Harry Glawe, CDU: Ja, richtig, der Innenminister mag sie nicht.)

Von Einsparungen konnten wir jedoch auch den sozialen und den Gesundheitsbereich nicht ausnehmen,

(Harry Glawe, CDU: Aha!)

und dies auch bei den Beratungsdiensten, Herr Glawe.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aha! – Harry Glawe, CDU: Ach nee?!)

Zur Debatte stehen dabei die Schuldner- und Schwangerenberatungsstellen sowie die Beratungsstellen Drogen, Sucht und Aids

(Harry Glawe, CDU: Nicht nur.)

genauso wie die Situation bei der frauenpolitischen und gleichstellungspolitischen Förderung in diesem Land. Hier haben die Kürzungen von relativ kleinen Beträgen oft eine große Wirkung.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Wir müssen uns dennoch die Strukturen genau anschauen.

(Harry Glawe, CDU: Die Träger haben doch keine Planungssicherheit.)

Lassen wir es bei dem bestehenden Angebot und nehmen in Kauf, dass Leistungen eingeschränkt werden, oder gelingt es uns, die bestehenden Strukturen so zu bündeln, dass uns die notwendigen Hilfen für die betroffenen Menschen in unserem Land erhalten bleiben?

(Harry Glawe, CDU: Schuldnerberatung ist eine Pflichtaufgabe.)

Den letzteren Weg geht das Sozialministerium und wir denken, es ist der richtige. Wir brauchen eine bedarfsorientierte Planung, an der sich alle beteiligen. Wir müssen Kooperationen anschieben, Parallelangebote unter die Lupe nehmen und prüfen, ob diese konzentriert werden können.

(Harry Glawe, CDU: Das läuft schon. Die Landesverordnung ist seit 11.10. in Kraft.)

Ich weiß, diese Aufgabe erfordert Mut, aber dieser Aufgabe müssen wir uns stellen.

Meine Damen und Herren, trotz der angespannten Finanzsituation ist es gelungen, radikale Einschnitte bei den Programmen im Umweltbereich zu verhindern. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung unseres Landes bleiben sie im Großen und Ganzen bestehen, auch wenn wir einige empfindliche Abstriche machen mussten. Und deshalb ist es auch hier als Erfolg zu werten, dass wir das Freiwillige Ökologische Jahr nicht angetastet haben. An der Höhe der geplanten Mittel – 1,073 Millionen Euro – haben wir nicht gerüttelt. Und in diesem Zusammenhang

wird es nur geringfügige Kürzungen bei der Förderung von Vereinen und Verbänden geben.

(Harry Glawe, CDU: Ach nee?!)

Dies betrifft auch die Zuschüsse an die Wasser- und Bodenverbände.

(Harry Glawe, CDU: Die sind doch jedes Jahr dran.)

Eine Absenkung von knapp fünf Prozent halten wir jedoch für vertretbar. Dagegen allerdings halten wir die geplanten Reduzierungen der Zuschüsse an die Naturschutzverbände um circa 16 Prozent für nicht akzeptabel. Dies gilt auch für die kommunalen Agenden, die mit etwa 11 Prozent weniger auskommen sollen. Hier wird die PDS-Fraktion entsprechende Vorschläge machen, wie wir die geplanten Einschnitte, zumindest teilweise, verhindern können.

Meine Damen und Herren, es ist allgemein bekannt, dass die Kommunen der PDS besonders am Herzen liegen. Und deshalb ist Mecklenburg-Vorpommern – und nicht mal das, Herr Rehberg, hat Ihnen einen Satz abgerungen – das einzige Bundesland, das die Steuermindereinnahmen nicht an die kommunale Ebene weitergegeben hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Wir sind das einzige Land, das in diesem Jahr keine Kürzungen zulässt. Und wenn Sie 6,5 Millionen Investitionsfördermittel, den besonderen Sonderfonds an den Innenminister, wieder herstellen wollen, dann sage ich nur: Herzlichen Glückwunsch! Für die kommunale Selbstverwaltung haben Sie damit keinen Schritt getan.

Wir übersehen nicht, dass die Kommunen in einer komplizierten Situation sind, und zwar nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern. Und deshalb lassen Sie mich einige Bemerkungen zur Situation in Gesamtdeutschland machen. Städte, Gemeinden und Landkreise schlagen Alarm. Sie sagen, und die Bundesregierung hat es inzwischen akzeptiert, wir haben es mit der schwersten kommunalen Finanzkrise in der Geschichte der Bundesrepublik zu tun. Mitte des Jahres 2002 hatten die Kommunen Kassenkredite in Höhe von insgesamt 11,7 Milliarden Euro in Anspruch genommen, zehnmal so viel wie 1992. Und das Finanzierungsdefizit der Städte, Gemeinden und Landkreise wird in diesem Jahr voraussichtlich die Rekordhöhe von – das müssen Sie sich mal auf der Zunge zergehen lassen! – 9,9 Milliarden Euro erreichen. Das ist wesentlich mehr, als wir im Landeshaushalt im gesamten Jahr zur Verfügung haben. Und das sind 3 Milliarden Euro mehr als im Vorjahr.

(Harry Glawe, CDU: Warum ist das so? Warum ist denn das so, Frau Gramkow?)

Die Auswirkung der Steuergesetzgebung sowie die schwache Konjunktur haben Löcher in nie gekanntem Ausmaß auch in die kommunalen Haushalte gerissen und damit die kommunale Selbstverwaltung gefährdet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Zudem steigen die kommunalen Ausgaben, insbesondere für soziale Leistungen, unaufhaltsam. Gegenüber dem ersten Halbjahr 2002 war ein Anstieg von 4,4 Prozent zu verzeichnen.

(Harry Glawe, CDU: Das reicht ja noch.)

Ähnliche Situationen haben wir insbesondere bei den Kreisen und kreisfreien Städten unseres Landes zu verzeichnen. Und deshalb lässt sich die Situation bei aller Akzeptanz der Unterschiede auch auf das Land übertragen. Und deshalb ist es ein faires Angebot gewesen, den Kommunen nicht mehr, aber auch eben nicht weniger finanzielle Mittel in Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung zu stellen.

(Harry Glawe, CDU: Trotz steigender Ausgaben. Das ist eine interessante Theorie, Frau Gramkow!)

Und es war maßgeblich ...

Ich rechne Ihnen das gerne vor, wenn Sie das nicht können.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie haben doch gerade gesagt, dass die Ausgaben steigen. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Es war maßgeblich meine Fraktion, die dafür gesorgt hat, dass die kommunale Infrastrukturpauschale nicht gekürzt wird.

(Beifall Karsten Neumann, PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Gebt ihnen doch weniger, wenn die Ausgaben steigen.)

Die Kommunen können auch in diesem Jahr mit rund 76,7 Millionen Euro rechnen.

Und ich erinnere daran, dass SPD und PDS trotz Konsolidierung des Landeshaushaltes diese Mittel seit 1998 Schritt für Schritt jedes Jahr aufgestockt haben, und nicht, wie Herr Rehberg weismachen will, sich auf Kosten der Kommunen saniert haben. Und, Herr Rehberg, ich breche mir keinen Zacken aus der Krone, ja, die PDS hatte Maximalforderungen. Die konnten wir nicht umsetzen, aber die Steigerung in jedem Jahr, denke ich, ist ein Erfolg.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich erinnere daran, dass wir den Gleichmäßigkeitsgrundsatz und die Mindestgarantie festgeschrieben haben, denn wenn wir sie nicht gehabt hätten, hätten die Kommunen

(Harry Glawe, CDU: Noch weniger.)

180 Millionen Euro einsparen müssen.

(Harry Glawe, CDU: Noch weniger.)

Damit komme ich noch einmal auf die dramatische Finanzlage des Landes insgesamt zurück.

(Harry Glawe, CDU: Weniger ist immer mehr bei Ihnen.)

Sie wirft uns, ich hatte vorhin darauf verwiesen, auf das Jahr 1997 zurück. Damals hatte die CDU-geführte Landesregierung ohne Not und äußere Zwänge 1,5 Milliarden DM, rund 760 Millionen Euro neue Kredite aufgenommen. Sie hatte damit die damals in ihrem Koalitionsvertrag vereinbarte Höhe um das Dreifache überschritten. Ich sage noch einmal: ohne Not.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wer war denn noch dabei, Frau Gramkow?)

Der jetzigen Regierung wurde ein Schuldenberg in Höhe von rund 7 Milliarden Euro hinterlassen. Schritt für Schritt hat die Regierung von SPD und PDS die Neuverschuldung heruntergefahren – bis eben jetzt.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Wer war der Finanzminister?)

Steuermindereinnahmen in einer Größenordnung, die so nicht vorhersehbar waren, haben uns unter dem Strich die Rechnung zunichte gemacht. Und deshalb werden wir 570 Millionen Euro mehr an Krediten aufnehmen. Das ist bitter, aber es ist nur fair. Trotz dieser riesigen Einnahmeverluste und der zusätzlich gestiegenen Ausgaben hat die Landesregierung den vorliegenden Nachtragshaushalt zwar auf Kante, aber verantwortungsbewusst genäht.

(Harry Glawe, CDU: Hoffentlich hält die Naht!)

Und ich sage noch mal: eben mit Herz und Verstand.

Ja.

Im Mai dieses Jahres ist die nächste Steuerschätzung für Bund, Land und Kommunen fällig. Und man muss wahrlich kein Prophet sein wie Herr Rehberg, dass uns eine finanzpolitische Herausforderung ins Haus stehen könnte. Ein Prozent Senkung des Wirtschaftswachstums sind 37 Millionen für Mecklenburg-Vorpommern. Und deshalb müssen wir alles daransetzen, koste es, was es wolle, die eigenen Möglichkeiten des Landes zu stärken und auszubauen. Der vorliegende Landeshaushalt, der jetzt zur Debatte steht, ich sagte es bereits, ist die halbe Wegstrecke.

Wir werden bereits jetzt nachdenken, inwieweit wir die finanzpolitischen Herausforderungen für die Jahre 2004 und 2005 meistern wollen. Hier werden wir Entscheidungen treffen müssen, denn es gibt kaum noch Bereiche, in denen wir ohne gravierende Folgen eine weitere Scheibe abschneiden können. Meine Damen und Herren, wir müssen versuchen, über die ehrliche Bewertung der Halbzeit bei den Programmen der europäischen Strukturfonds vielleicht neue, vielleicht effizientere Förderkulissen zu ermöglichen, die noch stärker auf die Entwicklung des Landes gerichtet sind. Dabei wird uns niemand helfen. Wir brauchen eine Politik, die eigene Gestaltungsmöglichkeiten entwickelt und für das Land nutzt. Eine Politik, meine Damen und Herren, wie sie die CDU propagiert, als neuer Wein in alten Schläuchen, die brauchen wir nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Gramkow.

Das Wort hat jetzt der Ministerpräsident Herr Dr. Ringstorff.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich muss sagen, ich war richtig gespannt auf diese Haushaltsdebatte. Ja, weshalb war ich gespannt? Der Herr Oppositionsführer hatte ja im Vorfeld dieser Haushaltsberatung so viel Kooperationsbereitschaft angeboten, hatte sich angeboten mitzumachen. Aber ich kann mich den letzten Worten von Frau Gramkow „neuer Wein in alten Schläuchen“ anschließen, was hier vorgebracht wurde. Da werden Äpfel mit Birnen verglichen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist doch guter Wein inzwischen. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Als der Oppositionsführer auf die Kommunalfinanzen zu sprechen kam, wollte er uns doch wahrhaftig einreden, dass wir unsere Kommunen am schlechtesten ausstatten, obwohl er selbst weiß, dass wir wesentlich besser sind

als die meisten anderen Bundesländer, dass wir die Einzigen waren, die die Kommunen nicht an den Steuermindereinnahmen beteiligt haben. Vorschläge machen, die keine richtigen Vorschläge sind, Stimmung machen gegen eine 90-prozentige Förderung für Ganztagschulen, ja, weil Ihnen wahrscheinlich das ganze Konzept von Ganztagschulen nicht passt. Ich sage Ihnen aber voraus, Herr Rehberg: Diese Fördermittel werden abfließen, auch wenn das Land keine 110 Prozent fördert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Oder die Steuerreform kritisieren, weil sie eine zu hohe Entlastung gebracht hat, aber dann öffentlich weitere Steuerentlastung fordern, eine Senkung des Spitzensteuersatzes unter 40 Prozent. Ich glaube, meine Damen und Herren, das ist nicht solide, was uns der Oppositionsführer hier heute vorgetragen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Dr. Margret Seemann, SPD: Schade, schade! –
Gabriele Schulz, PDS: So ist er eben!)

Meine Damen und Herren, eine der wichtigsten Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung in unserem Land ist eine solide Haushaltspolitik und das heißt, in die Zukunft des Landes investieren und die Finanzen sanieren. Und genau das tun wir. In den letzten Jahren, Frau Keler hat es schon deutlich gemacht und auch Frau Gramkow, haben wir die Neuverschuldung stetig zurückgefahren. Zugleich haben wir in Kernbereiche investiert, um unser Land voranzubringen. Sie, meine Damen und Herren von der CDU, haben beispielsweise in einem Jahr, im Wahljahr 1994, genauso viel Kredite aufgenommen wie wir in einer ganzen Legislaturperiode.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Siegfried Friese, SPD: Richtig. –
Dr. Margret Seemann, SPD: Damit
Wahlgeschenke finanziert werden.)

Ihre Politik der hohen Verschuldung wurde durch uns gestoppt.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Stimmt heute auch nicht mehr.)

Mit dem Doppelhaushalt 2002/2003 hatten wir die Neuverschuldung weiter zurückgefahren. Aber seitdem haben sich die finanzpolitischen Rahmenbedingungen stark verändert. Es kam zu dramatischen Steuerausfällen in Bundesländern wie Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, aber auch in Baden-Württemberg. Auch der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst belastet die öffentlichen Kassen stark.

Bei uns in Mecklenburg-Vorpommern, meine Damen und Herren, stiegen die eigenen Steuereinnahmen zwar an, doch über den Länderfinanzausgleich sind wir von den Steuereintrüben in den anderen Bundesländern unmittelbar mitbetroffen. Aus plus 3,8 Prozent bei den Steuereinnahmen in Mecklenburg-Vorpommern werden so unter dem Strich mit Einbeziehung des Länderfinanzausgleiches minus 8,3. Um nicht massiv in Investitionen einschneiden zu müssen, müssen wir deshalb die Kreditaufnahme deutlich erhöhen. Die Summe ist hier mehrfach genannt worden, 570 Millionen Euro. Und ich stimme der Finanzministerin und Frau Gramkow zu, hätten wir nicht eine sehr solide Finanzpolitik in den vergangenen Jahren hier durchgeführt, dann hätten wir heute nicht die Möglichkeit, die Investitionen auf dem Niveau zu halten. Wir

hätten diese Kreditaufnahme nicht realisieren können. Wir hätten sonst die Regelkreditobergrenze überschritten und das bleibt uns so erspart.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

Aber ich sage auch, aus der Portokasse lassen sich die Ausfälle und Mehrausgaben nicht finanzieren. Herr Rehberg, Sie haben gesagt, es fängt nicht alles bei der Stunde null an. Und da gebe ich Ihnen ausdrücklich Recht. Sie haben mir da ein ausgezeichnetes Stichwort gegeben. Angefangen hat es mit der unsoliden Finanzierung der Deutschen Einheit über Schulden und über soziale Sicherungssysteme. Angefangen hat es mit einer Treuhandpolitik, die durch das Motto „Privatisieren geht vor Sanieren“ für eine fast völlige Deindustrialisierung des Ostens gesorgt hat.

(Beifall Beate Mahr, SPD)

Angefangen hat es auch mit einer falschen Politik im Bereich des Baus. Abschreibungsmodelle über Abschreibungsmodelle, dazu massive Förderung durch uns selbst, durch Sie vor allen Dingen in der ersten Legislaturperiode, haben dazu geführt, dass massiv Kapital vernichtet worden ist, dass heute Hunderttausende von Quadratmetern leerer Büroraum dastehen, dass wir keine Unterversorgung mit Wohnraum haben, sondern dass es Leerstände in Ostdeutschland gibt. Und man darf natürlich nicht verschweigen, dass das alles zu massiven Ausfällen an Steuereinnahmen für die Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden geführt hat. Das sind die Tatsachen

(Harry Glawe, CDU: Uns laufen die Leute weg,
Herr Ministerpräsident. Das ist die Tatsache!)

und die Dinge muss man, glaube ich, erwähnen, wenn man über die heutige Finanzsituation spricht. 1998 hat Hans Eichel 1,5 Billionen DM Schulden übernommen. Das sind die Tatsachen, mit denen wir uns auseinander zu setzen haben. Und, meine Damen und Herren von der CDU, diese Politik im Baubereich hat uns zwar solide Wachstumsraten in der ersten Hälfte der 90er Jahre beschert, aber gleichzeitig sind uns dadurch die Augen verkleistert worden vor den wahren Strukturproblemen, die Ostdeutschland hat. Mit diesen Strukturproblemen haben wir uns jetzt herumzuschlagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, wie wird man in einer solchen Situation seiner Verantwortung gegenüber dem Land gerecht und auch gegenüber den kommenden Generationen? Wir wissen, bis 2019 muss das Land auf eigenen Füßen stehen. Dann läuft der Solidarpakt II aus und für mich ist klar, wir müssen sparen, aber mit Augenmaß. Um die massiven Steuermindereinnahmen und unabwiesbaren Mehrausgaben zu schultern, kommen wir nicht darum herum, die Kreditaufnahme zu erhöhen und zusätzlich die konsumtiven Ausgaben einzuschränken. Mit Blick auf künftige Generationen halten wir aber an dem Ziel, noch in diesem Jahrzehnt die Kreditaufnahme auf null zurückzuführen, weiter fest, denn wir dürfen unseren Kindern und Enkeln keine Schuldenberge hinterlassen. Dazu, denke ich, muss jeder seinen Beitrag leisten und die Ressorts haben bereits einen Sparbeitrag geleistet.

Aber in dieser Situation massiv bei den Investitionen zu sparen, das hieße, sich prozyklisch zu verhalten, und das

würde das Wachstum, das ohnehin sehr bescheiden ist, noch weiter schwächen. Und deshalb, meine Damen und Herren, ist die zusätzliche Kreditaufnahme auch gerechtfertigt. Wir kürzen nicht bei Investitionen, sondern die Investitionsquote wird sogar noch um 0,3 Prozent gesteigert von 20,7 auf 21 Prozent und das ist richtig so und dazu stehen wir.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Rehberg, Sie haben die Situation bei der Geldversorgung, bei der Kreditversorgung des Mittelstandes und der Unternehmen im Land beklagt. Sie haben den Eindruck erweckt, als wenn das Land dafür verantwortlich zeichnet. Verantwortlich dafür zeichnet das Geschäftsgebaren der Banken, vor allen Dingen der Privatbanken, aber eigentlich kann man auch schon andere Kreditinstitute in diesem Zusammenhang nennen. Und warum verhalten sich diese Kreditinstitute so? Sie haben in großem Umfang Geld am neuen Markt verbrannt. Das bekommen wir jetzt zu spüren durch Restriktionen bei der Kreditvergabe selbst bei gesunden Unternehmen. Ich habe gerade kürzlich ein Beispiel gehört: Ein Unternehmen, das seinen Dispo-Kredit von 350.000 Euro noch nie in Anspruch genommen hat, geht zu einer Bank, weil ein solider Großauftrag besser abgesichert werden soll, und möchte den Dispo-Rahmen um 50 Prozent erhöhen. Was passiert? Man nimmt an, es müsse Schwierigkeiten geben in dem Unternehmen. Man kürzt sogar den Dispo-Rahmen um 150.000 Euro. Das ist die Situation, die wir haben. Und weil wir sie haben, weil die Situation da ist, steuern Bund und Land dagegen. Clement arbeitet daran, die Kreditversorgung von mittelständischen Unternehmen zu verbessern. Sie wissen, dass es eine Fusion der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Deutschen Ausgleichsbank gegeben hat. Die Finanzministerin des Landes und der Wirtschaftsminister arbeiten daran, dieses Problem auch für unser Land zu lösen in Verzahnung mit den Bundesprogrammen.

Betrachtet man nun die wirtschaftliche Entwicklung im Land, dann sieht man Licht und Schatten. Der Tourismus entwickelt sich weiter gut. Wir haben inzwischen eine beachtliche Zahl erfolgreicher Technologieunternehmen im Land. Das verarbeitende Gewerbe wächst bei uns seit 1999 von Jahr zu Jahr weit über Bundesdurchschnitt. Die Häfen in unserem Land haben auch im vergangenen Jahr wieder einen Umschlagzuwachs von 2,5 Millionen Tonnen erreichen können. Das zeigt, dass der notwendige Strukturwandel bei uns im Land läuft. Doch die Arbeitsplatzzuwächse in einigen Bereichen wurden in den letzten Jahren immer wieder von Arbeitsplatzverlusten in der Baubranche, durch den Abbau auf dem öffentlich geförderten Arbeitsmarkt und durch den gewollten Abbau von Beschäftigungsverhältnissen im öffentlichen Dienst kompensiert. Die Arbeitslosenzahlen im Dezember und Januar sind alarmierend. Damit nähern wir uns Ihren Zahlen von 1997/98, meine Damen und Herren von der CDU, allerdings mit dem Unterschied, dass Sie 1998 mit Zehntausenden von Wahlkampf-ABM diese Zahlen noch geschönt hatten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Das, glaube ich, sollte hier auch noch einmal gesagt werden.

Jetzt fordern Sie, den zweiten Arbeitsmarkt weiter kräftig abzubauen. Und das verwundert mich wirklich, denn Sie haben diesen Sektor doch mit Steuergeldern erst so

richtig aufgeblasen. Vielleicht ist es Ihrer Wahrnehmung entgangen, aber seit Ende '98 sind alleine hier im Land deutlich über 40.000 ABM- und SAM-Stellen abgebaut worden und dabei handelt es sich zum größten Teil um Stellen, die Sie zusammen mit der Kohl-Regierung eingerichtet hatten, um das wahre Ausmaß der Arbeitslosigkeit zu verschleiern. Aber bekanntlich hat es ja bei den Wahlen auch nicht sehr viel genützt.

Jetzt fordern Sie, Herr Rehberg, den Abbau von GAP-Stellen. Herr Glawe fordert gleichzeitig ein Mehr an Stellen im sozialen Bereich. Aber ich frage Sie: Was machen wir denn mit GAP-Stellen? Machen wir damit nicht auch Sozialpolitik, wenn wir Schulsozialarbeiter finanzieren? Sie müssen uns schon sagen, was Sie wollen. Wollen Sie nun mehr Stellen in diesem Bereich oder wollen Sie die Stellen abbauen? Beides zusammen geht nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, wir müssen weiterhin in den Ausbau unseres Landes investieren, in die Jugend, in die Infrastruktur, um die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung weiter zu verbessern. Durch den Nachtragshaushalt garantieren wir, die Investitionen bleiben auf einem hohen Niveau von 1,5 Milliarden Euro. Das Budget der Universitäten und Schulen steigt, wie ursprünglich im Doppelhaushalt geplant. Die hundertprozentige Unterrichtsversorgung an den allgemein bildenden Schulen wird gesichert. Es wurde schon darauf hingewiesen, es gibt keine Abstriche an der Förderung der Kitas. Für die Krankenhäuser bleiben die Investitionen auf dem bisherigen Stand und die Kommunen erhalten weiterhin 1,3 Milliarden Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich und das garantiert ihnen Planungssicherheit. Würden wir nach dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz verfahren, wüssten Sie, dass diese Summe deutlich niedriger wäre.

Bis 2010 wollen wir in allen wesentlichen Teilen der Infrastruktur mit dem Westen gleichziehen. Mit der tatkräftigen Unterstützung des Bundes und der EU sind wir auf einem guten Weg, das auch zu schaffen.

Meine Damen und Herren, die Union hatte angekündigt, das Schlechtreden des Landes zu beenden, und ihren Willen zur Zusammenarbeit bekundet und das begrüße ich.

(Vincent Kokert, CDU: Sie wollen
diese Zusammenarbeit ja nicht.)

Aber, Herr Rehberg, ich muss Ihnen sagen, diesen Anspruch haben Sie mit Ihrer heutigen Rede nicht erfüllt. Aber das kennen wir ja schon, eigentlich zu oft. Zu oft wurde uns ein neuer Rehberg versprochen, aber ich stelle immer fest: Er ist immer wieder der Alte geblieben. Herr Rehberg, Sie hätten eigentlich die Gelegenheit, Ihren Worten, Ihren Vorankündigungen auch Taten folgen zu lassen. Unterstützen Sie uns dabei, unsere solide Politik fortzusetzen! Wir werden in den Ausschussberatungen und bei der Verabschiedung des Nachtragshaushaltes ja sehen, wie ernst es Ihnen mit Ihrem Unterstützungsangebot ist.

Und ich will Ihnen ausdrücklich sagen, Sie haben so von Ihrem Mut geprahlt und haben die Muskeln richtig gebläht. Herr Rehberg, es gehört kein Mut dazu, zum dritten Mal hintereinander die Senkung der sächlichen Verwaltungskosten zu fordern. Das beinhaltet überhaupt kein Konfliktpotential. Da können Sie sich des Beifalls aller

sicher sein und die Finanzministerin wird Ihnen dazu sicherlich auch noch etwas sagen. Konfliktpotential gibt es da nicht. Da sind Sie sich des Beifalls aller gewiss, Sie könnten genauso vorschlagen, die Diäten zu kürzen und so weiter, da klatschen auch alle.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Nein, bisher haben Sie uns immer dann eine Zusammenarbeit angeboten, wenn es darum ging, Wohltaten zu verteilen. Ich habe das schon mal öffentlich gesagt und ich wiederhole es auch hier. Sie haben mit uns vereinbaren wollen, mehr Geld für Polizisten auszugeben. Ich nenne das populistisch, denn Sie wissen, dass wir mit Abstand die höchste Polizeidichte unter allen Ländern haben. Der Innenminister hat Ihnen schon einmal vorgezeichnet, wie viel tausend Polizisten Bayern zusätzlich einstellen müsste, um auf die Polizeidichte zu kommen, die wir hier im Land haben. Sie haben Angebote gemacht, im Bereich der Lehrer, haben aber übersehen, dass wir selbst Maßnahmen ergriffen haben, um die Unterrichtsversorgung abzusichern.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Aber machen Sie eins nicht, Herr Rehberg, tun Sie nicht so, dass wir angesichts der Situation, dass sich die Schülerzahl dritteln wird im Vergleich zu den Anfangsjahren, dass wir angesichts dieser Situation die gleiche Anzahl von Lehrern behalten können. Das gibt der Haushalt nicht her und das hätten Sie auch nicht getan. Also Wohltaten verteilen, aber sich beklagen auf der einen Seite, dass die Personalkosten steigen, aber auf der anderen Seite die Einstellung zusätzlichen Personals fordern, ich glaube, das ist kein konstruktiver Vorschlag.

Jetzt wird es darum gehen, Herr Rehberg, auch unpopuläre Maßnahmen mitzutragen, und dazu gehört Mut. Und ob die CDU diesen Mut hat oder ob sie die Doppelstrategie Glawe/Rehberg weiterfährt, das muss sie erst noch beweisen.

Sie haben mir ein weiteres gutes Stichwort gegeben. Sie haben das Ladenschlussgesetz angesprochen und uns dort mangelnden Mut vorgeworfen. Herr Rehberg, nur durch Mecklenburg-Vorpommern – und das, obwohl die CDU ja inzwischen eine deutliche Mehrheit im Bundesrat hat – ist es gelungen, den Antrag zur Öffnung des Ladenschlussgesetzes im Bundesrat überhaupt durchzubringen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und es war Minister Ebnet, der mit seinem saarländischen Kollegen Georgi diese Dinge beredet hat. Wir haben den Mut gehabt, diesem Antrag zuzustimmen, der eine Regelung der Ladenschlusszeiten in die Länderkompetenz legt. Und einige CDU-geführte Länder haben diesen Mut leider nicht aufgebracht, ich glaube, auch nicht unser Nachbar in Hamburg. Das wollte ich hier noch einmal sagen. Wenn Sie mangelnden Mut beklagen, dann beklagen Sie ihn woanders, aber nicht bei dieser Landesregierung!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Meine Damen und Herren, Kosten sparen wollen wir auch in der Verwaltung und dazu wird die Landesregierung noch in dieser Legislaturperiode Grundlagen für eine tiefgreifende Reform der Verwaltung schaffen, denn eine schlanke und effektive Verwaltung ist ebenso eine Grund-

bedingung für wirtschaftlichen Erfolg. Dazu soll auch die Zahl der Landesbediensteten in den nächsten Jahren weiter deutlich reduziert werden von jetzt über 44.000 auf unter 38.500 bis 2006. Und das soll sozial verträglich geschehen und nicht durch Kündigung, wie die CDU das kürzlich vorgeschlagen hat.

Meine Damen und Herren, die Menschen einfach auf die Straße zu setzen, das ist keine Lösung. Wir werden, das sage ich hier deutlich, deshalb die Zielvereinbarung mit dem DGB fortschreiben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Im Übrigen, auch das sei mir an dieser Stelle noch einmal gestattet, muss ich doch mal die Frage in den Raum stellen: Wer hat denn diese Verwaltung im Land eigentlich aufgebaut, Herr Rehberg?

(Heiterkeit bei Minister Dr. Wolfgang Methling –
Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Zu dem von Ihnen eingebrachten Vorschlag zur Reduzierung der Ministerien hat Frau Keler Ihnen schon gesagt, wie groß das Sparpotential ist. Also das ist ein Vorschlag, Herr Rehberg, mit dem die Situation im Land nicht grundlegend geändert wird. Grundlegend geändert werden könnte sie dadurch, wenn die Verwaltungsreform verbunden mit einer Funktionalreform zügig angegangen wird. Es wäre gut, wenn Sie uns dabei unterstützen, aber leider sind die ersten Signale, die ich bekommen habe – also wenn ich auch die Reden sehe, die Sie vor dem Bildungswerk oder im Rahmen des Bildungswerkes der CDU gehalten haben –, nicht so, dass sie zu großer Hoffnung Anlass geben, dass Sie mit zum Motor dieser Verwaltungsreform werden. Aber die CDU besteht ja nicht nur aus Herrn Rehberg, also könnte es ja durchaus sein, dass es auch andere Auffassungen gibt.

Ich fordere Sie auf, meine Damen und Herren von der CDU, bei diesem Thema parteiübergreifend zusammenzuarbeiten und das Thema möglichst aus dem parteipolitischen Streit herauszuhalten. Vor allem an die jüngeren Abgeordneten in diesem Hause appelliere ich: Nutzen Sie die große Chance! Sie haben es mit in der Hand, in diesem Haus eine neue politische Kultur der Zusammenarbeit zu schaffen. Die Gestaltung einer der modernsten Verwaltungen Deutschlands sollte für uns alle Motivation genug sein. Vernünftige und praktikable Vorschläge sind jederzeit willkommen, auch von der CDU.

Kosten sparen lassen sich auch, meine Damen und Herren, im Rahmen der norddeutschen Kooperation. Wir nutzen schon heute verschiedene Möglichkeiten, zum Beispiel durch die Zusammenlegung von Ämtern, und diese Kooperationsmöglichkeiten sollen zukünftig da, wo sie sinnvoll sind, noch erweitert werden. Doch all diese Maßnahmen allein reichen nicht aus, um die Einnahmen von den Ländern zu steigern und die Ausgaben zu senken. Dazu muss es länderübergreifend zu abgestimmten weiteren Reformen kommen.

Das Gesetz zum Abbau von Steuervergünstigungen steht demnächst zur Abstimmung im Bundesrat an. Wir erwarten mit Spannung, wie sich die CDU hier verhalten wird. Es ist klar, dass es extreme Haushaltsschwierigkeiten in den meisten CDU-geführten Ländern gibt. Ich bin gespannt, wie die Beratungen im Bundesrat laufen werden. Und ich hoffe, dass Sie, Herr Rehberg, Ihren Einfluss auf Edmund Stoiber, den Sie ja haben, wie immer gesagt wird, ausüben, um mit dazu beizutragen, dass es zu Ein-

nahmeverbesserungen für die Länder kommt. Also keine Blockadehaltung von der CDU/CSU, so hat es ja im Vorfeld geheißen. Wir nehmen Sie beim Wort und zählen auf Sie bei dem Bestreben, zu Einnahmeverbesserungen zu kommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, in einer Zeit des Umbruchs und des Wandels ist die Politik immer besonders gefordert. Politik kann auch heute noch einen Unterschied machen – einen Unterschied zum Besseren. Nötig sind dafür Mut, Entschlossenheit und Zusammenarbeit nicht nur im Großen, auch im Kleinen. Nutzen wir also unsere Chancen! Ich glaube, die Menschen in unserem Land haben es verdient. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Liskow von der Fraktion der CDU.

Egbert Liskow, CDU: Werte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Frau Ministerin Keler! Ich habe am Montagabend die Haushaltssitzung in der Hansestadt Greifswald gehabt und mein erster Satz war, die Haushaltslage ist miserabel, im Grunde genommen sogar katastrophal. Wenn Sie jetzt so tun, als ob die Kommunen genug Geld haben, ...

(Angelika Gramkow, PDS: Das hat hier keiner gemacht. – Gabriele Schulz, PDS: Das hat hier keiner gesagt.)

Warten Sie doch mal ab!

Ich glaube, Herr Dr. Bartels hat es ja mitgekriegt, die Einnahmen sind zum Beispiel bei der Hansestadt Greifswald um 11,5 Millionen Euro weggebrochen, davon sind alleine 4,5 Millionen Euro an Steuermindereinnahmen, 4 Millionen Mehrausgaben, ...

(Angelika Gramkow, PDS: Ich kann Ihnen ähnliche Zahlen von Schwerin berichten. – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Ich will ja keine Schuldzuweisungen machen.

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS)

... 4 Millionen Euro mehr soziale Ausgaben und 2 Millionen Euro weniger Gewerbesteuer. Und auch wenn die Hansestadt Greifswald alles verkaufen würde, die gesamten freiwilligen Leistungen wegstreichen würde, könnten wir dieses Defizit nicht ausgleichen. Das mal vorneweg.

Jetzt noch mal zur Investitionsquote. Ich wollte Herrn Ringstorff noch mal speziell fragen, weil es von ihm angesprochen wurde: Wenn Sie die 120 Millionen Euro aus 2002 jetzt in den Haushalt von 2003 mit reinnehmen, dann haben wir natürlich die Investitionsquote hochgesetzt. Nimmt man die raus, ist sie ungefähr gleich geblieben oder sogar um 0,1 Prozent ...

(Angelika Gramkow, PDS: Die sparen wir ein, die legen wir nicht dazu!)

Aber sie ist ja reingerechnet.

(Ministerin Sigrid Keler: Nein, nein!)

Man berechnet ja die Investitionsquote ...

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist doch gar nicht wahr! – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das stimmt doch gar nicht!)

Das können wir ja vielleicht noch mal im Finanzausschuss speziell besprechen.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, das erklären wir dann noch mal.)

Auf jeden Fall haben wir keine Erhöhung der Investitionsquote dadurch erreicht.

(Ministerin Sigrid Keler: Das machen wir im Finanzausschuss. – Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS)

Vielleicht jetzt zum Wesentlichen. Es ist für mich als neues Mitglied des Landesparlaments interessant zu beobachten, wie die Landesregierung und Sie, Frau Keler, versuchen, einen Haushalt – in diesem Fall den Nachtragshaushalt – durch das Parlament zu peitschen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vielleicht ist es aber auch nur mein Empfinden, weil ich ein neues Mitglied bin und noch nicht die Gepflogenheiten hier so kenne.

Nun gut, die CDU ist zwar Oppositionspartei, aber wir werden uns weiter in den anstehenden Beratungen energisch mit Ihrem vorgelegten Rettungsversuch beschäftigen und auseinander setzen. In diesem sind aus meiner Sicht einige Ungereimtheiten, Widersprüche und falsche Annahmen enthalten.

Wir alle wissen, dass die öffentlichen Haushalte – und davon ist nicht nur Mecklenburg-Vorpommern betroffen – auch durch die konjunkturelle Entwicklung in den letzten Jahren in allen Bundesländern hart getroffen wurden. Auf breiter Front sind Steuereinnahmen weggebrochen. In den neuen Bundesländern macht sich dieser Umstand zusätzlich durch massiven Rückgang der steuerinduzierten Einnahmen im Länderfinanzausgleich bemerkbar. Der von Ihnen vorgelegte Nachtragshaushalt ist daher eine notwendige Konsequenz. Aber warum bitte so spät, Frau Keler? Im März letzten Jahres waren die Mindereinnahmen doch absehbar, zwar nicht in diesem endgültigen Umfang, aber da hätte man doch schon reagieren müssen. Sie haben dies selber in der Begründung zum Nachtragshaushalt eingestanden – Zitat: „Als Gegenmaßnahme zu den damals teilweise absehbaren Steuermindereinnahmen ist bereits im März eine allgemeine Wiederbesetzungssperre erlassen worden.“ Und die folgende Maisteuerschätzung 2002 hätte Sie doch erst recht aufwecken und zu einem raschen Umdenken bewegen müssen. Müssen Sie denn erst das Kind in den Brunnen fallen lassen, um tätig zu werden? Sieht so für Sie eine am Gemeinwohl orientierte und vor allem eine vorausschauende Haushaltspolitik aus?

Frau Keler, Sie haben in Ihrem Vorwort zum Nachtragshaushalt die konjunkturelle Entwicklung und damit Ihre Sicht für das Wirtschaftswachstum 2003 als Grundlage für die Aufstellung dieses Nachtragshaushaltes dargelegt. Dabei gehen Sie für dieses Jahr von einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von einem Prozent aus. Wir haben ja schon gehört, dass wir dies höchstwahrscheinlich nicht erreichen werden. So niedrig und damit so schlecht diese Prognose auch ist, ich glaube nicht, dass wir das in diesem Jahr erreichen werden, im gesamten Bundesgebiet und auch in Mecklenburg-Vorpommern höchstwahrscheinlich nicht.

Wir haben schon zur Genüge in der Vergangenheit Ihre verträumten Wachstumsprognosen bemängelt.

(Angelika Gramkow, PDS: Das sind ja nun wirklich keine verträumten Prognosen. Das sind Wirtschaftsinstitute, die uns das vorgeben.)

Wir haben Ihnen schon bei der Einbringung des Doppelhaushaltes 2002/2003 – ich nicht persönlich, aber die CDU-Fraktion –, also vor eineinhalb Jahren, voraussagen können, dass Sie mit Ihrem Zahlenwerk die Erde zur Scheibe erklären und der Haushalt 2002 nicht aufgehen wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Ministerin Sigrid Keler: Nee. –
Heiterkeit bei Minister Dr. Wolfgang Methling)

Frau Finanzministerin, wir leben in einer Welt, wo sich die öffentlichen Haushalte an der wirtschaftlichen Realität orientieren müssen und nicht, wie noch vor 13 Jahren, umgekehrt. Die Sache mit „Alice im Wunderland“, Frau Finanzministerin, ist ein Märchen, die gibt es doch so in Wirklichkeit nicht. Fazit: Kommt Zeit, kommt Nachtragshaushalt!

Viele Wirtschaftsforschungsinstitute – Sie haben ja darauf hingewiesen – sind schon im November und im Dezember letzten Jahres von einem geringen Wachstum ausgegangen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin prognostizierte aktuell 0,6 Prozent Wachstum, das Institut für Weltwirtschaft in Kiel 0,8 und das Hamburgische Weltwirtschaftsarchiv 0,7 Prozent. Die Vereinigung der Unternehmensverbände bei uns im Land prognostizierte in Mecklenburg-Vorpommern ein Wachstum von 0,5 Prozent. Und so, wie ich neuerdings höre, soll es sogar gegen null gehen, also somit die Hälfte Ihrer Annahme. Im März werden einige Institute ihre Prognose aktualisieren und ich sage Ihnen voraus, Frau Keler, dass die Wirtschaftseinschätzungen eher noch sinken werden. Aber wir lassen uns gerne eines Besseren belehren. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns Indizes zeigen könnten, die uns eine Besserung der wirtschaftlichen Lage offenbaren. Ich glaube nicht, dass es Ihnen möglich ist. Fazit: Die Wachstumsprognose von einem Prozent halten wir für nicht realistisch, somit auch nicht Ihre Einschätzung der Einnahmen aus Steuern und Länderfinanzausgleich und somit auch nicht den gesamten Nachtragshaushalt.

Wir werden auch sehen, was die nächste Maisteuerschätzung auf den Tisch legt. Da werden wir zwar nicht ähnlich hohe Einbrüche wie 2002 prophezeit bekommen, aber wir werden erneut erhebliche Steuerminderungen verbuchen müssen, für die Sie wiederum wie schon letztes Jahr keine Vorsorgemaßnahmen in den Nachtragshaushalt eingestellt haben. Ihr ganzes Haushaltsjahr 2003 wird in der von Ihnen vorgestellten Konstellation nicht aufgehen und Sie werden sich wieder hinstellen und sagen, dass die ganze Dramatik nicht absehbar war. Sie werden für den anstehenden Doppelhaushalt 2004/2005 wieder die Nettokreditaufnahme außerplanmäßig erhöhen müssen. Und ich denke, Sie werden in diesem Fall wohl wieder Fehlbeträge übertragen, vor sich herschieben und erst in Zukunft kassenwirksam verbuchen. Das zum Thema Haushaltsklarheit/Haushaltswahrheit, auch wenn Ihnen die Landeshaushaltsordnung diese Möglichkeit zugesteht.

(Angelika Gramkow, PDS: Die haben wir aber gemacht, das Parlament.)

Ja. Ich war leider noch nicht dabei,

(Angelika Gramkow, PDS: Ach so! –
Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

aber vielleicht wäre sie genauso gewesen.

Sie haben sich sicher die Mühe gemacht – auch Frau Keler – nachzurechnen, wie die künftigen Zinslasten sich nur durch die Neuverschuldung in diesem Jahr entwickeln werden. Ich denke, viele hier im Parlament würden sich für diese Zahlen brennend interessieren. Das sind zweistellige Millionenbeträge an Mehrbelastungen nur durch dieses Jahr, die Zinslasten der Neuverschuldungen der nächsten Jahre noch nicht einmal mit eingerechnet. Allein die Mehrkosten für Zinsen durch die aktuelle Nettoneuverschuldung werden im nächsten Jahr einen Großteil Ihrer gesamten Nettosparmaßnahmen dieses Nachtragshaushaltes auffressen, nur die Mehrausgaben an Zinsen. Das ist, glaube ich, auch nachzuvollziehen.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, das hat doch die Ministerin gesagt. –
Zurufe von Rudolf Borchert, SPD,
und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Ja, ja. Da haben wir auch keinen Widerspruch.

Und generell: Wie reagiert Ihr Nachtragshaushalt auf diese Entwicklung von steigenden Ausgaben in der Zukunft? Wir sparen ein bisschen bei den sächlichen Verwaltungsausgaben. Da streichen Sie 15 Millionen Euro zusammen. Sie haben im September letzten Jahres eine Ausgabensperre bei sächlichen Verwaltungsausgaben erlassen. Ich frage mich, wie diese Landesregierung Ausgabensperren definiert. Die veranschlagten durchschnittlichen Ausgaben wären 29 Millionen Euro pro Monat gewesen. Können Sie uns einmal sinnvoll begründen, warum allein im Dezember letzten Jahres 45 Millionen Euro trotz Ausgabensperre verausgabt wurden?

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, können wir. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ja, vielleicht können wir auch das machen.

Hätten Sie sich an den normalen Satz gehalten, also sogar ohne die Ausgabensperre, und hätten Sie Ihr Dezemberfieber unter Kontrolle gehalten, wären über 15 Millionen Euro an Einsparungen in nur einem Monat möglich gewesen.

(Angelika Gramkow, PDS: Und was machen wir mit den Leistungen, die nur einmal vierteljährlich abgerechnet werden, und das ist im Dezember?)

Und jetzt stellen Sie sich hin und halten Einsparungen bei den sächlichen Verwaltungskosten für das gesamte Jahr 2003 in Höhe von 15 Millionen Euro für die Erfindung des Rades und als probates Mittel für Haushaltskonsolidierung. Ich bitte Sie, das können Sie doch nicht als ehrgeizige Sparmaßnahme verkaufen. Wo spiegelt sich denn da die Ernsthaftigkeit der finanziellen Situation wider?

(Minister Dr. Till Backhaus: Dann fragen Sie mal die Handwerker, die ihre Rechnung nicht bezahlt kriegen!)

Nein, Frau Keler, allein, was Sie im Dezember 2002 an Fördermittelbescheiden im investiven Bereich herausgegeben haben, kann doch nicht als Grundlage einer soliden Finanzpolitik gelten. Da wurde im Dezemberfieber ein Drittel aller für 2003 angesetzten Ausgaben verwirklicht.

Sieht so eine durchdachte und stabilisierende Förderpolitik aus? Ich glaube nicht. Und noch eins. Wenn Sie schon Haushaltssperren erlassen, dann halten Sie sich auch bitte daran!

In diesem Zusammenhang ist auch sehr interessant, dass das dem Finanzausschuss am 31. Januar zugeleitete vorläufige Ergebnis des Haushaltsvollzuges 2002 andere Zahlen enthält, als in einer Publikation des Bundesfinanzministeriums eine Woche später, am 6. Februar, ausgewiesen. Da stellt man dann mit Erstaunen fest, dass das Bundesfinanzministerium für Mecklenburg-Vorpommern ein Finanzierungssaldo von über 1 Milliarde Euro ausweist und Sie, Frau Keler, nur eine Woche zuvor 817 Millionen Euro. Wo kommen da bitte die knapp 240 Millionen Euro Differenz her? Das müssen Sie mal erklären, vielleicht nachher.

(Ministerin Sigrid Keler:

Das sage ich. Das sage ich gleich.)

Ebenso haben Sie die Mehrausgaben in Höhe von 83 Millionen Euro für Sonder- und Zusatzversorgungssysteme als Begründung für diesen Nachtragshaushalt geliefert.

Werte Frau Keler, Sie sind schon im Jahre 2001 über 20 Prozent des Ansatzes bei den sozialen Sicherungen im Einzelplan 11 hinausgeschossen. Da waren Mehrausgaben von über 30 Millionen Euro zu verbuchen. Sie haben aber zugleich den viel zu geringen Ansatz 2001 einfach nach 2002 übertragen und wieder ist konsequenterweise Ihr Ansatz nicht im letzten Jahr aufgegangen. Ich will damit sagen, dass Sie hier einen besseren Informationsaustausch mit dem Bund anstreben sollten. Es kann doch nicht sein, dass Sie ständig die Ausgaben für soziale Sicherung, insbesondere für Erstattungen an den Bund für Zusatzversorgungssysteme, permanent unterveranschlagen. Die Entwicklung war doch großteils absehbar und Sie haben in keiner Weise darauf reagiert.

(Rudolf Borchert, SPD: Eben nicht, eben nicht in diesem Umfang.)

Das habe ich nicht verstanden.

(Rudolf Borchert, SPD:
Das war so nicht voraussehbar.)

Stattdessen bauen Sie jetzt riesige Personalverstärkungstitel auf. Sie heben absolut in Zahlen die Verstärkungsmittel um 55 Prozent im Zuge des Nachtragshaushaltes an, beim Personal allein um 750 Prozent, die dann auch nicht detailliert aufgeschlüsselt werden, sondern lediglich pauschal beschrieben werden. Wie viel nicht quantifizierbare Risiken lauern da eigentlich noch auf uns? Sie sparen in diesem Nachtragshaushalt energisch beim Personal im ministerialen Verwaltungsapparat und in den Landesbehörden und dann stellen Sie diese Einsparungen durch die Hintertür über den Einzelplan 11 wieder ein.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Aber Herr Rehberg hat gerade gesagt, wir sparen nicht genug Personal ein. Das verstehe ich nun wieder gar nicht. – Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS)

Aber die werden ja hintenherum wieder eingestellt über Personalverstärkungsmittel.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Über die Verstärkungsmittel müssen wir noch mal reden.)

Da haben wir noch einigen Klärungsbedarf. Das können wir ja vielleicht im Finanzausschuss noch mal klären.

Also Ihre Argumentation, dass Mehrausgaben bei den sozialen Sicherungen überraschend eingetreten sind, ist für uns wenig nachvollziehbar, weil die Entwicklung schon früher erkennbar gewesen ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich ein paar Sätze zum Haushaltsrechtsanpassungsgesetz verlieren. Hier sind neue Passagen enthalten, die von grundsätzlicher Bedeutung und Tragweite sind. Unter anderem sind unbegrenzte Vorgriffe auf Verpflichtungsermächtigungen in Teilen der Einzelpläne des Sozialministeriums, der allgemeinen Finanzverwaltung und beim Staatshochbau vorgesehen. Das zeigt doch erst einmal, dass bei vielen Ecken des Nachtragshaushaltes keine konzeptionelle Planung und finanzielle Absicherung vorliegen und das Finanzministerium deshalb auf die künftigen Verpflichtungsermächtigungen angewiesen sein wird.

Da durch diese Änderung die nach der Landeshaushaltsordnung notwendige Zustimmung der Finanzministerin bei über- und außerplanmäßigen Ausgaben bewusst umgangen werden soll, kündige ich an, dass die CDU im Finanzausschuss hier einen Vorbehalt geltend machen wird. Ein gesundes Maß an Kontrolle ist schon geboten, Frau Finanzministerin. Und wenn Sie das nicht machen, dann machen wir das. Und ich hoffe, dass die Koalitionsfraktionen das genauso sehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Zudem wollen Sie jetzt Stellen kapitelübergreifend in Anspruch nehmen können. Ich frage Sie, Frau Keler: Wo bleibt denn da die Kontrollfunktion des Parlaments? So einfach geht das doch nicht! Ihre Zustimmungspflicht nach der Landeshaushaltsordnung wird einfach über Bord geworfen und der Finanzausschuss spielt für Sie gar keine Rolle mehr!

(Ministerin Sigrid Keler: Doch!)

Es ist zwar gerade die Jahreszeit für Narren, Frau Finanzministerin, aber deshalb können wir doch nicht einfach eine generelle Narrenfreiheit schaffen wollen. Auch hier ist ausdrücklich das Parlament wieder mit ins Boot zu nehmen. Eine Unterrichtung des Finanzausschusses bei Stellenumschichtungen ist doch wohl geboten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt will ich noch auf einige geplante Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes eingehen. Die Fixierung einer konkreten Regelung von Finanzausgleichszahlungen im Zuge des Konnexitätsprinzips ist grundsätzlich im Interesse aller Beteiligten, insbesondere der Kommunen, zu begrüßen. Die Kommunen haben ein Recht darauf, vom Land Geld zu erhalten, wenn sie für diese staatliche Aufgaben vor Ort übernehmen.

(Gabriele Schulz, PDS: Deswegen steht es ja in der Landesverfassung.)

Ja, da haben sie ein gutes Recht.

Sie beziehen sich bei Ihrem Änderungsvorschlag ausdrücklich auf die Regelungen in der Kommunalverfassung. Da steht drin, dass ein finanzieller Ausgleich zeitgleich mit der Aufgabenübertragung zu gewähren ist. Und was machen Sie? Sie berechnen zwar den finanziellen Ausgleich zeitgleich mit der Aufgabenübertragung, zahlen diesen aber erst im nächsten, wenn nicht gar aus haushaltsrechtlichen Gründen notwendig im übernächsten Haushaltsjahr aus. Das sind ganze zwei Jahre! Ich gehe in den nächsten Jahren davon aus, dass die Landesregie-

rung aufgrund der desolaten Haushaltslage ihre Zahlungsverpflichtungen so weit wie möglich zeitlich nach hinten verschieben wird. Ergo müssen die Kommunen zwei Jahre bei den ihnen übertragenen Landesaufgaben in Vorleistung gehen, ohne auch nur einen Cent dafür zu sehen.

Haben Sie sich einmal ausgemalt oder bei der Neuregelung berücksichtigt, wie das Gesetz nach Ihrer Verwaltungsreform funktionieren soll, wenn Sie diese Änderung beibehalten? Aktuell sind Ausgleichszahlungen in Höhe von rund 2 Millionen Euro per anno zu leisten.

(Angelika Gramkow, PDS: Das Verfahren haben die Kommunen so akzeptiert und unterschrieben. – Dr. Ulrich Born, CDU: Was bleibt ihnen denn anderes übrig?!)

Nehmen wir die in der SVZ dargestellten Vorschläge des Innenministers Timm vom Anfang November letzten Jahres

(Angelika Gramkow, PDS: Herr Born, Sie wissen mal wieder nicht, worüber Sie reden! – Glocke der Vizepräsidentin)

zur Aufgabenübertragung an die Kommunen im Zuge der Verwaltungsreform

(Angelika Gramkow, PDS: Frau Fiedler, Sie müssen sich das mal erklären lassen!)

mal als Grundlage für eine Beispielrechnung. Die Vorschläge sind im Übrigen bis heute von Ihnen nicht demontiert worden, Herr Innenminister. Denken wir positiv und streichen ein paar Vorschläge von Herrn Timm, dann führen wir einen optimistischen Abschlag auf die Statusquo-Ausgaben für die bisher vom Land geleisteten Aufgaben ein, die durch den Wegfall von Aufgaben und durch Kostenersparnis bei der Umsetzung der Verwaltungsreform entstehen. Und eh wir uns versehen, sind wir ganz schnell weit in einem dreistelligen Millionenbetrag, den die Kommunen aufzubringen haben, damit sie die Landesaufgaben übernehmen und ausfüllen können.

Ich frage Sie, Frau Keler: Wie soll das Ganze funktionieren, wenn die Kommunen hier zwei Jahre lang finanziell in Vorleistung gehen sollen, bevor das erste Geld vom Land als Ausgleich fließt? Darüber können wir ja auch noch mal sprechen. Haben Sie das bei Ihrer Änderung des Finanzausgleichsgesetzes berücksichtigt als Frage? Sieht so eine Definition von Konnexität aus?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was soll den Kommunen noch finanziell zugemutet werden? Sie haben mit Ihrem Nachtragshaushalt die fest zugesagten Zuweisungen von Investitionen an die Gemeinden außerhalb des Finanzausgleichsgesetzes in Höhe von 6,9 Millionen Euro komplett gestrichen. Wir haben es heute schon mehrmals gehört. Mecklenburg-Vorpommern gewährt den Kommunen ohnehin schon die geringste Zuweisung für Investitionen innerhalb des kommunalen Finanzausgleiches

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist exakt.)

zuzüglich Investitionszuweisungen aus Bundesergänzungszuweisungen im Vergleich mit den anderen neuen Ländern. In Mecklenburg-Vorpommern haben wir eine Quote von etwas mehr als 10 Prozent. Alle anderen Länder im Osten haben mindestens einen investiven Anteil von 15, Sachsen-Anhalt sogar einen Anteil von 25 Prozent.

(Angelika Gramkow, PDS: Zu Lasten der Schlüsselzuweisungen pro Kopf und Einwohner. Das sollten Sie immer dazusagen. – Gabriele Schulz, PDS: Das hätten Sie dazusagen sollen.)

Aus der Pro-Kopf-Sicht, wie Herr Rehberg vorhin schon betont hatte, sind das 77 Euro für jeden Landesbürger.

(Gabriele Schulz, PDS: Sprechen Sie mal mit Ihrer Gemeinde! – Angelika Gramkow, PDS: Was hält denn der Oberbürgermeister davon?)

Bei allen anderen Ländern sind es weit über 100 Euro pro Kopf.

(Gabriele Schulz, PDS: Fragen Sie mal Ihren Bürgermeister! – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wie wichtig die Schlüsselzuweisungen sind, sollte der Vorsitzende des Finanzausschusses der Hansestadt Greifswald doch wissen!)

Ja, wir können uns gerne noch darüber unterhalten.

Und Sie sagen, Frau Finanzministerin, dass die Kürzung der 6,9 Millionen Euro der einzige Beitrag der Kommunen zur Haushaltskonsolidierung sein soll. Wie sieht es denn wirklich aus?

Erstens. Sie haben doch den Ausgleich des Fehlbetrages aus 2002 zeitlich gestreckt. Der größte Ausgleichsbetrag kommt doch erst mit 163 Millionen Euro im nächsten Jahr.

Zweitens. Die weitere überplanmäßige Neuverschuldung ist absehbar. Die Mehrausgaben der verdreifachten Neuverschuldung aus diesem Jahr schlagen doch erst in den kommenden Jahren zu Buche.

Drittens. Sie kürzen ab dem nächsten Jahr die Infrastrukturpauschale um mehr als 56 Millionen Euro und bieten als Ausgleich schon vorhandene und genutzte Finanzierungsquellen an. Frau Keler, das ist doch einfach ein fauler Taschenspielertrick!

Und viertens. Sie lassen mit Ihrer Änderung des Finanzausgleichsgesetzes die Kommunen bei übertragenen Landesaufgaben zwei Jahre in Vorleistung gehen. Und es ist absehbar, dass diese Aufgaben in Zukunft erheblich anwachsen werden. Sie lassen so die Kommunen finanziell ausbluten und verschaffen sich auf Kosten dieser Kommunen Ihre Liquidität.

Das sind nur einige Punkte, die ich hier genannt habe und die finanziellen Konsequenzen werden wir schon im Doppelhaushalt 2004/2005 sehen. Für dieses Jahr lassen die Kommunen sich ganz galant mit 6,9 Millionen Euro an der Haushaltsmisere beteiligen, aber die wahren finanziellen Folgen kommen doch erst. Und dann, Frau Keler, ist mein Bedenken, werden Sie richtig zuschlagen. Dann kommen Sie mit dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz daher – wir haben heute schon gehört, den wollen wir nicht antasten – und werden die Kommunen kräftig zur Kasse bitten. Die Folge müsste zwangsläufig sein, dass wir das Insolvenzrecht auf staatliche Gebietskörperschaften einführen müssten.

(Angelika Gramkow, PDS: Das geht leider nicht nach dem Grundgesetz. Das geht nach dem Grundgesetz nicht.)

Müssten, habe ich auch gesagt.

Die Kürzung der investiven Zuweisungen schlägt sich bei uns in Greifswald in diesem Jahr mit einer Minderein-

nahme von 170.000 Euro nieder, genau 170.300 Euro. Dabei haben wir jetzt schon einen Sanierungsstau von mindestens 25 Millionen Euro, und das nur bei den Schulen. Wie sollen wir das eigentlich nach den bisherigen Plänen noch zusätzlich schultern können, wenn wir zehn Prozent der Kosten zur Einrichtung von Ganztagschulen übernehmen sollen? Darüber haben wir auch schon mal gesprochen.

(Angelika Gramkow, PDS: Sie müssen das nicht übernehmen. Sie müssen die 90 Prozent nicht nehmen. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Das werden wir ja sehen. Sie wollen doch die Ganztagschulen. Warum wollen Sie denn jetzt die Kommunen ausgrenzen, weil Sie sagen, sie müssen es nicht nehmen?

(Angelika Gramkow, PDS: Nee. – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wenn wir den Tunnel unter dem Ryck nicht bauen, haben wir schon Geld.)

Bauen wir ja nicht, haben wir ja schon gesagt.

Das, was die letzten vier Jahre in Berlin zur Thematik der Gemeindefinanzen passiert ist, ist doch der blanke Hohn! Bei der Reformkommission passiert nichts, aber auch gar nichts, und die ansatzweise Lösung des Problems der katastrophalen Finanzen können wir nicht sehen. Nach dem Grundsicherungsgesetz erhält Greifswald einen Bundeszuschuss, der nach ersten Schätzungen nur 20 Prozent der auferlegten Ausgaben deckt. Und ich glaube, das ist in allen anderen Kommunen auch so.

Es ist schon schlimm genug, dass uns diese Landesregierung in zunehmende finanzielle Bedrängnis bringt, aber was derzeit im Bund bei Rot-Grün geschieht, ist kein bisschen besser.

Sind Sie der Meinung, Frau Keler, dass Sie so sozialdemokratische Ziele verwirklichen können? Nicht im Ansatz, kann ich Ihnen sagen, aber das ist zum Glück nicht unser Problem.

Sie veranschlagen im Nachtragshaushalt bei der Gewerbesteuerumlage zusätzliche Einnahmen von 2 Millionen Euro. Exakt diese Summe haben wir bei uns in Greifswald für dieses Jahr als Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer angesetzt. Können Sie uns mal bitte erklären, auf welchen Annahmen Ihre Mehreinnahmen bei diesem Titel im Nachtragshaushalt basieren? Aus Greifswald kommen sie auf jeden Fall nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und wo wir schon bei Steuereinnahmen sind – da setzen Sie bei der Lohnsteuer Mehreinnahmen von 95 Euro an. Herr Rehberg hat vorhin nicht ganz genau die Position gesagt, aber wir hatten ja vorher 415 Millionen Euro im Ansatz und sind jetzt hochgegangen auf 510 Millionen Euro. Vielleicht haben Sie da eine Erklärung.

Wir haben im Januar bundesweit 4,6 Millionen Arbeitslose gehabt. In Mecklenburg-Vorpommern lag die Arbeitslosenquote bei 21,7 Prozent. Wer, bitte schön, zahlt denn Ihrer Meinung nach in diesem Jahr mehr Lohnsteuer? Wer soll denn für die Mehreinnahmen von 95 Millionen Euro sorgen? Die Hunderttausenden Arbeitslosen bei uns im Land werden es auf jeden Fall nicht sein.

Und was die angesetzten Mindereinnahmen bei der Umsatz- und Körperschaftssteuer angeht, da können wir leider nachvollziehen, das sind die Ergebnisse Ihrer

Finanz- und Wirtschaftspolitik der letzten vier Jahre in Land und Bund. Diese gravierenden Mindereinnahmen sind größtenteils hausgemacht und das haben Sie zu verantworten, Herr Ministerpräsident und Frau Finanzministerin!

Angesichts dieser Entwicklung lassen Sie leider viel zu wenig Vorsorge und Gegensteuern erkennen. Ihr Nachtragshaushalt ist doch keine Antwort auf die finanzielle Misere in unserem Land! Fangen Sie doch einmal bei sich im Landeshaushalt richtig an zu sparen, da, wo noch genügend Luft und der Staat zu aufgebläht ist! Und Luft ist an vielen Ecken vorhanden. Bei den sächlichen Verwaltungskosten, haben wir ja heute schon gehört, gibt es ja scheinbar Konsens, diese einzusparen. Beim Staatshochbau schieben Sie Reste aus 2001 und 2002 von mindestens 50 Millionen Euro vor sich her. Da kürzen Sie durch die Streckung von Maßnahmen circa 10 Millionen Euro.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Hier ist es doch eher sinnvoll, die Reste bei investiven Titeln so schnell wie möglich abzubauen oder frei werden- de Restmittel umzuschichten, hin zu einer gezielten Investitionsförderung. Beispielsweise können Sie damit den Kommunen Investitionskürzungen von 6,9 Millionen Euro ersparen.

Ihre Sparpolitik – ein bisschen hier, ein bisschen da – bringt Sie doch nicht wirklich voran. Da werden Einsparpotentiale nicht erschlossen, die die Verantwortung und Funktionsfähigkeit des Staates in keiner Weise beeinträchtigen würden. Sehr geehrte Frau Finanzministerin, ich vermisste bei Ihrem Nachtragshaushalt klare Prioritäten, die unser Land dringender als je zuvor braucht. Investive Mittel müssen wesentlich dominanter eingesetzt werden. Ohne strategische Investitionen wird unser Land nie auf die eigenen Beine kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich kann hier nur auf ein vernünftiges und strukturelles Umdenken beim nächsten Doppelhaushalt hoffen. Dazu gehört auch ein verschärftes Spardenken. Es ist in der heutigen angespannten Finanzsituation ein verantwortungsloses Handeln, Sparpotentiale im Landeshaushalt einfach zu ignorieren. Einsparungen sind nie einfach und in der Regel schmerzhaft, aber ich hoffe, dass wir in den anstehenden Ausschussberatungen gemeinsam einen soliden und dem Ernst der Lage angepassten Nachtragshaushalt mit nachhaltigen Sparmaßnahmen erarbeiten werden. Auf meine Unterstützung können Sie rechnen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Liskow.

Als Nächstes hat noch einmal um das Wort gebeten die Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Keler. Bitte schön, Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Ministerin Sigrid Keler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Lieber Herr Liskow, Sie haben eine Menge von Fragen gestellt, die darauf schließen lassen, dass Sie sich im Haushaltsplan des Landes noch nicht so gut auskennen.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Viele dieser offenen Punkte, denke ich, können wir im Finanzausschuss beraten, aber vorweg lassen Sie mich mal zu einigen noch kurz Stellung nehmen.

Sie haben da gesagt, wir hätten den Nachtragshaushalt durchgepeitscht. Herr Liskow, wir haben ihn aufgestellt, die Landesregierung, in einer kurzen Frist. Da möchte ich mich hier bei all meinen Kollegen bedanken.

(Beifall Volker Schlotmann, SPD)

Und heute bringen wir ihn ein. Jetzt ist er praktisch in Ihrer Obhut

(Volker Schlotmann, SPD: In unserer, in unserer!)

und Sie können damit machen, was Sie wollen. Aber bitte nehmen Sie Rücksicht auf die Wirtschaft im Lande! Das ist das Erste.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das Zweite, Herr Liskow, Sie sind eben neu hier. Ich war fünfeinhalb Jahre Finanzausschussvorsitzende. Wenn ich Ihnen sage, unter welchen Bedingungen wir damals Nachtragshaushalte bekommen haben und wie das damals gelaufen ist, dann sind wir jetzt doch ein ganzes Stück weiter und haben da wesentlich solidere Bedingungen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Im November habe ich hier, Herr Liskow, ausgiebig über den Haushaltsverlauf des Jahres 2002 berichtet, habe Ihnen auch den Nachtragshaushalt angekündigt für das Jahr 2003. Wenn Sie jetzt sagen, warum haben Sie denn nicht schon im Frühjahr einen Nachtragshaushalt aufgestellt, kann ich Ihnen nur sagen, dann schauen Sie sich doch mal Ihre CDU-geführten Länder an!

(Gesine Skrzepski, CDU: Oh!)

Es hat nämlich keinen Nachtragshaushalt gegeben. Das erste Land, das dann einen Nachtragshaushalt aufgestellt hat, war Sachsen-Anhalt, weil es eine neue Regierung hatte. Sie haben das bei der Maisteuerschätzung des Jahres 2002 gemacht und müssen jetzt kräftig nachsteuern. Also, Herr Liskow, bleiben wir auf dem Teppich! Von verträumten Wachstumsprognosen, kann ich nur sagen, können Sie nichts wissen!

Beim Haushalt 2001 hat mich Herr Riemann an dieser Stelle damals beschuldigt, ich hätte bei den Einnahmen gemauert, um bei den Ausgaben meine Ressortkollegen mehr knebeln zu können. Das können Sie nachlesen. Der Abschluss 2001 war übrigens eine Punktlandung. Das war der beste Haushalt, den hat man wahrscheinlich nur einmal in seiner Karriere, so einen Haushaltsabschluss.

Aber das Jahr 2002 ist ein Ausnahmejahr gewesen, das sagen alle, und hat ja alle gleichmäßig getroffen, ob Schwarz, ob Rot oder sonst wie. Und, Herr Liskow, es kam vorhin schon der Zwischenruf von Frau Gramkow, die Wirtschaftsgurus haben uns eigentlich immer Prognosen gegeben, auf die wir aufgesetzt haben. Wir haben hier keine eigenen Rechnungen gemacht, sondern es gibt eine Steuerschätzung, dann gibt es eine Regionalisierung. Und bei der Regionalisierung gehen wir erfahrungsgemäß noch ein Stück vorsichtiger ran. Trotzdem haben wir das also nicht geschafft. Jetzt, für 2003, haben wir noch einmal Vorsorge getroffen in Höhe von 37 Millionen Euro. Ob es reichen wird oder nicht – ich habe es vorhin gesagt, die

Irak-Krise ist das Unkalkulierbare dabei und wir müssen abwarten. Aber wir können jetzt nicht hier irgendwie auf etwas aufbauen, wo keine gesicherten Unterlagen sind.

Dann haben Sie gefragt – das will ich hier gleich erklären, damit da nicht etwas hängen bleibt – nach der aufgeworfenen Differenz zwischen dem BMF, der Abrechnung des Bundesfinanzministeriums, und Mecklenburg-Vorpommern. Das BMF hat die reinen Kassenzahlen per 31.12.2002 berücksichtigt, wir haben noch zu erwartende EU-Einnahmen für das Jahr 2002 da mit drin.

Personalverstärkungsmittel, weil Sie uns da auch etwas unterstellen wollen, hängen eben jetzt tatsächlich damit zusammen, dass wir mit dem Nachtragshaushalt bei den Ressorts auf die Personalbudgetierung umgestellt haben.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und die 93 Millionen Euro Verstärkungsmittel sind in erster Linie die Mittel, die wir für den Tarif angesetzt haben. Die werden dann umgesetzt. In der Gesamtsumme der Personalausgaben sind natürlich die 93 Millionen mit drin.

Lohnsteuereinnahmen, weil Sie uns da auch irgend etwas unterstellen wollen, ...

(Egbert Liskow, CDU: Fragen sind das!)

Fragen, okay, dann antworte ich Ihnen jetzt. Wir haben erstens damals beim Ursprungshaushalt die zweite Stufe der Steuerreform berücksichtigt. Die ist ja nun verlegt worden aufgrund der Flut. Wir haben zweitens das Ist von 2002 berücksichtigt. Das war um 74 Millionen Euro über dem Ansatz. Und wir haben jetzt drittens die Regionalisierung ganz exakt genommen. Also in diesem Fall ist es hier tatsächlich so, hier kommen zwei Komponenten zusammen. Wir hatten 2002 ein höheres Ist und wir haben 2003 nicht die zweite Stufe der Steuerreform.

Bei den sächlichen Verwaltungsausgaben, meine Damen und Herren – ich glaube, ich habe das bei dem Doppelhaushalt schon einmal ausführlich dargestellt, ich will es jetzt hier noch einmal tun, damit wir keine falschen Legenden bilden –, haben wir zwischen 1998 und 2003 eine Erhöhung um 41 Millionen Euro gehabt. Wenn man sich die aber einmal genau ansieht, dann sind 26 Millionen Euro darauf zurückzuführen, dass die Mieten vom BBL – das ist buchungstechnisch damals vorgenommen worden – jetzt bei den 5er Titeln mit dabei sind, und 11 Millionen Euro Gerichtskostenenerhöhung, da können wir gar nichts dafür, sind leider Gottes eine Position, die seit Jahren ständig im Steigen ist. Wir haben außerdem noch in den letzten Jahren verstärkt Autos und PCs gekauft anstelle dessen, wo sie im investiven Bereich gewesen wären, und jetzt auf Leasing umgestellt. Auch das spielt hier mit rein.

Wenn man sich mal die Zahlen ansieht, so haben wir von 1998 bis 2003 praktisch keine Erhöhung der sächlichen Verwaltungsausgaben im üblichen Sinn. Also wir haben schon kräftig konsolidiert, das können Sie mir glauben!

Auch die Haushaltssperre im letzten Jahr hat hier nach unserer Meinung gezogen, die 45 Millionen Euro, die dann im Dezember sind. Wir haben jedes Jahr einen Anstieg im Dezember, aber das liegt auch im großen Umfang mit daran, dass alle 5er-Bautitel dann abgerechnet werden und praktisch im Dezember so reinfallen.

Und jetzt, es hat mich ein Stück geärgert, was Sie gemacht haben in Bezug auf den kommunalen Finanzaus-

gleich, wenn ein Land wie Mecklenburg-Vorpommern die Steuermindereinnahmen des Jahres 2002 bei den Kommunen nicht gegenrechnet. Da habe ich vorhin gesagt, das sind 140 Millionen Euro, die die Steuermindereinnahmen des Jahres 2003 in Höhe von 105 Millionen Euro nicht gegenrechnen. Und Sie sagen dann, wir würden uns auf Kosten der Kommunen hier zusätzliche Liquidität beschaffen. Herr Liskow, genau umgedreht ist es, wir halten die Kommunen frei

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

und haben dadurch eine höhere Kreditaufnahme. Also wir sollten doch wenigstens hier in dem Haus, wo wir für das Land Verantwortung tragen, auch erst einmal das im Landesinteresse sehen!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben für die Kommunen Verantwortung.)

Sie können dann natürlich Ihre kommunale Brille aufsetzen, wenn Sie in Greifswald sind. Aber bitte, hier müssen wir das erst einmal so sehen!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben auch für die Kommunen Verantwortung.)

Wir haben auch eine Verantwortung und es nützt dem Land nichts, wenn die Kommunen schwach sind. Umgedreht nützt es aber auch den Kommunen nichts, wenn das Land schwach ist. Deshalb glaube ich schon, dass das, was wir gemacht haben, ein sehr fairer und sehr großzügiger Teil ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Leider ist Herr Rehberg jetzt nicht im Saal. Ich habe jetzt schon des Öfteren immer wieder mitbekommen, dass die CDU ein Personalentwicklungskonzept vorschlägt, ich weiß aber nicht, was eigentlich dahinter steht. Unser Lehrpersonal-konzept garantiert, dass kein Lehrer und keine Lehrerin aufgrund von Bedarfsänderungen gekündigt werden kann. Das ist eine sehr, sehr großzügige Leistung. Und das ist eine Entscheidung gewesen, die vor Jahren getroffen worden ist und die den Lehrern dieses Landes eigentlich eine große Sicherheit gibt.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Udo Timm, CDU)

Ich würde gerne einmal wissen, wie die CDU ihr Lehrerentwicklungskonzept aufbaut unter Beachtung des drastischen Schülerrückgangs. Also da müssen Sie das jetzt schon einmal auf den Tisch legen und dann wollen wir doch einmal sehen, was los ist.

Und lassen Sie mich zum Schluss noch sagen, ich habe es ja von Herrn Liskow wieder gehört und auch von Herrn Rehberg: Er will nicht bei den Kommunen sparen, er will nicht bei den Lehrern sparen, er will nicht bei der Schuldnerberatungsstelle sparen, er will nicht bei den Investitionen kürzen. Ja, bitte schön, wo soll es dann herkommen? Sie haben es heute wieder nicht gesagt! Bei den sächlichen Verwaltungsausgaben, Herr Liskow, schaffen wir es nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Renz?

Ministerin Sigrid Keler: Aber ja, jetzt geht es.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Bitte schön.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Ministerin! Sie referieren immer sehr lange und ausgiebig über die Ausgaben. Mich würde einmal ganz konkret interessieren, Sie haben das zumindest angedeutet, dass die Einnahmeseite ein Riesenproblem darstellt, sagen Sie doch mal ganz konkret, auch für den Bürger verständlich, vielleicht drei Punkte, wenn es machbar ist: Wie wollen Sie als Landesregierung die Einnahmeseite verbessern?

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter, Sie müssten schon stehen bleiben!

Torsten Renz, CDU: Ja, ich bin neu.

Ministerin Sigrid Keler: Lieber Herr Renz, Entschuldigung, ich hatte vorhin Ihren Namen noch nicht parat. Mecklenburg-Vorpommern hat etwa nur knapp 50 Prozent seines Steueraufkommens. Nein, so muss ich anfangen: Die Steuereinnahmen des Landes werden nur durch etwa 50 Prozent des Steueraufkommens im Land gedeckt. Alles andere bekommen wir über den Länderfinanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen. Zusätzliche Mittel bekommen wir von der EU.

Wenn Sie jetzt glauben, dass wir durch zusätzliches Wirtschaftswachstum im Lande die Steuereinnahmen drastisch erhöhen können, dann muss ich Sie ein bisschen enttäuschen. Sie haben das ja mitbekommen, der Ministerpräsident hat vorhin die Zahlen gesagt. Die Einnahmen oder das Aufkommen im Lande Mecklenburg-Vorpommern lagen im Jahre 2002 um 3,8 Prozent über dem Ist des Jahres 2001 und trotzdem haben wir am Ende 8,3 Prozentpunkte weniger gehabt. Das bedeutet, wir sind insgesamt im großen Länderfinanzausgleich und im Verbund mit drin. Wir werden also dieses Steueraufkommen nur verbessern, wenn insgesamt in Deutschland die Wirtschaftskonjunktur ansteigt. Und wir wissen ja jetzt schon mal, dass nicht Deutschland allein ausreicht, sondern dass das ein europäischer Punkt ist. Deshalb muss ich Sie enttäuschen, wenn Sie glauben, wir könnten hier im Land unsere Einnahmen auf einen Schlag drastisch erhöhen. Hier sind wir im Geleitzug der anderen Länder und des Bundes und können uns leider nicht ausklinken.

Torsten Renz, CDU: Darf ich nachfragen? (Zustimmung)

Frau Keler, es geht nicht darum, was ich glaube. Es geht darum, was die Landesregierung unter der Führung eines Ministerpräsidenten – an der Seite die Finanzministerin –, was Sie gedenken zu tun. Da sind Sie mir die Antwort schuldig geblieben. Was gedenken Sie konkret zu tun, um die Einnahmeseite zu verbessern?

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

Denn ich sage Ihnen voraus, wenn Sie nur an der Ausgabe-seite herumdoktern, dann fahren wir gegen die Wand.

Ministerin Sigrid Keler: Herr Liskow,

(Reinhard Dankert, SPD, und Volker Schlotmann, SPD: Herr Renz!)

vielleicht können Sie sich mal nicht mehr so hinstellen, das wäre schon ganz schön für mich.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Frau Ministerin, das ist der Abgeordnete Herr Renz.

Ministerin Sigrid Keler: Ach so, Entschuldigung. Herr Renz, vielleicht wäre es mir gegenüber ein bisschen höflicher. Aber gut, das ist eine andere Frage.

Torsten Renz, CDU: Ich weiß jetzt gar nicht, wie ich stehen soll.

Ministerin Sigrid Keler: Ich habe gerade etwas zur Einnahmeseite gesagt. Ich habe Ihnen aber auch heute ausgiebig dargelegt, dass wir ja gerade unsere Investitionen auf sehr hohem Niveau lassen, dass wir gerade in dem Bereich alles tun werden, um zusätzliche Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt zu schaffen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

damit es dann weitere Einnahmeerhöhungen gibt. Ich habe Sie darauf hingewiesen, dass wir hier im Verbundsystem sind und wir durchaus von der deutschlandweiten Konjunktur und von der europäischen Konjunktur abhängig sind.

(Volker Schlotmann, SPD: Das will der Herr Kollege nicht verstehen.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Ministerin.

Als Nächstes hat das Wort der Umweltminister des Landes Herr Professor Dr. Methling. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass es uns, das heißt dem Umweltminister und seiner Kollegin Frau Finanzministerin Keler, gelungen ist, ein Sondervermögen aufzulegen, das ökologischen Zwecken dient und zugleich wirtschaftliche Anreize schafft – das Sondervermögen zur Sanierung ökologischer Altlasten im Lande Mecklenburg-Vorpommern. Die Voraussetzung für die Schaffung des Sondervermögens war der nach schwierigen und – wie Sie sich denken können – auch lang andauernden Verhandlungen erfolgte Abschluss eines Generalvertrages „Altlastenpauschalierung“ vom 20. Dezember 2002 mit der BvS, der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben.

Die Altlastenpauschalierung hat einen gleichermaßen wirtschaftlichen wie ökologischen Ansatz. Investitionen können auf den Grundstücken vollzogen werden, sie können von den Kosten der Altlastensanierung nach dem Umweltrahmengesetz des Jahres 1991 öffentlich-rechtlich freigestellt werden, wenn die schädlichen Umweltverunreinigungen vor dem 1. Juli 1990, vor der Deutschen Einheit, entstanden sind und wenn – das ist die wesentliche Bedingung – mit diesen Grundstücksinvestitionen Arbeitsplätze geschaffen werden. Es geht also hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, um Investitionen, es geht um Arbeitsplätze, die daraus resultieren, und es geht um Umweltschutz im Lande. Ich könnte auch sagen, es geht um Nachhaltigkeit.

Ableitend aus diesem Gesetz, auch bekannt als Investitionshemmnisbeseitigungsgesetz, haben sich der Bund und die neuen Bundesländer im Rahmen eines Verwaltungsabkommens am 1. Dezember 1992 darauf verständigt, die Kosten bei einer Freistellung von Unternehmen im Bereich der Treuhandanstalt im Verhältnis von 60:40 zu teilen, verringert um einen Eigenanteil der Investoren. Dieses Verwaltungsabkommen wurde 1995 fortgeschrieben.

In den Verhandlungen mit der BvS ist es mir zunächst um eine gründliche Aufarbeitung der gesamten Risikolage gegangen. Deshalb dauerten die Verhandlungen zwei Jahre, in enger Abstimmung mit dem Finanzministerium,

wie gesagt. In diesen zwei Jahren wurden die betreffenden Grundstücke, die Belastungen, die Sanierungsrisiken und die voraussichtlichen Kosten von beiden Seiten eingehend begutachtet und bewertet. Ende vergangenen Jahres konnten die Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden. Der von mir unterzeichnete Generalvertrag über die Pauschalierung vom 20. Dezember 2002 und der dazu gehörende Kauf- und Abtretungsvertrag über einen Geschäftsanteil liegen Ihnen als Anlage zu dem Gesetzentwurf vor.

Der Bund zahlt danach an das Land einen Betrag von 90 Millionen DM, entsprechend 46 Millionen Euro, zweckgebunden für Altlasten- und Grundstückssanierungen auf ehemaligen Treuhandliegenschaften im Lande. Dieser Betrag, das muss ich hinzusagen, ist als Erfolg zu werten. Die BvS war nämlich zunächst auch nach langwierigen Gesprächen nicht bereit, mehr als 76 Millionen DM zu zahlen. Wir haben dann in den Jahren 2001 und 2002 schwierige Nachverhandlungen geführt, jeweils kurz vor Weihnachten. Im Jahr 2001 habe ich mit dem Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Gespräche geführt, das hat zu einer Anhebung der Summe auf 85 Millionen DM geführt. Wir haben im vergangenen Jahr, vor allen Dingen durch die Finanzministerin und durch den Ministerpräsidenten, erwirkt, eine Erhöhung auf 90 Millionen DM zu erreichen.

In der Vergangenheit hat sich die gemeinsame Finanzierung des Bundes mit dem Land als nicht immer zielführend erwiesen. Der Zeitraum bis 1994 war gekennzeichnet von einer etwa gleichen Interessenlage bei beiden Partnern hinsichtlich der Beseitigung von Altlasten als einem Investitionshemmnis. Die Treuhandanstalt beziehungsweise BvS wollte Unternehmen privatisieren und das Land die wirtschaftlichen Aktivitäten der Investoren unterstützen. Etwa ab 1995 endete der Privatisierungsboom und der Bund bemühte sich, seine Verpflichtungen aus dem Verwaltungsabkommen zu minimieren. Der Abstimmungsprozess gestaltete sich daher zunehmend schwierig, kompliziert und zeitaufwendig, weil das Einvernehmensprinzip bis hin zum Detail gegolten hat. Kurzum, er stellte mehr und mehr ein Investitionshindernis und keine Beseitigung von Investitionshindernissen dar.

Das Land war verpflichtet, eine Maßnahme mit 100 Prozent vorzufinanzieren. Der Bund trat mit seinem Anteil von 60 Prozent erst dann in die Refinanzierung ein, wenn er sämtliche Voraussetzungen des Umweltrahmengesetzes und des Verwaltungsabkommens erneut und eigenständig geprüft hatte. Die Kooperationsbereitschaft auf Seiten des Bundes blieb hier aus und war zurückzuführen auf finanzielle Erwägungen, die hinter den Erwartungen des Landes aber in jedem Falle zurückblieben.

Um dieses Hemmnis zu beseitigen und die Altlastensanierung sowie die Finanzierung in eigener Regie betreiben zu können, hat sich die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern als drittes Bundesland nach Thüringen und Sachsen-Anhalt entschlossen, die 60-prozentige Refinanzierungsverpflichtung des Bundes durch Zahlung eines Pauschalierungsbetrages abzulösen. Diese Mittel können fortan zweckgebunden und steuergünstig über ein Sondervermögen vom Land allein eingesetzt werden. Erst im Verlaufe des Sanierungszeitraumes, der sich wahrscheinlich über zehn Jahre erstrecken wird, führt das Land seine Kofinanzierungsanteile zu.

Der Gesetzentwurf ist Ihnen im Artikel 6 des Haushaltsanpassungsgesetzes 2003 vorgelegt. Auf Seite 17 der

Drucksache finden Sie den Gesetzentwurf, die entsprechenden Anlagen finden Sie auf den nachfolgenden Seiten. Diese Systematik der Einordnung des Gesetzentwurfes in das Haushaltsanpassungsgesetz ist auf die Landeshaushaltsordnung zurückzuführen. Inhaltlich geht es selbstverständlich um ein Gesetz, das ökologischen Zielen dient und Zuständigkeiten hat. Mit Zustimmung zu dem Gesetzentwurf wird das Land daher ein Mehr an Handlungsfreiheit und Gestaltungsraum zur Verfolgung ökologischer und ökonomischer Ziele gewinnen.

Auf die Einzelheiten des Gesetzes und der Verträge möchte ich an dieser Stelle nicht näher eingehen, Sie können dieses auch den Begründungen entnehmen. Sie werden bemerkt haben, meine Damen und Herren, dass die Pauschalierung entgegen ihrem Wortlaut nicht lückenlos und abschließend ist, weil es dem Land gelungen ist – und dieses ist in diesem Fall ein Vorteil –, eine Nachverhandlungsklausel durchzusetzen, eine Nachverhandlungsklausel, die es möglich macht, auf der Basis von Kostenschätzungen und tatsächlichen Erhebungen dann Nachrechnungen vorzunehmen. Kosten beziehungsweise Erhebungen, die dort getätigt worden sind, die dann belegen, dass wir größere Aufgaben haben, als vereinbart war, können dann noch geltend gemacht werden. Im Übrigen gibt es eine Gleichstellungsklausel, die uns davor schützt, dass wir schlechter gestellt werden als die anderen Bundesländer. Dieses spielte bei den Verhandlungen auch eine wesentliche Rolle.

Mancher von Ihnen wird sich fragen, warum es nötig war, in diesem Zusammenhang eine BvS-Gesellschaft zu übernehmen, eine Gesellschaft, die über die Altlastengrundstücke verfügt. Wir haben dafür eine Ablösesumme zahlen müssen, die Sie den Unterlagen entnehmen können. 25.000 Euro hat uns diese Gesellschaft gekostet. Ich darf Ihnen sagen, wir hätten auch lieber den Pauschalierungsvertrag genommen und die Gesellschaft beim Bund gelassen. Dies war in den Verhandlungen, in denen wir unterstützt wurden von den Fachleuten des Finanzministeriums, nicht durchsetzbar. Der Bund ging in allen neuen Bundesländern gleichermaßen vor und fasste die altlastenverdächtigen Grundstücke aus dem TLG- und dem BVVG-Bestand in regionalen Sanierungsgesellschaften zusammen. Aus seiner Sicht wäre die Pauschalierung daher nur Stückwerk, wenn diese Verpflichtungen beim Bund verbleiben würden. Für das Land kam es daher in den Verhandlungen vor allen Dingen darauf an, das Sanierungsrisiko dieser Grundstücke möglichst lückenlos abzuschätzen und einen ausreichend hohen Abgeltungsbetrag auszuhandeln.

Ich habe darüber hinaus großen Wert darauf gelegt, dass die vom Land zu übernehmende Gesellschaft GSN frei von Personal und bilanziellen Altverpflichtungen ist. Dieses Ziel ist erreicht worden. Ich verweise in diesem Zusammenhang unter anderem auf die Eigenkapitalgarantie der BvS zum Übernahmestichtag 1. Januar 2003. Beide Verträge, der Generalvertrag und der Abtretungsvertrag über den Geschäftsanteil der GSN, werden im Falle der Zustimmung durch das Hohe Haus rückwirkend zum Stichtag in Kraft treten. Das Land verfügt seit dem 1. Januar 2003 bereits über Mitspracherechte in der GSN und damit über sämtliche zur Beurteilung der Gesellschaft notwendigen Kenntnisse. Wir kaufen also, wenn ich das mal so sagen darf, die Katze nicht im Sack, sondern wissen ganz genau, was in diesem Unternehmen behandelt worden ist.

Die Bewirtschaftung des Sondervermögens, meine Damen und Herren, wird durch das Umweltministerium

geschehen. Sie soll in enger Zusammenarbeit mit den nachgeordneten Dienststellen und der in meiner Beteiligungsverwaltung stehenden GAA, Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Altlasten, erfolgen. Im Übrigen hat dann diese GAA endlich auch mal einen Altlastensanierungsauftrag. Darüber hinaus verspreche ich mir Kostensenkungen durch eine enge Zusammenarbeit mit der im Lande für die allgemeine Liegenschaftsverwaltung zuständigen Stelle, dem Betrieb für Bau und Liegenschaften, BBL.

Im Ergebnis, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird das Land der Wirtschaft zukünftig als alleiniger und, ich denke, kompetenter Ansprechpartner für die Sanierung zur Verfügung stehen, soweit es um Altlastengrundstücke aus dem ehemaligen Treuhandbestand geht und durch Schaffung von Arbeitsplätzen die Voraussetzungen für eine öffentliche Freistellung erfüllt werden.

Ich darf Sie bitten, meine sehr geehrten Damen und Herren, dem Gesetzentwurf der Landesregierung zu folgen und ihn antragsgemäß an die Ausschüsse zu überweisen. In den Beratungen im Umweltausschuss – und wenn Sie wollen, auch in anderen Ausschüssen – will ich gerne auf Fragen eingehen, die ich hier nicht beantwortet hatte. Die Verträge sind sozusagen schwebend unwirksam. Die endgültige Inkraftsetzung geschieht dadurch, dass Sie dieses Gesetz annehmen. Darum bitte ich Sie herzlich, damit wir den Verträgen dann auch Geltung verschaffen können und somit Günstiges für unser Land bewirken. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Als Nächster hat das Wort Herr Borchert von der Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Rudolf Borchert, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung legt heute im Parlament einen schwergewichtigen Nachtragshaushalt vor, 3 Kilo, 200 Gramm. Einige haben wir hier noch liegen.

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Hast du das auch richtig nachgemessen?)

Er ist aber nicht nur vom Gewicht her bedeutend und schwer, er ist natürlich auch vom Inhalt sehr bedeutend. Unabweisbare Mehrbedarfe und Steuermindereinnahmen in nicht geahnten Größenordnungen zwingen uns zu diesem Nachtrag.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bereits im Herbst letzten Jahres war grundsätzlich die Notwendigkeit eines Nachtragshaushalts für 2003 aufgrund sich abzeichnender dramatischer Steuerausfälle und unabwiesbarer Mehrausgaben in Größenordnungen erkennbar, allerdings eine Entwicklung, die wir bei der Aufstellung des Doppelhaushalts für 2002/2003 im Herbst 2001 natürlich überhaupt noch nicht voraussehen konnten.

Wie hat sich nun die Einnahmesituation in den letzten Monaten konkret entwickelt? Als Erstes die Steuermindereinnahmen aufgrund der Steuerschätzung vom November letzten Jahres für das Jahr 2003 in Höhe von 371 Millionen Euro. Dazu kommt dann durch eine korrigierte Schätzung des Bruttoinlandsproduktes für 2003 von bisher 1,5 Prozent Annahme auf 1,0 Prozent eine weitere

Steuereinnahmever schlechterung von 37 Millionen Euro. Herr Liskow hat in dem Punkt sicherlich Recht, wenn Experten jetzt davon ausgehen, dass es sich abzeichnet, dass weitere Steuermindereinnahmen mindestens in Größenordnungen von 2,5 Milliarden Euro sich im Mai bestätigen werden, dann macht es sicherlich die Dramatik der Situation noch einmal außerordentlich deutlich.

Hinzu kommt dann noch der Haushaltsfehlbetrag in Höhe von 283 Millionen Euro aus dem Jahre 2002, der nach Paragraph 25 der Landeshaushaltsordnung den folgenden zwei Jahren zugeordnet wird. Und dieser Fehlbetrag belastet das Jahr 2003 zusätzlich noch einmal mit 120 Millionen Euro. Die Gesamtsumme aller Einnahmever schlechterungen beträgt 528 Millionen Euro – eine außerordentlich dramatische Situation.

Wie werden sich nun die unabwiesbaren Mehrbedarfe entwickeln? 34 Millionen Euro Zusatzforderungen von Rentnern aus DDR-Zeiten, 32 Millionen Euro Personalausgaben und andere durch Tarifabschluss bedingt, obwohl durch Abbau von 1.000 Stellen bereits 43 Millionen Euro eingespart wurden. Weitere Veränderungen beziehungsweise Verschlechterungen ergeben sich bei Wohngeld, überörtliche Sozialhilfe, Gerichtskosten, Werftenhilfe auch noch einmal in Höhe von ungefähr 51 Millionen Euro, so dass wir insgesamt Mehrbedarfe haben von 117 Millionen Euro. Mindereinnahmen, Mehrbedarfe, beides zusammen ergibt somit für den Nachtragshaushalt eine Haushaltsverschlechterung von insgesamt 645 Millionen Euro. 645 Millionen Euro fehlen.

Wie löst man dieses Problem, Herr Rehberg, meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU – einige sind ja noch da –,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Wenige, sechs. –
Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

wie löst man solch ein Problem? Wenn einem 645 Millionen Euro fehlen, Herr Caffier, wie löst man dieses Problem? Normalerweise gibt es drei Möglichkeiten: Sparen, kürzen auf der Ausgabenseite ist das eine. Das Zweite ist, man denkt sehr intensiv, wie zum Beispiel die Anfrage von Herrn Renz es gezeigt hat, über Einnahmen nach. Wenn sowohl Ausgabenreduzierung und Einnahmeerhöhung insgesamt nicht reichen, muss man drittens gezwungenermaßen Kredite aufnehmen, sprich Schulden machen. Das ist das normale Einmaleins der Finanzpolitik.

Als Erstes zu den Ausgabenreduzierungen, sprich Sparmaßnahmen. Sie sind unpopulär, sehr schmerzhaft und ich befürchte, auch kaum in dieser Größenordnung von 74,7 Millionen Euro zu verhindern. Die Streichliste sieht unter anderem vor, bei den Landesprogrammen 24 Millionen Euro zu kürzen, Frauenhäuser, soziale Beratungsdienste der Wohlfahrtsverbände, Kulturförderung, Musikschulen, Naturschutz – Tabus gibt es nicht mehr –, Wohnungsbau, Landeshochbau 20 Millionen Euro, sächliche Verwaltungsausgaben 15 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren von der CDU, wo würden Sie denn kürzen? Und jetzt bitte mal zu den Vorschlägen von Herrn Rehberg.

1. Reduzierung der Ministerien, Abteilungen

Das ergibt Einsparungen, wenn überhaupt, spitzgerechnet von 2 Millionen Euro. Über die Sinnhaftigkeit wurde hier schon einiges gesagt. Ich glaube, alle, die davon etwas verstehen, sagen richtigerweise, lässt uns

das verbinden mit der angekündigten Verwaltungs- und Strukturform zu einem richtigen Zeitpunkt. In einen richtigen Zusammenhang gesetzt sollte man dieses zumindest nicht ausschließen. Das bringt uns aber für 2003 keinen müden Euro.

2. Abschaffung ÖBS, GAP

Die Arbeitslosenzahlen in Anklam belaufen sich momentan auf 31,5 Prozent. Das ist der Spitzenreiter in Deutschland, nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, das ist ja klar. Was bedeutet es, ÖBS und GAP zu streichen? Das heißt zusätzliche Arbeitslose. Das heißt Zerstörung von sozialer Infrastruktur. Das heißt in Anklam und in anderen Städten unseres Landes, auch geführt von CDU-Bürgermeistern, ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Es ist für mich unbegreiflich, wie man solche Vorschläge unterbreiten kann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Ich kann mir auch gar nicht vorstellen, dass CDU-Kommunalpolitiker solche Vorschläge gut finden. Das kenne ich aus dem Landkreis Müritz ganz anders. Da sind CDU-Bürgermeister froh, wenn sie mal eine ABM-Planstelle bekommen.

(Lorenz Caffier, CDU: ÖBS
ist nicht dasselbe wie ABM.)

Nicht wahr, Dieter, das ist doch in Rechlin sicherlich auch so?!

Zu den sächlichen Verwaltungsausgaben. 40 Millionen Euro wurden da mal so in den Raum geworfen von Herrn Rehberg. Das kann man ja machen. Es hätten auch 50 oder 30 Millionen Euro sein können, das tut ja erst einmal keinem weh. Doch es tut weh, weil natürlich sächliche Verwaltungsausgaben auch einmal konkret werden beziehungsweise diese Kürzungen. Und da muss man schon genau hinterfragen, was wir da eigentlich anrichten. Ich halte eine Kürzung sächlicher Verwaltungsausgaben von 15 Millionen Euro für das, was momentan überhaupt machbar ist. Wir müssen auch berücksichtigen, dass in der globalen Minderausgabe im Haushalt 2003 30 Millionen Euro noch erwirtschaftet werden müssen in der Regel und oftmals sicher aus dem Bereich sächliche Verwaltungsausgaben. Diese Position schließe ich dann auch erst einmal aus.

3. Jugend- und Schulsozialarbeiter

Da muss ich mich schon sehr wundern. Ein Programm, was inzwischen wirklich parteiübergreifend als sehr positiv vor Ort bewertet wird, wird hier möglicherweise im Zusammenhang mit öffentlicher Arbeitsmarktpolitik in Frage gestellt. Erklären Sie das mal den Kommunalpolitikern der CDU vor Ort!

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das
ist in der Sache auch brisanter.)

Wir haben gerade im Kreistag Müritz Kürzungen erlebt, gerade im Bereich der Jugendarbeit. Wenn ich mir vorstelle zu diesen Kürzungen noch weitere Kürzungen bei Jugend- und Schulsozialarbeitern aufgrund des Wegfalls der 50-Prozent-Finanzierung des Landes in diesem Bereich, ist das unbegreiflich.

(Beifall Volker Schlotmann, SPD,
Dr. Margret Seemann, SPD,
Dr. Martina Bunge, PDS,
und Karsten Neumann, PDS)

Dann kommt der Innenminister Gottfried Timm – da ist er, jetzt als Abgeordneter. Er hat eine Hochglanzbroschüre gemacht für 150.000 Euro als Informationsbroschüre zur Verwaltungsfunktionalreform. Ich bin froh, dass wir diese Broschüre haben. Ich glaube, sie ist sehr zweckdienlich und dürfte für Informationsveranstaltungen der CDU, nicht nur CDU-Bildungswerk, sicherlich sehr gut zu verwenden sein, um einen Beitrag zu leisten, für die Aufklärung unserer Bürgerinnen und Bürger bei diesem wichtigen Thema und vor allem auch für den Informationsbedarf, den es vor Ort auf jeden Fall gibt. Ich begrüße diese Broschüre. Sie ist inzwischen auch auf dem Markt.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Findet reißende Nachfrage.)

Ich weiß nicht, wie man dieses – vermutlich war das nicht ernsthaft – hier als Sparbeitrag betrachten kann.

(Reinhard Dankert, SPD: Der
hat das schon ernst gemeint.)

Herr Rehberg und meine Damen und Herrn von der CDU, das war es dann aber auch schon, was hier an konkreten Sparvorschlägen kam. Nicht allzu viel, wobei ich bei Herrn Liskow heraushören konnte, da waren noch drei, vier recht konstruktive Vorschläge dabei. Ich bin mir schon sicher, dass wir wie in der Vergangenheit im Finanzausschuss brauchbare Vorschläge der Opposition konstruktiv beraten werden. In dem einen oder anderen Fall, das haben wir auch in der Vergangenheit gemacht, das werden wir auch zukünftig tun, werden wir dann auch zu gemeinsamen Entscheidungen kommen. Wenn diese Anträge allerdings sinnlos sind, dann werden wir sie logischerweise ablehnen. Aber ich glaube, das ist ein ganz normales parlamentarisches Verfahren. Zumindest in den Fachausschüssen besteht da auch eine ganz vernünftige Arbeitsatmosphäre.

Grundsätzlich bin ich der Meinung – ich lasse mich gerne belehren, aber momentan sehe ich das so –, dass trotz aller Bemühungen und trotz aller kreativer Sparvorschläge – in Anführungsstrichen – der CDU es wohl nicht möglich sein wird, kurzfristig größere Einspareffekte als die eingangs erwähnten 74,7 Millionen Euro für 2003 darzustellen, denn in einem Punkt sind sich alle Abgeordneten einig: Kaputtsparen um jeden Preis wäre unverantwortlich, so dass dieser Bereich wohl ausgereizt ist.

In den Ausschussberatungen werden wir, wie gesagt, die vorgeschlagenen Kürzungen noch intensiv prüfen und diskutieren. Aber aufgrund der engen Spielräume, glaube ich, sollte man wenig Illusionen haben, inwieweit man da noch etwas verändern kann. An dieser Stelle schon mal eins vorneweg: Falls der Vorschlag von Herrn Rehberg – in der „Schweriner Volkszeitung“ nachzulesen –, Personal- und Verwaltungskosten auch durch Kündigungen zu senken, in einen konkreten Antrag münden sollte, wird die SPD diesem Antrag nicht folgen.

(Beifall Volker Schlotmann, SPD,
und Dr. Margret Seemann, SPD)

Wir haben in der Vergangenheit den notwendigen Stellenabbau sozialverträglich gestaltet, beim Forstkonzept zum Beispiel, und wir werden das auch zukünftig so tun. Betriebsbedingte Kündigungen wird es mit der SPD nicht geben.

Jede Veränderung eines Haushaltsansatzes – und das Verfahren kennen Sie alle ganz genau auch in den Fach-

ausschüssen – bedarf einer konkreten Deckung, die bei der angespannten Haushaltslage schwer zu realisieren sein wird. Und eins muss uns auch klar sein, meine Damen und Herren: Ausgabentitel jetzt im Nachtragshaushalt kurzfristig möglicherweise zu verstärken und möglicherweise auch kurzfristig eine Gegenfinanzierung zu finden ist das eine. Genauso wichtig ist es aber zu überlegen, ob das wirklich sinnvoll ist in Anbetracht der Haushaltssituation. Denn man muss in jedem Fall berücksichtigen, dass man ohne eine mittelfristige Ausfinanzierung möglicherweise kurzfristig mehr Schaden anrichten würde, als es langfristig nutzen würde. Mit kurzfristigen Effekten schaffen wir nämlich keine Planungssicherheit, sondern verstärken möglicherweise eher noch Probleme.

Zum zweiten Komplex, der Frage der Kreditaufnahme. Mit der Erhöhung der Nettokreditaufnahme um 570 Millionen Euro auf 826 Millionen Euro schöpft unser Land die verfassungsrechtlich mögliche Neuverschuldung voll aus. Diese Erhöhung der Nettokreditaufnahme ist der richtige Weg, auch wenn Herr Rehberg es anders sieht, denn dadurch können Investitionen auf hohem Niveau – 1,525 Milliarden Euro – fortgesetzt und Arbeitsplätze gesichert sowie weitere Kürzungen, die sonst notwendig wären in den Bereichen Bildung, Soziales und so weiter, verhindert werden. Außerdem ist es uns dadurch gelungen, die kommunale Finanzausstattung auf gleich hohem Niveau fortzusetzen und zum Beispiel bei der Einhaltung des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes darauf zu verzichten, weitere 150 Millionen Euro bei den Kommunen wegzuschneiden.

Hier gilt allerdings ähnlich wie bei den Sparmaßnahmen auch, dass eine höhere Kreditaufnahme nicht möglich ist. Auch dieser Punkt ist ausgereizt. Warum?

Erstens. Höhere Schulden würden wiederum die Zinsbelastungen verstärken und den eingeschlagenen Weg der soliden nachhaltigen Finanzpolitik zu Lasten der nachfolgenden Generationen in Frage stellen. Wir werden und wir müssen am Ziel festhalten, bis 2010 die Neuverschuldung auf null zu bringen.

Zweitens. Die Einhaltung der verfassungsgemäßen Kreditobergrenze ist notwendig. Die Nettokreditaufnahme darf nicht die eigenfinanzierten Investitionen überschreiten, das heißt, die laufenden Ausgaben dürfen nicht aus Krediten, sondern müssen aus laufenden Einnahmen gedeckt werden.

Drittens. Noch gibt es den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt, noch gilt er, der heiß umstrittene, und danach darf unser Haushaltsdefizit, das gesamtstaatliche, drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten. Es bringt heute relativ wenig, darüber zu streiten – und an dieser Stelle sowieso nicht –, ob es sinnvoll ist, strikt an diesen drei Prozent festzuhalten oder ob es möglicherweise sinnvoller wäre, dieses flexibler zu gestalten, ohne ihn abzuschaffen. Es bringt uns jetzt für 2003 nichts, gar nichts, denn im Moment gilt die Androhung – in Anführungsstrichen – eines europäischen Prüfungsverfahrens mit der Androhung einer Strafe, an der wir dann auch als Land beteiligt werden. Unterm Strich ist klar, mehr Schulden machen, geht auch nicht.

Jetzt zu Herrn Renz. Seine Anfrage zur Einnahmeverbesserung ist absolut berechtigt, denn wir haben nur zum Teil Ausgabenprobleme. Wir haben in erster Linie ein Einnahmeproblem und deshalb ist seine Frage absolut berechtigt: Was passiert auf der Einnahmeseite? Was

kann man überhaupt als Land machen auf der Einnahmeseite? Schließlich haben wir dem Mehrbedarf von 117 Millionen Euro gegenüberstehen die Einnahmever schlechterung von 528 Millionen Euro. Grundsätzlich ist das natürlich richtig, was die Finanzministerin sagt, auf Konjunkturentwicklungen können wir als Land marginal – ich würde sagen, fast gar nicht – Einfluss nehmen. Das ist auch klar.

Was liegt überhaupt im Einflussbereich einer Landesregierung eines Landes in Deutschland? Der Einflussbereich liegt im Bundestag. Steuerrechtsänderungen, Gemeindefinanzreform, finanzrelevante Themen, die die Länder betreffen, werden im Bundesrat entschieden. Da kann man durchaus als Bundesland Einfluss nehmen, zum Beispiel – und das an die Adresse von Herrn Renz – mit Landessteuern wie der Vermögenssteuer oder wie der Erhöhung der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Beides lehnt die CDU aus ideologischen Gründen ab. Finanzpolitisch müsste sie eigentlich dafür sein, denn es wären Einnahmeverbesserungen für die Länder.

Eine weitere Möglichkeit ist sicherlich die Absenkung des Spitzensteuersatzes. Die CDU will unter 40 Prozent. Die CDU will überhaupt Steuern senken. Ich frage mich, wie soll das aufgehen, Steuersenkung auf der einen Seite, aber Einnahmever schlechterungen auf der anderen Seite beklagen? Aber jetzt kommt eine Chance, und zwar ein Gesetz, das nicht ganz einfach formuliert ist, aber ansonsten unterm Strich doch relativ einfach ist, das Steuervergünstigungsabbaugesetz. Das Steuervergünstigungsabbaugesetz verfolgt das Ziel, ungerechtfertigte Steuerschlupflöcher zu schließen, steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten einzuschränken und Steuersubventionen abzubauen, wie selbst von der CDU gefordert. Dieses Gesetz geht am Freitag in den Bundestag. Ich bin mir sicher, am Freitag im Bundestag bekommt dieses Gesetz eine klare Mehrheit von Rot-Grün, geht dann in den Bundesrat und dann wird es so richtig spannend. Was passiert im Bundesrat beziehungsweise anschließend im Vermittlungsausschuss? Falls das Steuervergünstigungsabbaugesetz im vollen Umfang gekommen wäre, wären es Mehreinnahmen in 2003 für Bund und Länder von 3,6 Milliarden Euro. In den darauf folgenden Jahren würde sich das erhöhen auf 17 Milliarden Euro. Ich sagte, wenn es denn kommen würde.

Momentan entsteht eher der Eindruck, die CDU würde dieses Steuervergünstigungsabbaugesetz bis auf eine Ausnahme, auf die komme ich gleich noch, blockieren. Die eine Ausnahme, da gibt es Annäherung, da geht es um die Körperschaftssteuerflucht der Unternehmen, indem die Anrechenbarkeit früher geleisteter Zahlungen zeitlich gestreckt wird. Das trifft auch die Kommunen. In diesem Fall gibt es eine Annäherung, das würde 800 Millionen Euro bringen insgesamt. Wir als Land würden davon auch profitieren, aber einen vergleichsweise geringen Betrag. Aber es wäre mehr möglich beim Steuervergünstigungsabbaugesetz. Ich habe zuvor die Summen genannt.

Was bleibt, wenn ich die CDU-Position bewerte? Herr Rehberg meint, SPD und PDS sind mit dem Nachtragshaushalt 2003 auf einem falschen Weg. Ich bin der Meinung, die CDU-Finanzpolitik befindet sich momentan auf einem Irrweg.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Warum? Nach allen Erkenntnissen, die bisher vorliegen, und dem, was heute präsentiert wurde, sind die Einsparvorschläge entweder nicht praktikabel, finanziell

nicht seriös, wenig erträglich und ökonomisch kontraproduktiv.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Eine Erhöhung der Kreditaufnahme wird als der falsche Weg bezeichnet, ohne Alternativen aufzuzeigen, um die Investitionsquote auf hohem Niveau zu halten.

Notwendige und machbare Verbesserungen der Einnahmeseite – und das noch mal an die Adresse von Herrn Renz – werden im Bundesrat vermutlich blockiert, ohne dass eigene Vorschläge unterbreitet werden. Das ist ein finanzpolitischer Irrweg. Einsparungsvorschläge, die nichts bringen, eine Erhöhung der Kreditaufnahme im jetzt vorgeschlagenen Umfang ablehnen und notwendige Einnahmeverbesserungen blockieren, das ist ein finanzpolitischer Irrweg, meine Damen und Herrn von der CDU-Fraktion.

(Volker Schlotmann, SPD: Das ist ein Offenbarungseid der CDU.)

Allerdings, es gibt ja noch Hoffnung. Wenn man aufmerksam die Medien verfolgt, zeichnet sich ein CDU-Kursstreit ab, der doch zumindest intern auch öffentlich umstritten ist, weil nicht erkennbar ist, was die CDU zukünftig mit ihrer Bundesratsmehrheit macht. Kommt es zur so genannten informellen großen Kollision, zur Zusammenarbeit, wie die einen es in der CDU wollen, oder kommt es zur Blockade und zur Konfrontation? Man erinnert sich vielleicht an Sonthofen im November 1974.

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Ja, „Spiegel“-Leser wissen mehr und das war im letzten „Spiegel“ noch einmal nachzulesen. Herr Ringstorff hat das schon mehrfach hier genannt, eine so genannte Sonthofen-Strategie. Was heißt das? In Sonthofen hat Franz Josef Strauß 1974 den Bundesrat als Dauerbremse entdeckt, damals gegen die sozial-liberale Bundesregierung. Ich zitiere Franz Josef Strauß: „Es“ – er meinte damit Staat, Wirtschaft und Gesellschaft – „muss wesentlich tiefer sinken, bis wir Aussicht haben, politisch mit unseren Vorstellungen, Warnungen und Vorschlägen gehört zu werden.“ Nur anklagen und warnen, aber keine konkreten Rezepte nennen, das war das Rezept von Franz Josef Strauß 1974.

Ich bin gespannt, welchen Weg die CDU 2003 einschlagen wird – einerseits verkündete Zusammenarbeit, andererseits sich abzeichnende Blockade. Weil ich ein positiv denkender Mensch bin, unterstelle ich mal, dass Herr Rehberg über die letztere, zweite Variante nachdenken wird, sich demnächst mit Frau Merkel und Herrn Stoiber treffen wird, um mit ihnen darüber zu sprechen, wie man vielleicht doch noch etwas mehr aus dem Steuervergünstigungsabbaugesetz auch für unser Land herausholen kann. Das wäre ein Beitrag im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Meine Damen und Herren, die Beratungen in den Fachausschüssen beginnen bereits in der kommenden Woche. Der Plan liegt Ihnen vor. Bitte tragen Sie alle zu einer konstruktiven und zügigen Beratung bei – konstruktiv in die Richtung, dass es trotz enger Spielräume die andere Korrektur doch noch geben sollte, zügige Beratungen, damit wir den gestellten Termin 9. April auch einhalten werden.

Vielleicht noch einmal einen Hinweis an Herrn Rehberg: Wenn er den Abgeordneten, auch den neuen, nicht zutraut, mit dem Nachtragshaushalt vernünftig umzugehen, sehe ich das anders. Ich habe vollstes Vertrauen in die Leistung und in die Fähigkeit unserer Kollegen Abgeordneten. Sie werden es packen, am 9. April hier den Nachtragshaushalt zu beschließen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Borchert.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 4/200 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss, an den Rechts- und Euro-

paausschuss, an den Wirtschaftsausschuss, an den Landwirtschaftsausschuss, an den Bildungsausschuss, an den Bauausschuss, an den Sozialausschuss, an den Umweltausschuss sowie an den Tourismusausschuss zu überweisen. Wer stimmt diesem Überweisungsvorschlag zu? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Wie bereits bekannt gegeben, berufe ich die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 12. März 2003, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13.54 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Torsten Koplin, Wolfgang Riemann, Ute Schildt, Jochen Schulte, Dr. Henning von Storch, Angelika Volland, Lilly Wiebenson und Dr. Gerd Zielenkiewitz.